



Politische Berichte

Nummer 14 / 12. Jahrgang

5. Juli 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Bundessozialgericht bekräftigt Diskriminierung * KSZE-Kontrolle über Jugoslawien? * Stadt Essen fördert kalte Krieger * Daimler-Benz: Reuter attackiert Gewerkschaften * IGM Bayern: „Streik im Projekt — vermeidbar?“

Massenabschiebungen beschlossen

Bundesregierung will künftig auch in Drittländern die Aufnahme erpressen

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt haben Bundesinnenminister Schäuble und die Innenminister der Länder am 3. Mai 1991 beschlossen, den bisher geltenden generellen Abschiebestopp in bestimmte Staaten oder für bestimmte Bevölkerungsgruppen aus solchen Staaten — bis

auf wenige Ausnahmen — ab 1. Juli 1991 aufzuheben. Nach Innenstaatssekretär Eduard Lintner sind davon 100 000 bis 200 000 Flüchtlinge betroffen. Der Beschluß ist ein weiterer Schritt, in der BRD den völkerrechtlich garantierten Schutz vor Verfolgung für Flüchtlinge zu liquidieren.

Nach dem alten Ausländergesetz durften Flüchtlinge nicht in Staaten abgeschoben werden, in denen ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht ist. Die Entscheidung darüber war Ländersache. Sie konnten Flüchtlingen, deren Asylanträge abgelehnt worden waren, ein befristetes Bleiberecht gewähren und dieses beliebig verlängern. Dieser zumeist als Duldung erteilte Aufenthaltsstatus schützte bisher hunderttausende Flüchtlinge vor der Abschiebung. Für Angehörige bestimmter Bevölkerungsgruppen wie z. B. Libanesen, Palästinenser, Tamilen, Iraner, Afghanen, Äthiopier, Kurden, bestand — je nach Entscheidung der Länder — ein genereller Abschiebestopp. „Geduldet“ wurde auch aus humanitären Gründen.

Mit dem seit Januar 1991 geltenden neuen Ausländerrecht und dem Mai-Beschluß der Länderinnenminister ist dieser Schutz weitgehend aufgehoben. Seit 1. Juli entscheiden nicht mehr die Länder über die Erteilung einer Duldung, sondern der Bundesinnenminister. Einen generellen Abschiebestopp für bestimmte Bevölkerungsgruppen hat Bundesinnenminister Schäuble bereits abgelehnt. In einem Schreiben an die Länderminister vom 14. 5. 1991 heißt es: „Derzeit sehe ich hinsichtlich keiner Ausländergruppe die Notwendigkeit für eine generelle Abschiebestoppregelung für

mehr als sechs Monate nach § 54 Satz 2 AuslG.“ Einzige Ausnahmen sind Äthiopier, Afghanen, Iraner, Libanesen und Palästinenser aus dem Libanon, die bis zu einem bestimmten Stichtag in die BRD eingereist sind.

Die konkrete Umsetzung dieser Anweisung findet in den Ländern bereits statt, z. B. in Hamburg. Der Leiter des Einwohnerzentralamtes und derzeitige Leiter der Ausländerbehörde hat am 28. 5. 1991 unter Hinweis auf den Schäuble-Brief angeordnet: „Hieraus ergibt sich für das Einwohner-Zentralamt, daß in folgenden Fällen künftig Ausreiseforderungen zu erlassen sind, in denen bisher zumindest eine Duldung erfolgte.“ Im weiteren werden Staatsangehörige aus Äthiopien, Afghanistan, Iran, Libanon sowie Palästinenser aus dem Libanon, Familien aus Sri Lanka, Christen und Jeziden aus der Türkei genannt.

Die durch das neue Ausländerrecht geschaffene gesetzliche Möglichkeit, Flüchtlinge massenhaft loszuwerden, ist Teil der auf Abschiebung und Abschottung zielenden Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung. Schwerpunkt sind dabei sog. Rückführungsprogramme, die nur mit Gewalt und politischer und wirtschaftlicher Erpressung anderer Staaten, wenn nicht gar militärisch durchgesetzt werden können. Sie sehen

vor, daß sich die „Rückführung“ der Flüchtlinge nicht nur auf das Herkunftsland beschränken, sondern auch die Herkunftsregion umfassen soll; außerdem Länder, die mit der Herkunft des Flüchtlings nichts zu tun haben. In dem entsprechenden Schäuble-Entwurf, der bis auf einige Formulierungsänderungen am 25. September 1990 von der Bundesregierung verabschiedet wurde, heißt es, „daß die beste Lösung eines Flüchtlingsproblems die freiwillige Rückkehr in das Herkunftsland ist (voluntary repatriation), solange die Rückkehr nicht in Betracht kommt, Flüchtlinge in einem Land der Herkunftsregion unterzubringen sind (regional settlement), und nur dann, wenn weder die Rückkehr noch die Unterbringung in der Region möglich ist, eine Aufnahme außerhalb der Region in Betracht gezogen werden sollte (resettlement)“. Vor allem könnten südamerikanische, aber auch afrikanische Länder in diese Überlegungen einbezogen werden. Geeignet wären insbesondere große Flächenstaaten mit dünner Besiedlung und großem Kapitalbedarf zur Entwicklung einer leistungsfähigen Infrastruktur und Volkswirtschaft. Auch Länder, die nach ihrer Konstitution oder Staatsdoktrin polyethnisch verfaßt sind, könnten sich zur Aufnahme von Flüchtlingen geeignet wissen.“ — (bab)



Schon vor den Steueranhebungen zum 1. Juli hat die Teuerung weiter zugenommen. Im Juni lagen die Preise um 3,5% höher als im Vorjahr — die höchste Teuerungsrate seit acht Jahren. Mit den jetzt in Kraft getretenen Steueranhebungen sei ein Anstieg auf etwa 4,5% ziemlich sicher, erwartet die Deutsche Bank. — (rül)

KSZE-Kontrolle in Jugoslawien?

Alte Südosteuropapläne von BRD und Österreich leben auf

Die politische und militärische Lage in Jugoslawien ist äußerst angespannt und undurchsichtig. Umso auffälliger sind die Versuche der BRD und Österreichs, im Bündnis mit anderen Reaktionen — der Papst z. B. hat den slowenischen und kroatischen „Glaubensbrüdern“ seine Solidarität versichert — die Entwicklung in ihrem Interesse zu beeinflussen, um ihre wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen in Jugoslawien maximal auszubauen. Die „Bild-Zeitung“ kündigt bereits an, die Entsendung von „Grünhelmen“, von „Schutztruppen“ der EG, um einen Waffenstillstand zwischen den Bürgerkriegsparteien zu überwachen, werde schon in Kürze unvermeidlich sein. (2. 7.)

Bereits Anfang des Jahres hatte die „FAZ“ ein Szenario über den Ablauf der jugoslawische Krise entwickelt. Unter anderem hieß es dort: „Eventuelle Gewaltandrohung der Belgrader serbischen Zentrale gegen Slowenien können dessen Souveränität nicht in Frage stellen. Sie wären völkerrechtswidrig und müßten Sanktionen der Vereinten Nationen nach sich ziehen, die Slowenien in den Kreis ihrer Mitglieder aufzunehmen hätten.“ In Österreich wird ein Antrag an den UN-Sicherheitsrat bereits erwogen. Hinzukommt der gerade erst beschlossene KSZE-„Krisenmechanismus“, der anscheinend von slowenischer und kroatischer Seite als Ermunterung zum Losschlagen verstanden wurde. Genscher hat nach diesem „KSZE-Krisenmechanismus“ jetzt das Recht, Vertreter der Zentralregierung Jugosla-

wiens und der beiden Teilrepubliken vorzuladen, um die zukünftige Marschrichtung festzulegen. Verbunden mit der angekündigten Kreditsperre stehen so erhebliche Druckmittel bereit, um die Entwicklung Jugoslawiens von außen energisch zu beeinflussen. Diese Beeinflussung zielt nicht auf Schlichtung, sondern auf weitere Anheizung der Widersprüche. Die Stimmen unter den Reaktionen, die offen auf eine territoriale Spaltung Jugoslawiens drängen, nehmen zu.

So betonte der österreichische Bundeskanzler Vranitzki, die EG müsse anerkennen, daß es ein gespaltenes Jugoslawien gäbe, und ließ sogleich Ansprüche Österreichs anmelden. Der steirische Landeshauptmann erklärte: „Österreich hätte aufgrund unserer Nachbarschaft die Verpflichtung, Dolmetsch und Anwalt der slowenischen und der kroatischen Demokraten bei EG und den USA zu sein.“ Die FAZ sekundiert, daß „österreichische Verwaltungstraditionen ... sich überraschenderweise nicht nur über das südslawische Königreich der Zwischenkriegszeit, sondern auch über die kommunistische Epoche hinweg erhalten“ haben. Von serbischen konservativen Kreisen wird dem österreichischen Außenminister Mock vorgeworfen, daß er die Balkankrise nutzen würde zur „Wiedereroberung von ehemals dem Kaiser und Königreich angehörigen Territorien“.

Quellen: FAZ 45/91; FAZ 149/91 vom 1. 7. 91; Politische Berichte 12/91 vom 7. 6. 91 — (hav, rül)

USA: Gewerkschaftsproteste gegen Gesundheitssystem



In den US-Gewerkschaften wächst der Widerstand gegen das völlig unzureichende Gesundheitssystem. Der AFL-CIO will diese Kritik zum Schwerpunkt einer großen Demonstration in

Washington am 31. August machen. 37 Millionen Lohnabhängige und Familienangehörige sind nicht krankenversichert. Bild: Protestaktion in New York City. — (rül)

Krach im BDV: Generalsekretär tritt zurück

BdV-Generalsekretär Koschik ist wegen „gravierender Meinungsverschiedenheiten“ mit BdV-Präsident Czaja zurückgetreten. Er könne nicht als CSU-MdB „ja“ zum Vertrag mit Polen sagen und als BdV-Generalsekretär „nein“. Czaja kritisiert den Vertrag als verfassungswidrig. Tatsächlich legalisiert der Vertrag die Tätigkeit der Revanchisten in Polen und erlaubt ihnen, mit viel Geld polnische Staatsbürger zur Beantragung der deutschen Staatsbürgerschaft zu verleiten. Diese großdeutsche Rekrutierung will Koschik, der im BdV-Präsidium bleibt, nicht durch Grenzpolemik zur falschen Zeit stören. — (rül)

„25 von Uppington“: Todesurteile aufgehoben

Die Todesurteile, die vor zwei Jahren gegen 14 der als „25 von Uppington“ bekannten Südafrikaner wegen Mordes an einem Polizisten verhängt worden waren, wurden Ende Mai vom Obersten Gericht in Freiheitsstrafen zwischen einem und 15 Jahren umgewandelt. Im November 1985 kam es in Uppington zu einer Protestversammlung der schwar-

zen Bevölkerung gegen Mieterhöhungen. Als diese Versammlung von der Polizei mit Gewalt aufgelöst wurde, sammelte sich eine aufgebrachte Menschenmenge von 100 bis 200 Leuten. Ein Polizist, der in die Menge schoß und ein Kind verletzte, wurde mit seiner eigenen Waffe erschlagen. Obwohl nur einem Angeklagten nachgewiesen werden konnte, daß er sich in der Menschenmenge befunden hatte, reichte dem Gericht das für die Todesurteile. — (rub)

Gewerkschafterdelegation zum Kurdenprozeß am 22./23. 10.

Am 22. oder 23. Oktober soll erneut eine Gewerkschafterdelegation den Kurdenprozeß vor dem OLG Düsseldorf besuchen. Das Gericht soll schriftlich vom dem Besuch der Delegation unterrichtet werden, in der Mittagspause besteht Gelegenheit, mit den Angeklagten und ihrer Verteidigung zu sprechen. Für den frühen Abend ist eine Pressekonferenz geplant. „Wir fordern die Einstellung des § 129a-Verfahrens gegen die Nationale Befreiungsbewegung Kurdistan! Die Bundesregierung fordern wir auf, das kurdische Volk endlich als Nation anzuerkennen!“ hatte die letzte Delegation am 21. Mai in ihrer gemeinsamen

Presseerklärung gefordert. Wer sich an der Delegation beteiligen will, ist aufgerufen, sich bis zum 15. Oktober bei den „Freunden des kurdischen Volkes“, Bergiusstr. 12, 2000 Hamburg, Tel. 040/3902128 oder 396386 anzumelden. — (rül)

DKP zu MO-Hetze und anderen Angriffen

Die Sprecherinnen und Sprecher der DKP haben am 2. 7. eine Erklärung zu der neuen Hetze im „Spiegel“ über eine „Militärorganisation“ der DKP und anderen Angriffen auf Sozialisten und Kommunisten herausgegeben. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt verfolgt etwa 30 Ermittlungsverfahren wegen angeblicher „Agententätigkeit zu Sabotagezwecken“. Zusätzlich will die CDU/CSU die Sprecherinnen und Sprecher der DKP zum Untersuchungsausschuß des Bundestags zu Schalck-Goldkowsky vorladen. „Die DKP wird so ... in einer permanenten Existenzkrise gehalten werden“, heißt es dazu in der DKP-Erklärung, und weiter: „Notwendig wäre, daß gerade in dieser Situation alle Sozialisten und Kommunisten, alle linken und demokratischen Kräfte solidarisch zusammenstehen.“ — (rül)

PDS-Finzen vollständig unter Kontrolle der Treuhänder

Nach dem vorangegangenen schwierigen Parteitag wird die PDS mit weiteren Angriffen unter Druck gesetzt. Ende Juni erklärte die Treuhänderanstalt sechs Grundstücksgesellschaften der PDS zu Sondervermögen und unterstellte diese ihrer Verwaltung. Die Eigentumsverhältnisse von rund 800 Grundstücken, deren Wert auf mehrere Milliarden geschätzt wird, werden überprüft; gegebenenfalls sollen die Grundstücke an frühere Eigentümer, z. B. enteignete Republikflüchtlinge, zurückgegeben werden. Zweck des Unterfangens ist, die PDS ihrer wichtigsten Einnahmequelle zu berauben. Wenige Tage später erfolgte eine weitere Behinderung. Mußte die Bundes-PDS schon bisher jeden Betrag über DM 10 000, den sie von einem ihrer Konten abheben wollte, vorher durch die Treuhänder genehmigen lassen, so gilt dies zukünftig für jeden Pfennig. Damit nicht genug. Ab sofort gilt diese Regelung auch für die Landesverbände, die bisher davon ausgenommen waren. Betroffen sind davon auch Gelder aus der Wahlkampfkostenerstattung, was zeigt, daß die PDS finanziell handlungsunfähig gemacht werden soll. — (har)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Datenschützer-Kritik

Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder haben den Gesetzentwurf des Bundesrates „zur Bekämpfung des Rauschgift Handels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität“ kritisiert. Dieser erlaube Lauschangriffe, den Einsatz von Peilsendern u. a. Spitzelungen bei Verdacht auf „Straftaten von erheblicher Bedeutung“. Dieser „schwammige Begriff“ erlaube geheime Ermittlungsmethoden „weit über die (Bekämpfung der, d. Red.) organisierten Kriminalität hinaus“. Auch solle der Einsatz verdeckter Ermittler ohne richterliche Entscheidung möglich gemacht werden.

Schengen: Beitritte

Am 25. Juni sind Spanien und Portugal dem sogenannten „Schengener Abkommen“ beigetreten. Das Abkommen sieht eine intensive Polizeikooperation und Zusammenarbeit bei der Abwehr von politischen Flüchtlingen zwischen den beteiligten Ländern vor. Bis auf Dänemark, Irland, Großbritannien und Griechenland gehören ihm jetzt alle EG-Staaten an. Der für die Geheimdienste zuständige Staatsminister im Kanzleramt, Stavenhagen, erläuterte in seinem Bericht über den Beitritt zugleich den Stand der technischen Vorarbeiten. Das vereinbarte einheitliche Informationssystem zwischen den Polizei- und Ausländerbehörden der Schengen-Staaten werde vermutlich im Herbst 1992 in Straßburg betriebsbereit sein. Bis dahin soll das Abkommen auch in fünf Staaten ratifiziert sein und damit in Kraft sein.

EG-Gipfel

Auf dem EG-Gipfeltreffen in Luxemburg hat die Bundesregierung sich insbesondere um eine Verstärkung der polizeilichen und ausländerrechtlichen Zusammenarbeit der EG-Staaten eingesetzt. Kohl schlug die Errichtung einer EG-Polizeizentrale „Europol“ und gemeinsame Grundsätze in der Ausländer- und Asylbewerber-Unterdrückung vor. In der BRD werde er sich für eine Grundgesetzänderung beim Asylrecht einsetzen, kündigte er an. Die für die Ausländer- und Asylpolitik zuständigen Minister wurden aufgefordert, dem nächsten Gipfel in Maastricht im Dezember einen Bericht über ihre Zusammenarbeit und notwendige Gesetzes- bzw. Verfassungsänderungen in den Mitgliedsstaaten vorzulegen. Bis dahin soll auch der Plan für „Europol“ vorliegen.

Währungsunion 1995?

Bis 1995 will die CDU/CSU eine EG-weite gemeinsame Währung und eine EG-Zentralbank geschaffen haben. Dieses Zeitziel verkündete eine Delegation der CDU/CSU unter deren außenpolitischen Sprecher Lamers bei einem Treffen mit französischen Christdemokraten (CDS) in Paris. Zur EG-Militärpolitik heißt es in dem Abschlussskizzen

des Treffens, man strebe ein „erneuertes Atlantisches Bündnis“ an. „Am Anfang kann die WEU das geeignete Forum für die Abstimmung der Europäer im Bündnis sein. Am Ende muß die WEU in den europäischen Unionsvertrag einbezogen werden.“

PDS/LL-Anfrage zu „Gladio“

In einer Kleinen Anfrage zum Thema „Gladio“ verlangt die PDS/LL von der Bundesregierung Auskunft über Aufgaben, Befugnisse, Organisationsstrukturen und Mitarbeiter der zur NATO-Geheimorganisation zugehörigen SBO („Stay behind organisation“) auf dem Gebiet der Bundesrepublik. U. a. soll geklärt werden, welche Rolle bundesdeutsche Minister bei der Gründung spielten und über welche internationalen Kontakte die SBO verfügte. Hinter der Anfrage steckt die durch einen Pressebericht hervorgerufene Vermutung, daß die SBO „ausschließlich mit dem amerikanischen CIA in bilateralen Absprachen eingerichtet worden“ ist (Anfrage 12/750).

Ausländer als Polizeisache

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Gerster, will nach dem Rücktritt der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Frau Funcke, deren Amt auflösen. Die Funktion des Amtes solle stattdessen einem „einflußreichen Staatssekretär“ übertragen werden. Das Amt der Ausländerbeauftragten war bisher beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales eingerichtet. Gersters Vorschläge laufen darauf hinaus, die Aufgaben künftig von einem Staatssekretär des Innenministeriums wahrnehmen zu lassen. Ausländerpolitik wird damit auch nach außen hin Polizeisache.

Kindergeld- oder Kinderfreibetrag?

Statt der vom Bundesfinanzministerium für 1992 geplanten Anhebung des Kinderfreibetrages von 3024 auf 4104 DM setzt sich die SPD für die Abschaffung desselben ein. Dafür soll das monatliche Kindergeld auf 230 DM (1992) bzw. 250 DM (1995) pro Monat und Kind erhöht werden. Insbesondere Familien in der Ex-DDR würden von dieser Änderung profitieren, da sie die Freibeträge aufgrund der niedrigen Einkommen nicht nutzen können. Die Entlastungswirkung dieses Vorschlags für Spitzenverdiener entspricht dabei Kindergeldfreibeträgen von 6900 bzw. 7500 DM.

Was kommt demnächst?

Vom 3. bis 7. Juli ist der indonesische Staatspräsident Suharto zum Staatsbesuch in Bonn. Am 5. Juli trifft Kohl in Kiew mit Gorbatschow zusammen. Am gleichen Tag ist die letzte Sitzung des Bundesrats vor der Sommerpause. Am 10. Juli will die Bundesregierung über den Haushalt 1992 und damit im Zusammenhang über Vorschläge zum „Subventionsabbau“ beraten. Am 14. Juli beginnt in London der Weltwirtschaftsgipfel.

Schmerzlicher Jahrestag in der Ex-DDR

Ein Jahr nach der Währungsunion — kein Kündigungsschutz mehr. Leben verteuert sich

Ist für die Größen der Politik der Jahrestag der Währungsunion am 1. 7. Anlaß für eine politische Betrachtung je nach Standpunkt und Stellung im Machtgefüge, ist er für die meisten Bürger in den neuen Bundesländern mit handfesten Einschnitten in das tägliche Leben verbunden.

Das Steueraufkommen erhöht sich, eine Familie mit zwei Kindern und einem Monatsbruttoeinkommen von 3500 DM muß allein für höhere Steuern 1020 DM aufbringen.

Das Kranksein wird teurer. Waren bisher alle Leistungen des Gesundheitswesens kostenlos, muß jetzt für 70 % der Arzneimittel zugezahlt werden — 1,50 DM je Präparat. Wer ins Krankenhaus kommt, zahlt für 14 Tage pro Tag 2,50 DM, für eine Kur sind pro Tag 5 DM fällig. Für die Pflege erkrankter Kinder gilt nun die DDR-Regelung nicht mehr. Es gibt nur noch fünf bezahlte Pflgetage je Elternteil.

Die Bewohner in Alten- und Pflegeheimen müssen von nun an die bis zu 1800 DM hohen monatlichen Kosten aus eigener Tasche bezahlen. Trotz der Erhöhung der Renten ist das für die meisten mit dem Weg zum Sozialamt verbunden.

Den Mietern können ab 1. Juli die ab Oktober fälligen höheren Mieten verkündet werden. Dazu kommen Preiserhöhungen bei Benzin, Postgebühren u. a. Nun ist endlich das westliche Preisniveau überall erreicht — bei weniger als 60 % des Lohnniveaus.

Hauptproblem dabei ist aber die Tatsache, daß es bereits im Juni in den neuen Bundesländern 850000 Arbeitslose,

2 Millionen Kurzarbeiter, 600000 Empfänger von Vorruhestands- und Altersübergangsgeld sowie etwa 400000 vom Wartestand Betroffene gab.

Für viele der jetzt 0-Stunden-Kurzarbeiter endet mit dem 1. Juli die von den Gewerkschaften ausgehandelte Gnadenfrist und es kann wieder gekündigt werden. Der Präsident des Arbeitslosenverbandes rechnet mit über 4 Millionen von der Erwerbslosigkeit betroffenen Menschen.

Die sich damit für viele zuspitzende Situation führte zu einer Anzahl von Aktionen in vor allem größeren Betrieben, in Sachsen z. B. im Verlade- und Transportanlagen Leipzig, im Sachsenring-Werk in Zwickau (dem bisherigen Trabant-Hersteller), im dkk Scharfenstein GmbH bei Chemnitz (dem bisherigen Kühlturankhersteller der DDR) und der Robotron Ascota AG Chemnitz.

Im VTA Leipzig, der zum ehemaligen TAKRAF Kombinat gehört, gab es bereits wiederholte Aktionen wegen der unklaren Perspektive, diesmal besetzten die Beschäftigten drei Tage den Betrieb. Den Abschluß bildete eine Demonstration vom Betriebsgelände auf den Leipziger Markt, die für einige Zeit den Verkehr lahmlegte.

Auch bei Sachsenring führte die Ankündigung, daß mit Wirkung vom 1. Juli aus den Zulieferbetrieben 17000 bisherige Kurzarbeiter entlassen werden, zur Fortsetzung der Betriebsbesetzung.

Die 2200 Frauen und Männer der dkk Scharfenstein GmbH erfuhr am 18. Juni, daß ihr Betrieb mit Wirkung vom 1. Juli durch die Treuhandanstalt geschlossen werden soll. Seit 1929 wer-

den hier Kompressoren für Kühltürme hergestellt. Die Zukunft der gesamten Region um Scharfenstein hängt von der Entwicklung des Betriebes und der dazugehörigen Produktionsstätten in der Umgebung ab.

Wie in den meisten der anderen Unternehmen auch sind die konkreten Entwicklungspläne der jetzigen Geschäftsführung, die immer auch mit Arbeitsplatzabbau verbunden sind, für die Treuhandanstalt kein Verhandlungsgegenstand.

Ein Hauptproblem, an dem sich gegenwärtig die Gemüter erhitzen, ist die Beteiligung oder Nichtbeteiligung der Treuhandanstalt an den entstehenden Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften.

Nach Treuhandaussagen sollen aus den Unternehmen ihres Bereiches bis zum Jahresende 1,4 Millionen Beschäftigte entlassen werden. Um die Auswirkungen daraus etwas zu verringern, sollen die Belegschaften in Form von eben diesen Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften zusammengehalten werden.

Gerade das will aber nun die Treuhandanstalt nicht. Unter ihrer neuen Chefin Birgit Breuel kehrte sie die schon überwunden geglaubte Herr-im-Hause-Mentalität hervor und ging mit einer klaren Ablehnung der Beteiligung an solchen Gesellschaften ins Rennen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie begründet diesen Treuhandstandpunkt damit, daß solche Beteiligungen der Treuhandanstalt an Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften ihren Privatisierungsauftrag verwischen, den Gesellschaften die Eigenschaft von neuen Staatsunternehmen geben und den Entfaltungsspielraum des neuen Mittelstandes einengen.

Abgesehen davon, daß der Auftrag der Treuhandanstalt auch Sanieren lautet, dürften die wahren Gründe, warum es keine Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften geben soll, damit nur angedeutet sein. Eventuelle Investitionen wollen Betriebe möglichst besorgen, ohne Verpflichtungen gegenüber einer Belegschaft.

So ist vorgesehen, den traditionsreichen Betrieb VTA Leipzig zu einem Industriepark umzugestalten, in dem wozu auch Platz für eine „Metallzelle“ ist. Die Schwermaschinenbauer von VTA wollen aber in keine „Metallzelle“, sie fordern eine Perspektive für ihren Betrieb.

Erst am letzten Juniwochenende gab es, nicht zuletzt aufgrund der vielen Protestaktionen, mit der Treuhandanstalt eine Übereinstimmung zur grundsätzlichen Ausgestaltung von Beschäftigungsgesellschaften und erst am 1. Juli wurden auch erste Aussagen über eine mögliche Direktbeteiligung der Treuhandanstalt mit bis zu 10 % gemacht. — (sta)



Betriebsbesetzung in Zwickau.

Bundessozialgericht bekräftigt Diskriminierung

Auslegung rassistischer Bestimmungen im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) erweitert

Nach § 19 AFG werden deutsche gegenüber ausländischen Arbeitnehmern bei der Arbeitsvermittlung bevorzugt. Das Bundessozialgericht hat sich daraus ergebende Benachteiligungen beim Bezug von Arbeitslosenhilfe für Rechtsens erklärt, eine räumliche Begrenzung des Arbeitsmarktes ermöglicht und damit den Druck zur Zwangsarbeit erhöht.

In der Entscheidung ging es um einen türkischen Staatsangehörigen, dem während seines Asylverfahrens 1983 vier Monate lang von der Stadt Hamm die Weiterzahlung der Arbeitslosenhilfe verweigert worden war, „weil sich nach vergeblich gebliebenen Vermittlungsbemühungen von einem Jahr der deutsche Arbeitsmarkt für den Kläger als verschlossen erwiesen habe“. Die Stadt hatte allerdings gleichzeitig den Aufenthalt des Asylbewerbers auf den Bereich der Stadt Hamm beschränkt, woraufhin das zuständige Arbeitsamt ihn nur im Bereich Hamm und nicht im gesamten Bundesgebiet zu vermitteln versuchte.

Nach mehreren Gerichtsverhandlungen hatte schließlich das Landessozialgericht die Bundesanstalt für Arbeit verurteilt, die Arbeitslosenhilfe zu zahlen, weil „die Beschränkung des Aufenthalts des Asylbewerbers auf den Bereich der Stadt Hamm überbezirklichen Vermittlungsbemühungen nicht entgegenstanden habe“ und die Ausländerbehörde im Falle einer möglichen Vermittlung sogar verpflichtet gewesen wäre, eine neue Entscheidung über die Form des

Aufenthalts des Flüchtlings zu treffen. Diese Entscheidung hat das Bundessozialgericht jetzt aufgehoben und mit seinem Urteil ausdrücklich die diskriminierenden und rassistischen Bestimmungen im Arbeitsförderungsgesetz bekräftigt. Zu den Voraussetzungen für die Arbeitslosenhilfe gehöre die Verfügbarkeit des Arbeitslosen für den Arbeitsmarkt. Diese sei nur dann gegeben, wenn der Arbeitslose eine Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes ausüben darf. Ein ausländischer Arbeitnehmer aber benötige eine Arbeitserlaubnis oder einen Anspruch darauf, um diese Voraussetzung zu erfüllen. Ansonsten dürfe ein ausländischer Arbeitnehmer „eine Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes nicht ausüben, wenn ihm wegen des Vorrangs deutscher und ihnen gleichgestellter ausländischer Arbeitnehmer der nach seinen Kenntnissen und Fähigkeiten und nach dem Umfang seiner Arbeitsbereitschaft zugängliche Arbeitsmarkt praktisch verschlossen ist“. Davon könne im genannten Fall nach einjährigen Ver-

mittlungsbemühungen ausgegangen werden, der ausländische Arbeitnehmer habe also dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung gestanden, wodurch die Voraussetzungen für die Zahlung von Arbeitslosenhilfe nicht mehr gegeben gewesen wären.

Nicht nur, daß ausländische Arbeitnehmer bei der Arbeitsmarktvormittlung benachteiligt werden, auch die Verweigerung von sozialen Hilfen, die auf diese Diskriminierung zurückzuführen sind, ist damit für Rechtsens erklärt. Damit nicht genug, setzte das Bundessozialgericht noch einen drauf. Obwohl das Arbeitsamt grundsätzlich verpflichtet ist, einen Arbeitnehmer im gesamten Bundesgebiet zu vermitteln, sei dies jedoch bei ausländischen Arbeitnehmern nicht erforderlich, wenn sein Aufenthalt räumlich beschränkt ist. Durch diese Begrenzung des Arbeitsmarktes auf das zulässige Aufenthaltsgebiet wächst vor allem der Druck auf die Flüchtlinge, die jetzt schon nach einem Jahr Aufenthalt wieder arbeiten dürfen, am jeweiligen Aufenthaltsort Arbeiten zu jeden Bedingungen anzunehmen. — (rac)

Berlin wird Hauptstadt

Die Folgen der Entscheidung sind in jeder Hinsicht furchtbar

Es liegt schon eine bittere Ironie in der Tatsache, daß die Abgeordneten aus dem Anschließgebiet, die mit großer Mehrheit für Berlin stimmten, die PDS eingeschlossen, den Ausschlag für die knappe Entscheidung des Bundestages (338:320) gaben. Die Gründe oder besser: Hoffnungen, die diese in der Bundestagsdebatte geltend machten — Berlin stehe für Integration statt Anschluß, und die Entscheidung für Berlin leite den Aufschwung in den neuen Bundesländern ein —, werden nicht weit tragen.

Gleich nach der Berlin-Entscheidung zeichneten sich katastrophale Folgen zuallererst für die Arbeiterbevölkerung in Berlin ab. Nicht nur wird ein großer Regierungsapparat nach Berlin verlegt. Im Gefolge der Entscheidung haben sofort zahlreiche Verbände und eine wachsende Zahl von Konzernverwaltungen ihren Umzug nach Berlin angekündigt. Schon innerhalb des letzten Jahres aber haben sich hier die Immobilienpreise mehr als verdoppelt, die Preise für Eigentumswohnungen liegen nur noch knapp unter denen von München. In den ersten 24 Stunden nach der Berlin-Entscheidung stiegen die Grundstückspreise in der Friedrichstraße auf das Dreifache; es wird damit gerechnet, daß sie sich mancherorts verzehnfachen. Un-

vermeidlich werden explodierende Mieten große Teile vor allem der Ostberliner Arbeiterbevölkerung aus der Stadt vertreiben. Stadtsoziologen prophezeien laut Spiegel „einen reichen Kern, einen bürgerlichen Gürtel und einen Armeerring um die Stadt“.

Die Berlin-Entscheidung wird aber nicht nur die Differenzierung der Bevölkerung Berlins, sondern auch das Stadt-Land-Gefälle und die regionalen Ungleichgewichte verschärfen. Das gilt auch für das Gebiet der ehemaligen DDR. Der Zentralisierungsschub wird die Lösung der gewaltigen Probleme, die die Vernichtung der Landwirtschaft und Industrie im Gefolge des Anschlusses etwa in Mecklenburg-Vorpommern hervorrufen, nur erschweren. Hinzuweisen ist auch auf die geschichtlichen Erfahrungen, die Peter Glotz (SPD) in der Bundestagsdebatte mit einem Zitat des Philosophen Plessner anführte. Dieser beschrieb die Folgen der Reichsgründung 1871, als Berlin deutsche Hauptstadt wurde, so: „Die Residenzstädte hatten ihre Rolle ausgespielt. Dresden und München, Darmstadt und Weimar konnten ihre modernen Ansätze gegen die Anziehungskraft Berlins Möglichkeiten nicht mehr weiterentwickeln.“ — (scc)

KSZE: BRD rückt auch in Osteuropa zur Vormacht auf

Reaktionäre propagieren: „Auf dem Weg zu neuen Grenzen in Osteuropa“ / KSZE-„Schlichtung“ in Jugoslawien unter deutsch-österreichischer Regie

Knapp ein Jahr nach Einführung der DM in der DDR und nur etwas mehr als ein halbes Jahr nach Annexion der DDR macht sich der BRD-Imperialismus offen daran, seine Vormachtstellung in Europa zu einer Neuordnung Europas zu nutzen. Auf der Berliner KSZE-Konferenz Ende Juni ermunterte Bundespräsi-

dent von Weizsäcker kaum noch verhüllt zur Änderung des territorialen Status quo in Osteuropa. Ein „KSZE-Krisenmechanismus“ wurde verabschiedet, den Genscher und die österreichische Regierung nun zur Intervention in Jugoslawien nutzen. Mit starker Beteiligung der revanchistischen Vertriebenenverbände soll

als nächstes ein „europäisches Volksgruppenstatut“ geschaffen werden, um der immer dreisteren Einmischung dieser von der Bundesregierung unterstützten völkisch-großdeutschen Verbände in fremde Staaten den Anschein völkerrechtlicher Legitimität zu geben. Eine KSZE-„Expertenkonferenz“ berät jetzt darüber.

Das außenpolitische Konzept, das die BRD als neue Führungsmacht in Europa verfolgt, lehnt sich in großen Teilen an alte „Mitteleuropäer“-Konzeptionen des deutschen Imperialismus an: Bündnis insbesondere mit Österreich, um ausgehend von einem solchen deutsch-völkischen Block im Zentrum Europas den ganzen Kontinent den Interessen deutscher Konzerne gefügig zu machen. Ein typischer Vertreter dieser Richtung, Bundespräsident von Weizsäcker, formulierte auf der KSZE-Konferenz unverhüllt wie selten zuvor, daß bei der angestrebten „Neuordnung Europas“ auch der territoriale Status Quo verändert werden soll. Beim Empfang der Außenminister der KSZE am 19. Juni in Schloß Bellevue kündigte von Weizsäcker den versammelten Ministern eine „kraftvolle Führung“ der BRD an: „Zum ersten Mal ist nun heute hier im Rat der Außenminister Europa in seiner derzeitigen staatlichen Form versammelt. Wir haben also, was den Geltungsbereich anbelangt, einen wichtigen Erfolg erzielt. An historischen Maßstäben gemessen ist die KSZE noch sehr jung. Doch ist ihre bisherige Leistung schon

erstaunlich genug. Sie hat Europa grundlegend beeinflusst und auf einen neuen und guten Weg in seiner Geschichte gebracht. Dennoch bleibt der Löwenanteil der Aufgabe noch zu lösen. Gerade jetzt leben wir in einer der seltenen Phasen der Geschichte, in der durch kraftvolle Konzeption und Führung die Weichen zu langfristigen und segensreichen Entwicklungen gestellt werden können. Dies ist keine Zeit, um einen festgefahrenen Zustand bloß zu verwalten.“ (Hervorhebung von d. Red.)

Die „Neue Zürcher Zeitung“, mit solchen großdeutschen Strategien bestens vertraut, beschrieb knapp zwei Wochen später in einem Leitartikel, welche Grenzen als nächstes zur Disposition gestellt werden sollen. Unter der Überschrift „Auf dem Weg zu neuen Grenzen in Osteuropa“ wurde Jugoslawien bereits als „Erbmasse“ vorgestellt, die es aufzuteilen gelte: „Welche Wirren auch bei der Verteilung der jugoslawischen Erbmasse noch bevorstehen mögen, gewiss ist, daß man sich auf der europäischen Landkarte an einige neue Grenzen wird gewöhnen müssen — nicht nur auf dem nördlichen Balkan.

Die Aufzählung in der engeren Nachbarschaft — unter Erwähnung Mazedoniens, vorab aber Kosovos — läßt sich fortsetzen. Und wenn Rumäniens Außenminister mit Blick auf die Sowjetmoldau beteuert, Bukarest wolle sich mit dem Bestand zweier rumänischer Staaten abfinden, so fällt es schwer, darin etwas anderes zu sehen als eine zur Stunde opportune Beschwichtigung. Am nordwestlichen Rand der UdSSR erscheint aber die Rückkehr der baltischen Staaten in die Familie unabhängiger Staaten nur noch als eine Frage der Zeit ...“ (NZZ, 1.7.91, S. 1)

Der sogenannte „Schlichtungsmechanismus“, der auf der KSZE-Konferenz verabschiedet wurde, wirkt ganz in diesem Sinn. Er dient nicht der Beruhigung von Konflikten, sondern ermuntert zu ihrem Fortsetzen, zur Einmischung aggressiver Mächte in innere Angelegenheiten fremder Staaten, zur Schürung von Bürgerkriegen und Pogromen. Am Ende solcher, von Reaktionären geschürten Eskalationen steht üblicherweise die Entsendung von „Schutztruppen“. Für Jugoslawien hat „Bild“ (2.7.91) solche Schutztruppen bereits

angekündigt: „Grünhelme“ der EG würden bald entsendet, um die Waffenruhe in ganz Jugoslawien zu kontrollieren.

Daß ausgerechnet die BRD und Österreich den KSZE-Mechanismus nun gegen Jugoslawien zum Einsatz bringen, unterstreicht erneut die enge Allianz der beiden Staaten gegen die Staaten des Balkan und Osteuropas. Starke Kräfte in beiden Staaten wollen die Staaten Ost- und Südosteuropas in heillose „Nationalitätenkonflikte“ stürzen, um ihren Widerstand gegen das Eindringen von BRD-Konzernen, großdeutschen Verbänden und anderen Reaktionären maximal zu schwächen. Im Deutschen Bun-

destag trifft diese brandgefährliche Außenpolitik der BRD derzeit auf wenig Widerstand, obwohl z. B. die einstimmig verabschiedete Resolution zur „Minderheitenpolitik“ sogar den Einsatz von Waffengewalt zum Schutz von „Minderheitenrechten“ ausdrücklich für zulässig erklärt. Immerhin hat die PDS/LL in einer Anfrage Kritik an den aggressiven Reden auf dem „Pflingstreffen“ der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ geäußert. Diese hatten der Regierung der CSFR mit direkten Pressionen gedroht, wenn ihre Forderung nach „Entschädigungen“ und „Rückgängigmachung von Enteignungen“ nicht erfüllt würden. — (rül)

Großdeutsch, großungarisch

Im Dezember 1990 forderte der Verband der Ungarndeutschen auf einem außerordentlichen Kongreß, das ungarische Parlament solle erklären, daß die Aussiedlung der Ungarndeutschen nach 1945 ein unrechtmäßiges Verfahren gewesen sei. Die Betroffenen müßten daher eine Wiedergutmachung erhalten. Die ungarische Regierung wird diesem Ansinnen nicht ablehnend gegenüberstehen. Sie zeigt sich gegenüber den Ungarndeutschen sowie den Vertriebenenverbänden in der BRD und der Bundesregierung recht zuvorkommend. Das hat einen triftigen Grund. Nur, wenn gleichzeitig für die Nationalitäten innerhalb der Grenzen am besten Sorge getragen werde, habe Ungarn eine „moralische Basis, für die ungarische Minderheit im Ausland einzutreten“, erklärte Premierminister Antall gegenüber dem „Spiegel“.

Die ungarische Regierung denkt dabei besonders an das verlorene ehemalige Siebenbürgen und die ca. zwei Millionen Ungarn in Rumänien, die sie bislang erfolgreich nutzte, um dort destabilisierend zu wirken. Heute sind die Ungarn in Rumänien wichtiger Hebel, um in Rumänien den „Demokratisierungsprozeß“ und die „Annäherung an Europa“ voranzubringen. Der Demokratische Verband der Ungarn in Rumänien ist stärkste oppositionelle Partei im Bukarester Parlament. Er verabschiedete dieser Tage auf einem Kongreß in Tirgu Mures ein Programm, in dem es heißt, „daß die ungarische Volksgruppe im Rahmen des rumänischen Staates ihre Rechte als staatsbildendes Element, als eigenständiges politisches Subjekt wahrnimmt ... Als rumänische Staatsbürger setzen sich die Ungarn in Siebenbürgen für eine rasche Demokratisierung ihres Landes ein ...“ (Budapester Rundschau, 10.6.1991).

Neben Rumänien kommt auch aus den Nachbarländern CSFR und Jugoslawien Kritik an großungarischem, friedensgefährdendem Verhalten.

Eine Hand wäscht die andere. Von der BRD erhofft sich Ungarn für den „ersten Stein“, den es aus der Mauer brach, sowie für Zugeständnisse gegenüber den Ungarndeutschen besondere finanzielle und politische Unterstützung bei der Einführung der Marktwirtschaft und der Annäherung an die EG, und darüber hinaus wohl auch Duldung, wenn nicht Unterstützung seiner großungarischen Ambitionen.

Beim Besuch des ungarischen Präsidenten Arpad Göncz im Mai 1991 versprachen Kohl und Weizsäcker, die Assoziierung Ungarns an die EG entschlossen zu fördern. Sie soll noch dieses Jahr stattfinden. Zugleich betonte Weizsäcker: „Das Schicksal von Minderheiten liegt uns sehr am Herzen ...“ Deshalb sind wir auch für jedes Verständnis dankbar, das die Ungarndeutschen bei Ihnen finden; sie können in besonderer Weise Brücken zwischen unseren Staaten und Völkern bauen und Türen öffnen ... Für die Zukunft der deutschen Minderheit in Ungarn wird es darauf ankommen, daß sie ihre sprachliche Identität wiederfindet.“ (Bulletin, Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, 8.5.1991)

Der Verband der Ungarndeutschen ist in dieser Richtung für die etwa 220000 Ungarndeutschen rege tätig. Der ge-

schaftsführende Vorsitzende, Geza Hambuch beklagte jüngst die starke Assimilation. „Wir möchten sie aufhalten, bzw. in eine Dissimilation verwandeln.“ Er forderte rein deutschsprachige Schulen, und ging so weit zu behaupten, die Ungarndeutschen fühlten sich dem deutschen Volk zugehörig. Dies brachte ihm Widerspruch aus den eigenen Reihen ein: für die große Mehrheit der Ungarndeutschen sei die doppelte Bindung charakteristisch. Hambuch erweist sich als ein Mann, der es versteht, immer wieder Zündstoff in die öffentliche Diskussion um nationale Identität, Volksgruppen etc. zu bringen.

Die „Dissimilation“ wird aus der BRD finanziell gefördert. So erhalten zum Beispiel der Verband der Ungarndeutschen sowie Pädagogische Hochschulen in Ungarn Mittel, um u.a. ehemalige Russischlehrer umzuschulen. Über das „Abkommen zur Förderung der deutschen Sprache in Ungarn“ werden Gelder vergeben, mit denen zum Beispiel ungarische Gemeinden mit einem höheren Anteil an Ungarndeutschen mit Satelliten und TV-Empfangsanlagen ausgestattet werden, um den Empfang deutscher Sender und deutsche Lokalsendungen zu ermöglichen.

Weizsäcker möchte über die Minderheiten „Türen öffnen“. Was dies konkret bedeutet, wurde auf dem 18. Nationalitätenkongreß der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV) ausgeführt. Er fand im Mai 1991 in Budapest unter der Schirmherrschaft des ungarischen Staatspräsidenten Göncz statt. Man freute sich dort u.a., daß mit dem „Abwerfen des kommunistischen Zwangsregimes“ die Oberschlesien- und Masurndeutschen sozusagen „wiederentdeckt“ wurden.

Die FUEV (größter Mitgliedsverband ist die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“) arbeitet in Europa darauf hin, eine überstaatliche Institution zu schaffen, mittels derer völkerrechtliche Prinzipien aufgehoben werden sollen zugunsten eines Rechts, sich in Minderheiten- und Volksgruppenfragen in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Genau in dieselbe Richtung zielten Erklärungen der etwa 100 Teilnehmer aus vor allem konservativen Parteien Europas beim „Europäischen Runden Tisch“ über Minderheiten in Wien im April 1991.

Auf der KSZE-Expertenkonferenz über nationale Minderheiten in Europa, die ab 1. Juli insgesamt 19 Tage in Genf tagen wird, werden sechs Vorschläge der FUEV für eine Minderheitencharta vorliegen.

Tatsächlich ist die „Volksgruppenpolitik“ für die BRD als auch für Ungarn ein Hebel, expansionistische Ziele durchzusetzen. Dabei stehen insbesondere der BRD beträchtliche ökonomische Druckmittel zur Verfügung. Aktuell geht es darum, operative Eingriffsmöglichkeiten in die osteuropäischen Länder zu schaffen, um die Auflösung der Planwirtschaften gründlich zu vollenden und einen eventuellen Umkehrprozeß auszuschließen. Am scheinbar unauffälligsten und mit den scheinbar friedlichsten Absichten scheint den Imperialisten dies über die KSZE regelbar zu sein. — (fr)

Dokumentiert: KSZE, „Krisenmechanismus“ u. a.

„Charta von Paris“

„Wir sind entschlossen, den wertvollen Beitrag nationaler Minderheiten zum Leben unserer Gesellschaft zu fördern, und verpflichten uns, deren Lage weiter zu verbessern. Wir bekämpfen unsere tiefe Überzeugung, daß freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Völkern sowie Friede, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie den Schutz der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten und die Schaffung von Bedingungen für die Förderung dieser Identität erfordern ... erkennen wir an, daß die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten als Teil der allgemein anerkannten Menschenrechte uneingeschränkt geachtet werden müssen ...“
Erklärung des KSZE-Gipfels in Paris, 21. 11. 90, nach Europa-Archiv 24/90

„Mechanismus für Konsultation und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen“

„Die Teilnehmerstaaten werden einander in schwerwiegenden dringlichen Situationen, die auf Grund der Verletzung eines Prinzips der Schlußakte oder größerer, den Frieden, die Sicherheit oder die Stabilität gefährdender Zwischenfälle entstehen können, gemäß folgender Bestimmungen konsultieren und zusammenarbeiten. Bei der Anwendung des Mechanismus für Konsultation und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen sind sämtliche Prinzipien der Schlußakte, einschließlich des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, sowie die der Charta von Paris von vorrangiger Bedeutung und finden gleichermaßen und ohne Vorbehalte Anwendung, wobei jedes von ihnen unter Berücksichtigung der anderen ausgelegt wird.“

1. Wenn ein Teilnehmerstaat der Ansicht ist, daß eine dringliche Situation, wie oben beschrieben, entsteht, kann er vom betroffenen Staat oder den betroffenen Staaten Klarstellung verlangen. In dem Ersuchen werden der Grund bzw. die Gründe der Angelegenheit dargelegt.
1.1. Der ersuchte Staat bzw. die ersuchten Staaten stellen innerhalb von 48 Stunden alle ... Informationen zur Verfügung, um die Situation, die dem Ersuchen zugrundeliegt, zu klären.

2. Das Ersuchen und die ... Antwort werden allen anderen Teilnehmerstaaten unverzüglich übermittelt.

3. Bleibt die Situation weiterhin ungeklärt, kann jeder der betroffenen Staaten an den amtierenden Vorsitzenden des Ausschusses Hoher Beamter ein Ersuchen um Einberufung einer Dringlichkeitssitzung des Ausschusses richten

4. Nach Eingang des Ersuchens beschließt der amtierende Vorsitzende des Ausschusses Hoher Beamter unverzüglich alle Teilnehmerstaaten sowie

das KSZE-Sekretariat und unterbreitet die einschlägige Dokumentation.

2.5. Darüber hinaus nimmt der Vorsitzende mit den betroffenen Staaten innerhalb von 24 Stunden nach Eingang des Ersuchens Kontakt auf.

2.6. Sobald zwölf oder mehr Teilnehmerstaaten das Ersuchen innerhalb von höchstens 48 Stunden durch eine entsprechende Mitteilung an den Vorsitzenden unterstützt haben, verständigt dieser unverzüglich alle Teilnehmerstaaten von Datum und Zeitpunkt des Treffens, das frühestens 48 Stunden und spätestens drei Tage nach dieser Mitteilung abzuhalten ist. In der Mitteilung werden auch die Gründe für das Treffen und dessen Tagesordnung angeführt.

2.7. Vorbehaltlich der in den Absätzen 2.1. und 2.6. oben aufgeführten Bedingungen kann weder eine Beurteilung der Fakten noch eine mögliche Meinungsverschiedenheit über die Stichhaltigkeit der für die Einberufung einer Dringlichkeitssitzung geltend gemachten Gründe Anlaß zur Verschiebung oder Verhinderung einer Dringlichkeitssitzung geben.

2.8. Das Treffen findet am Sitz des Sekretariats statt und dauert höchstens zwei Tage, sofern nichts anderes vereinbart wurde.

2.9. Die Tagesordnung der Dringlichkeitssitzung besteht aus einem einzigen Punkt. Dieser ist in demselben Wortlaut zu formulieren, wie er in der in Absatz 2.6. vorgesehenen Mitteilung gebraucht wurde. Eine Änderung ist nicht möglich. Der Vorsitzende trägt dafür Sorge, daß die Diskussionen nicht vom Gegenstand der Tagesordnung abweichen.

2.10. Den Vorsitz bei dem Treffen führt der Vertreter jenes Staates, der den Vorsitz im Ausschuß ... wahrnimmt.
2.11. Ist der Vorsitzende des Ausschusses Hoher Beamter Angehöriger eines der betroffenen Staaten wie in Punkt 1 oben beschrieben, führt den Vorsitz bei dem Treffen der Vertreter des nächsten Staates nach der Reihenfolge des französischen Alphabets, der von der Situation nicht betroffen ist.

2.12. Zu Beginn der Verhandlung gibt der Vorsitzende eine kurze Erklärung ab, in der die Fakten und die einzelnen Phasen, die zur Entstehung der Situation geführt haben, nochmals dargelegt werden. Er gibt daraufhin bekannt, wie viele Redner um das Wort gebeten haben, und eröffnet die Debatte.

2.13. Je nachdem, wie es die Situation beurteilt, kann das Treffen Empfehlungen oder Schlußfolgerungen zur Herbeiführung einer Lösung vereinbaren. Es kann außerdem beschließen, ein Treffen auf Ministerebene einzuberufen.

2.14. Die Verfahren zur Einberufung von Treffen nach diesem Mechanismus führen in anderen Situationen zu keiner Abänderung der Konsensregel.

3. Die oben beschriebenen Verfahren werden nicht anstelle des Mechanismus

betreffend ungewöhnliche militärische Aktivitäten angewendet.

4. Die oben beschriebenen Mitteilungen zwischen Teilnehmerstaaten werden vorzugsweise durch das VSBM-Kommunikationsnetz übermittelt.

Die oben beschriebenen Verfahren werden beim Folgetreffen von Helsinki einer Prüfung unterzogen und, falls erforderlich, revidiert.“

Quelle: Bulletin der Bundesregierung, 22. Juni 1991 (Auszüge)

Der Bundestag zum KSZE-Experten-treffen über nationale Minderheiten

„Der Deutsche Bundestag begrüßt die Einberufung eines KSZE-Expertentreffens nach Genf, das die Verstärkung der Zusammenarbeit der 34 KSZE-Staaten im Hinblick auf nationale Minderheiten und die Verbesserung des Schutzes nationaler Minderheiten zum Ziel hat ... Jüngste Ereignisse in Jugoslawien, einem KSZE-Mitgliedsstaat, zeigen erneut, wie dringend erforderlich es ist, den Konsens über die Rechte und den Schutz nationaler Minderheiten zu verbreitern ... Der Schutz der Rechte nationaler Minderheiten ist eine gesamt-europäische Aufgabe ... Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in seiner Resolution 688 vom 5. April 1991 die Unterdrückung der irakischen Zivilbevölkerung insbesondere in den kurdischen Siedlungsgebieten als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit verurteilt und damit für die Völkergemeinschaft die Perspektive eröffnet, auf Verletzungen von Menschen- und Minderheitenrechten durch den Einsatz von Zwangsmitteln zu reagieren. Europa steht vor der Aufgabe, den Schutz von Minderheitenrechten in der eigenen Region in auch für andere vorbildlicher Weise zu garantieren ... Der Deutsche Bundestag begrüßt ferner die Bemühungen des Ausschusses für Recht und Bürgerrechte im Europäischen Parlament um die Verabschiedung einer Charta der Volksgruppenrechte ... In diesen Erfahrungsaustausch sollten Informationen z.B. über die Rechte der dänischen und sorbischen Minderheit in Deutschland, das vorgesehene Minderheitenschutzgesetz in Ungarn und die den Schutz nationaler Minderheiten betreffenden Regelungen des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit einbezogen werden ... daß schließlich die Forderung nach Achtung des Rechts von Angehörigen nationaler Minderheiten als Teil des international anerkannten Menschenrechtsschutzes keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten darstellt ...“
Deutscher Bundestag, Entschließungsantrag von CDU/CSU, SPD, FDP und der Gruppe Bündnis 90/Grüne, Drucksache 12/796 vom 18.6.91

Internationale Umschau



Etwa 17 000 Beschäftigte im belgischen Gesundheitswesen demonstrierten am 20. Juni in Brüssel gegen die Lohnrückerei und Arbeitshetze im Gesundheitssystem. „Mehr Personal“, „Lohnzuschlag jetzt!“, „Überarbeitet — unterbezahlt“, „Stress — Sklavenarbeit“ waren häufige Losungen. Die Gewerkschaften im Gesundheitswesen hatten zu der Protestaktion aufgerufen. Im ganzen Land fanden an diesem Tag parallel zu der Demonstration Streiks und andere Protestaktionen in den Krankenhäusern und Kliniken statt. Am 23. September sollen erneut landesweite Protestaktionen stattfinden. — (rül)

„Antiterror“-Abkommen zwischen Bolivien und Peru

Die Streitkräfte Boliviens und Perus wollen nach Presseberichten gemeinsam gegen die peruanische Guerillabewegung vorgehen. Genannt werden die PCP („Leuchtender Pfad“) und die Guerillabewegung Tupac Amaru. Angeblich sollen die Guerillas beider Organisationen in letzter Zeit die 700 km lange Grenze zwischen Bolivien und Peru mehrfach überschritten haben. Die Heeresleitungen beider Staaten bereiten nun eine „gemeinsame Strategie“ vor. Ein Militärsprecher in der bolivianischen Hauptstadt La Paz bestätigte die Berichte. Eine Eskalation des militärischen Terrors vor allem gegen die indianische Landbevölkerung in beiden Staaten mit dem Ziel, die Stellung der weißen Großgrundbesitzer und Bergwerkskonzerne zu festigen, ist zu befürchten. — (rül)

Kuwait: Statt Todesstrafen 29 mal lebenslänglich

Der Regierungschef Kuwaits, Scheich Sabah, hat die 29 bislang von militärischen Ausnahmegerichten gegen angebliche „Kollaborateure“ mit dem Irak verhängten Todesurteile in lebenslängliche Haft verwandelt. Die noch offenen Verfahren sollen an Zivilgerichte übergeben werden. Nach dem Sieg der Anti-Irak-Koalition war das zurückgekehrte kuwaitische Regime wegen zahlreicher Folterungen an Palästinensern, Kurden und anderen der „Kollaboration“ mit dem Irak Verdächtigten sowie wegen der in Schnellverfahren verhängten Todesurteile kritisiert worden. — (rül)

Baltikum: Europarat gegen UdSSR

Trotz eines förmlichen Protests des sowjetischen Delegationsleiters hat der Europarat am 27. Juni in Helsinki den Präsidenten der drei baltischen Republiken der UdSSR, Rützel von Estland, Gorbunow von Lettland und Landsbergis von Litauen, Aufnahme verschafft. Die drei Präsidenten konnten jeweils zehn Minuten die „Unabhängigkeit“ ihrer Republiken propagieren. Sie forderten die förmliche Anerkennung ihrer Souveränität und die Aufnahme in den Europarat als Vollmitglieder. Man wolle, daß ein internationales Forum die Souveränität ihrer Staaten anerkenne, Verhandlungen mit der UdSSR nützen nichts, erklärte Landsbergis. Der Europarat läßt nach seinen Statuten nur Vertreter souveräner Staaten als Mitglieder und Gäste zu. Insofern war die Aktion des Europarats für die Vertreter der drei Republiken eine deutliche diplomatische Anerkennung. Der sowjetische Delegationsleiter verurteilte die Aktion des Europarats als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR. Die Regeln für einen Austritt von Republiken aus der SU seien einfach. Zunächst müsse die Bevölkerung in einer Volksabstimmung dafür votieren. Da all dies bisher nicht geschehen sei, seien die baltischen Staaten derzeit noch ohne jeden Zweifel Teil der UdSSR.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juni 1991 — (rül)

Indien: Stimmenzuwachs für fundamentalistische BJP

Am 17. Juni gingen die wegen des tödlichen Attentats auf R. Gandhi verlegten Parlamentswahlen mit einer extrem niedrigen Wahlbeteiligung zuende. Die Congress-Partei hatte auf einen Wahlsieg spekuliert. Insbesondere aber die stark auf eine Familie zugeschnittene Führung schien nicht in der Lage, die Angelegenheit in der kurzen Zeit zu klären. So ist der Kongreß nur mit Unterstützung regierungsfähig.

Die Ergebnisse der zur gleichen Zeit stattfindenden Wahlen zu Parlamenten diverser Unionsstaaten lassen darauf schließen, daß chauvinistische Programme und Persönlichkeiten bei den Ärmsten Gehör finden. Zum einen ist in Kerala im Süden Indiens die linke Frontregierung, die seit längerem sehr brüchig war, durch die Muslim-Liga abgelöst worden. Zum anderen gelang es der äußerst reaktionären und hindu-nationalistischen BJP (sie ist verantwortlich für die Ausschreitungen um den Tempel in Ayodha im letzten Jahr) zweitstärkste Partei im Zentralparlament in Delhi zu werden.

Die Congress-Partei benötigt für die Regierungsbildung einen Koalitionspartner oder die Duldung entweder aus den Reihen der Janata Dal, der BJP oder der CPI/M. Die Janata Dal ist aber allein zu schwach. Sie hatte im Wahlkampf auf die Unterstützung der untersten Kasten abgehoben, in dem sie deren Gleichstellung forderte. Dies ist der Partei erfolgreich nur auf regionaler Ebene (Bihar, Andhra Pradesh) gelungen. Die CPI/M, die seit Jahren die kommunistische Regierung in West-Bengalen stellt, zieht mit 40 Abgeordneten in Delhi ein und wird als wichtigster Unterstützer der Kongreß-Partei gehandelt.

Anzeichen dafür, daß die Propaganda rechtsgerichteter chauvinistischer Gruppierungen durchaus Boden findet, ist der Versuch des vormaligen indischen Ministerpräsidenten und Finanzministers V.P. Singh, soziale Fragen als das beherrschende Wahlkampfthema durchzusetzen. Dies schlug alsbald in eine heiße Debatte um die hinduistische Identität um. Dort allerdings, wo die BJP seit zwei Jahren die Landesregierung stellt (Madhya Pradesh, Rajasthan), büßte sie mehr als die Hälfte ihrer Sitze ein. — (cog)

Israel: Armeekommandos ermordeten 47 Palästinenser

Geheime israelische Armeekommandos haben nach einem Bericht des palästinensischen Informationsbüros für Menschenrechte seit Anfang 1989 in den besetzten Gebieten mindestens 47 Palästinenser ermordet. In 22 Fällen habe es sich bei den Ermordeten um maskierte, aber unbewaffnete palästinensische Jugendliche gehandelt, die beim Steinerwerb, beim Schreiben von Parolen u. ä. erschossen wurden. Viele seien auf kurze Distanz von den als Araber verkleideten Soldaten erschossen worden. Eine weitere Menschenrechtsgruppe mit Namen Al-Haq bestätigte die Angaben des Informationsbüros. Bei ihr seien allein 30 solcher Fälle dokumentiert. Teilweise seien die Jugendlichen von zivil verkleideten Soldaten aus Zivilfahrzeugen heraus im Vorbeifahren erschossen worden. — (rül)

Westsahara: Waffenstillstand Referendum soll bald folgen

Am 6. September tritt in der Westsahara ein Waffenstillstand zwischen den marokkanischen Kolonialtruppen und den Guerillas der Frente Polisario in Kraft. Sowohl die Frente Polisario wie Marokko haben diesem von der UNO vorgeschlagenen Termin zugestimmt. Die Frente Polisario hatte den Widerstand gegen die spanische Kolonialherrschaft und — nach deren Abzug vor 15 Jahren — seit Frühjahr 1976 gegen die ins Land gedungenen marokkanischen Truppen geführt. Nach der Erklärung des Präsidenten der von ihr gebildeten Regierung der „Demokratisch-Arabischen Republik Sahara“, Rasd Mohamed Abdelaziz, ist nun ein Referendum über die Zukunft des Landes noch in diesem Jahr „unausweichlich“. Die FPolisario hat gerade ihren VIII. Kongreß durchgeführt und ist zuversichtlich, daß bei dem von der UNO kontrollierten Referendum die Mehrheit der Bevölkerung für die Unabhängigkeit des Landes stimmen werde. Marokko hatte das Land wegen seiner reichen Phosphatlager besetzt. Seit Beginn der Besetzung sind zahlreiche Marokkaner in das Land versetzt worden. Die FPolisario befürchtet, daß Marokko versuchen wird, diese als Sahauris auszugeben und an der Abstimmung teilnehmen zu lassen. Die Abstimmung soll deshalb auf Basis des spanischen Zensus von 1974 stattfinden. Ein Kontingent von UNO-Truppen soll das Referendum und den Waffenstillstand kontrollieren. Die FPolisario wünscht, daß darunter insbesondere spanische Truppen vertreten sind, schon allein wegen der Sprachkenntnisse. Vor einigen Wochen war in der bundesdeutschen Presse gemeldet worden, auch BGS-Einheiten würden dieser UNO-Truppe angehören. Nach dem Einsatz in Namibia wäre dies der zweite UNO-Einsatz von BRD-Militäreinheiten. Quelle: FAZ, 28.6.91 — (rül)



In zahlreichen US-Bundesstaaten und Großstädten sehen sich die Gewerkschaften der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst mit erneuten Lohnsenkungs- und Entlassungsplänen der Kommunen und Gouverneure der Bundesstaaten konfrontiert. Der Gouverneur von New York will etwa 8000 Lehrer entlassen. In Tarifverhandlungen willigte die Gewerkschaft u. a. ein, Lohnzahlungen über 40 Mio. Dollar in ein befristetes Darlehen an die Stadt umzuwandeln. In New Jersey drohte der Gouverneur mit 6000 Entlassungen, wenn die Gewerkschaften nicht Lohnsenkungen und höheren „Selbstbeteiligungen“ bei Gesundheitskosten zustimmen. Bild: 3000 Beschäftigte protestieren vor der Hauptstadt von Illinois gegen Haushaltspläne des Gouverneurs, der u. a. 1400 Lohnabhängige im Gesundheitswesen feuern will. — (rül)

„Schutztruppen“ gegen Kurden 5000 Mann und Raketenstellungen nach Nordwest-Kurdistan

Zwischen 2000 und 5000 Mann wollen die USA, Großbritannien und Frankreich nach letzten Meldungen als sogenannte „Schutztruppe“ in Nordwest-Kurdistan, d. h. im türkisch besetzten Teil Kurdistans, stationieren. Offizieller Vorwand der Stationierung soll der „Schutz“ der Kurden im irakisch besetzten Süd-Kurdistan sein. Die genauen Stationierungspläne stehen noch nicht fest, u. a., weil die neue türkische Regierung noch nicht vereidigt ist und dementsprechend keine bindenden Vereinbarungen eingehen kann. Zudem opponieren rechte Kreise in der ANAP gegen die geplante Stationierung mit dem Argument, die Türkei sei selber stark genug, die Kurden zu „schützen“. Tatsächlich richtet sich die geplante Stationierung in Wirklichkeit direkt gegen den kurdischen Befreiungskampf. Als letzte Stationierungsorte sind im Gespräch: Silopi und Incirlik. Silopi liegt mitten im Gebiet von Botan, d. h. in dem Gebiet, in dem der kurdische Befreiungskampf bisher die größte Kraft entwickelt hat. Incirlik liegt am Rande von Nordwest-Kurdistan, bei Adana. Von hier flogen die Alliierten im Golfkrieg zahlreiche Einsätze gegen den Irak. Die seit den großen kurdischen Aufständen gegen die türkische Kolonialherrschaft im Frühsommer 1990 in der Nato gewählten Pläne zur Stationierung einer Nato-Truppe in der Region — u. a. zwecks Entlastung der türkischen Trup-

pen z. B. von Grenzsicherungsaufgaben — treten damit anscheinend in ein konkretes Stadium.

Mit der Truppenstationierung einhergehen soll eine militärische Hochrüstung der Türkei. So ist im Gespräch die Türkei mit modernsten Raketenstellungen auszurüsten, die allein eine Stationierung von US-Truppen erforderlich machen würde. Zudem sollen Teile des Nachschubmaterials, das die Golf-Interventionstruppe noch zur Verfügung hat, in der Türkei gelagert bleiben, um bei einem erneuten Kriegseinsatz in der Region sofort zur Verfügung zu stehen. Beides würde die Türkei als regionale Militärmacht weiter aufwerten. Die PKK-Europavertretung hat bereits vor Bekanntwerden dieser Pläne erklärt: „Die PKK und ihre Avantgardekraft, ihre Guerillaarmee ARGK und politische Frontorganisation ERNK, sind entschlossen, die Würde des kurdischen Volkes bei diesem auf dem Boden Kurdistans geführten Kampf um den Preis des Lebens zu verteidigen“. Aber dieser Kampf ist gleichzeitig auch ein Kampf, der geführt wird, um den vom Imperialismus weltweit begonnenen konterrevolutionären Angriff zum Scheitern zu bringen. Wir werden auf gar keinen Fall zulassen, daß unser Land zu einem Terrain wird, auf dem der Imperialismus spielen kann, wie er will...“

Quelle: Kurdistan-Rundbrief 14/91 — (rül)

Abtreibungsberatung erlaubt?

US-Repräsentantenhaus erläßt Gesetz / Bush-Veto erwartet

Das US-Repräsentantenhaus verabschiedete am 28. Juni mit 353 zu 74 Stimmen als Teil des Innenhaushaltsgesetzes eine Regelung, die medizinischen Kliniken und Familienplanungsorganisationen, die Mittel des Bundes erhalten, erlaubt, Frauen in Sachen Schwangerschaftsabbruch zu beraten. Das Gesetz, falls es in Kraft tritt, würde für ein Jahr frühere Regelungen aufheben, die Abtreibungsberatung bei Strafe des Verlusts der Bundesmittel verbietet.

Die neue Bestimmung ist eine Reaktion der Abgeordneten auf die Unpopularität einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA vom 23. Mai, in der die neue reaktionäre Mehrheit befunden hatte, daß die Verfügung des Gesundheitsministers, die Ärzten in mit Bundesmitteln geförderten Kliniken und Beratungsstellen verbietet, Schwangerschaftsabbruch auch nur als Möglichkeit zu erwähnen, nicht gegen das in der Verfassung verankerte Recht der Meinungsfreiheit verstößt.

„Planned Parenthood“, eine Organisation für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, die Beratungsstellen und Kliniken betreibt, hat erklärt, daß sie sich dem Urteil nicht beugen wird

und eher auf die Bundesgelder, die etwa 25 % ihrer Mittel ausmachen, verzichten. Die Beratung über die Alternativen im Falle einer unerwünschten Schwangerschaft und der Schwangerschaftsabbruch wird weniger zugänglich und teurer werden. Die Amerikanische Medizinische Vereinigung (AMA) hat sich gegen das Urteil als Eingriff in das Arzt-Patient-Verhältnis ausgesprochen und befürchtet, daß Ärzte verklagt werden können, wenn sie nicht ihren Kenntnissen gemäß beraten.

Die Abtreibungsgegner, nicht stark genug, um die Verabschiedung des Innenhaushaltsgesetzes zu verhindern oder eine Abtrennung der Beratungsregelung zu erzwingen, setzen auf das angekündigte Veto von Präsident Bush. Sie gehen davon aus, daß die zur Überstimmung des Vetos notwendige Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Kongresses nicht zustande kommt. Eine genügend große Zahl von reaktionären Abgeordneten wird sich hinter dem Präsidenten-Veto verstecken und dieses nicht zu Fall bringen, während sie in ihrem Wahlkreis mit ihrer Stimme für die populäre Gesetzesvorlage haushieren gehen. — (ger, her)

Kärnten: Haider mußte gehen

Der Widerstand gegen den rechtsradikalen FPÖ-Chef wächst

Fast scheint es, als habe Jörg Haider, Vorsitzender und faschistoides Zupfer der rechtgerichteten FPÖ (Freiheitliche Partei) den Bogen diesmal überspannt. Seine Äußerung im Kärntner Landtag über die „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ hat ihn auf jeden Fall den Landeshauptmann-Posten (vergleichbar einem BRD-Ministerpräsidenten) gekostet. Am 22.6. sprach der Landtag Haider das Mißtrauen aus. Den von den Sozialdemokraten (SP) eingebrachten Antrag unterstützte auch die konservative Volkspartei (ÖVP), die ihre Koalition mit der FPÖ über den Fall Haider platzen ließ. Haider erneuerte Vorstoß in Richtung Rehabilitation des NS-Regimes hatte eine Welle der Empörung ausgelöst. Im ganzen Land gab es Kundgebungen gegen Haider und die FPÖ. In Wien demonstrierten Tausende zur FPÖ-Zentrale, die von Polizei vor dem Erstürmen gesichert werden mußte. Die SP forderte die Staatsanwaltschaft auf tätig zu werden, da Haider „Verherrlichung des Dritten Reiches“ strafbar sei. Inzwischen ermittelt die Justiz. Es sind jedoch nicht nur die breiten öffentlichen Proteste, die dazu geführt haben, daß offenbar auch die österreichische Bourgeoisie den rechtsradikalen Politiker erst einmal

ins zweite Glied verbannen will. Es sind auch nicht nur wahltaktische Manöver der ÖVP, auf deren Kosten die FPÖ in den vergangenen Jahren Stimmengewinne verbuchen konnte und die in der Affäre Haider plötzlich die Möglichkeit sieht, Terrain gutzumachen. Haider hat auch für die deutschen Teile der herrschenden Klasse im Land in zweifelhäufiger Hinsicht zur Unzeit offen ausgesprochen, welchem politischen Modell die Sympathie dieser Kreise gilt. Da sind zum einen die ehrgeizigen Europapläne der Bourgeoisie, vor allem ja deren deutschnationaler Teil, will in die EG, gerade auch, um der BRD näherzukommen. Da macht ein Politiker natürlich eine schlechte Figur, wenn er offen ausspricht, in welcher Tradition er die stärkste politische Kraft im Land sieht. Da sind zum anderen die politischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien vom Zerfall des südlichen Nachbarn will man erklärtermaßen wirtschaftlich und politisch profitieren. Nicht umsonst waren österreichische Politiker fast immer dabei, wenn sich in den vergangenen Tagen slowenische Politiker in der Öffentlichkeit zeigten. Gerade die Slowenen jedoch wissen genau, was sie von der von Haider gelobten Nazi-Beschäftigungspolitik zu halten haben. — (jg)

GAL: Staatsterrorismus im „demokratischen“ Spanien

Ein Gerichtsverfahren, das keine Gerechtigkeit bringen wird

Die Grupos Antiterroristas de Liberación (GAL) begannen Ende 1983 gegen die vor der Verfolgung durch die Polizei von Süd-Euskadi nach Nord-Euskadi geflohenen Flüchtlinge Attentate zu verüben. Bis Februar 1986 ermordeten die GAL 26 Personen. Alle Verbrechen, außer im Falle Santi Brouards, Abgeordneter und Vorsitzender von Herri Batasuna, der im November 1984 in Bilbao erschossen wurde, fanden in Nord-Euskadi statt.

Ab 1986, als die französische Regierung die direkte Repression gegen die baskischen Flüchtlinge wesentlich verschärfte, sie verhaften und sofort an die spanische Polizei ausliefern ließ, trat die GAL in den Winterschlaf. Im Laufe der vier letzten Jahre ist ihr Kürzel benutzt worden, um die Verantwortung für kleinere parapolizeiliche Attentate zu übernehmen.

Aber nur zwei der Verbrechen dieser Zeit scheinen in einem direkten organisatorischen und politischen Zusammenhang mit den terroristischen Aktivitäten von 1983-1986 zu stehen: die Ermordung des Abgeordneten von HB Josu Muguruza in Madrid und von Juan Carlos Garcia Goena 1987 in Hendaia.

Das Gerichtsverfahren wird versuchen, einen endgültigen Schlußstrich unter einen Prozeß zu ziehen, der mehr als ausreichend Indizien zutage gefördert hat, um behaupten zu können, daß die GAL vom spanischen Polizeiapparat aus aufgebaut und geleitet wurde, und zwar mit der Zustimmung, der Überwachung und der Finanzierung durch die Regierung von Felipe Gonzalez. Die anfängliche Absicht der sozialistischen Größen, die politisch und gerichtlich relevanten Verantwortlichkeiten in dieser Angelegenheit — der blutigsten parapolizeilichen Organisation Westeuropas in der Nachkriegszeit — im Unklaren zu lassen, hat sich nicht erfüllt. Es ist allerdings zu befürchten, daß sie es schaffen werden, die Auswirkungen des Skandals auf die zwei angeklagten Polizisten zu beschränken. Diese werden wohl dafür, daß sie zu einer nicht allzu langen Haftstrafe verurteilt und sie in begünstigten Haftbedingungen absitzen werden, weiterhin schweigen und damit die Aufdeckung und Verurteilung höherer Verantwortlicher der GAL verhindern. Damit dürfte die Strategie der Schadensbegrenzung, die von der PSOE 1986 entwickelt wurde, ihr Ziel erreicht haben.

Bis 1986 beschränkte sich die Bilanz der polizeilichen Verfolgung der GAL auf französischem Boden auf die Festnahmen einiger weniger Söldner. Einige konnten durch die baskischen Flüchtlinge gefangen werden, nachdem sie die Attentate verübt hatten. Viele wurden jedoch von einem rechtsradikalen Richter anschließend aus Formgründen wieder freigelassen. Es handelte sich dabei

Vier Jahre nachdem Anfang 1987 ihre Namen ans Tageslicht kamen, steht jetzt (1) der Beginn des Gerichtsverfahrens gegen die beiden spanischen Polizisten Amedo und

Dominguez kurz bevor. Beide sind angeklagt, die parapolizeiliche terroristische Organisation GAL organisiert und geleitet zu haben.

ausnahmslos um gewöhnliche Kriminelle, die als Killer für ganz konkrete Aktionen angestellt worden waren. Ihre Auftraggeber wollten oder konnten sie zwar nie identifizieren, diese stellten sich jedoch als Mitglieder des spanischen Geheimdienstes vor und boten ihnen bedeutende Summen an.

Von den ersten Aktionen der GAL an war die Verstrickung der spanischen Polizei in Bezug auf die Herkunft der Informationen, mit denen die Söldner arbeiteten, nicht zu übersehen. Die Möglichkeiten, sich zu irren, waren gleich Null, seitdem im März 1984 J.P. Cherrid in Biarritz bei dem Versuch starb, eine Bombe anzubringen. Er war ein allgemein bekannter terroristischer parapolizeilicher Agent der spanischen Polizei, ein rechtsradikaler französischer Flüchtling. Kurz nach diesem „Unfall“ gelang es der französischen Gerichtspolizei ohne größere Probleme, den operativen Kern der GAL in Nord-Euskadi auszuheben. Sie waren nahe daran, die Spanier festzunehmen, die von der Polizeidirektion Bilbao oder deren Umfeld die Befehle erhielten. Eine undichte Stelle machte diesen Fang unmöglich, die Ermittlungen der französischen Justiz und der Gerichtspolizei kamen nicht weiter. Dies wurde von den Köpfen der GAL ausgenutzt, um 1985 durch Söldner, die meistens nur einmal eingesetzt wurden, weitere baskische Flüchtlinge zu ermorden.

Anfang 1986 ist die Zukunft der parapolizeilichen Organisation jedoch entschieden. Das unglaubliche Gebaren (Kasinosuche, Rumtreibereien usw.) von Amedo, einem dunklen Unterkommissar aus Bilbao, und Dominguez, einem jungen französischsprachigen Polizeibeamten, des ersten Helfers, war in Süd-Euskadi einer Vielzahl von Leuten aufgefallen. Die baskische Polizei, Arbeiter im Gastronomiegewerbe, Journalisten, Mitglieder der abertausenden Linken, sie alle stellten bald fest, daß die Bewegungen dieser beiden Beamten auf den Millimeter genau mit den Aktionen der GAL übereinstimmten. Die Effektivität der Terroristen nahm sturzartig ab, und der Name Amedos ... war ein Geheimnis, das die Spatzen von den Dächern pfliffen.

Als die GAL im Februar 1986 ihr letztes tödliches Attentat in dieser Periode beging (die Opfer sind zwei Bürger aus Nord-Euskadi, die keinerlei politische Präferenzen hatten und von zwei Killern niedergestreckt wurden), forderte der Präsident der autonomen baskischen Regierung, der Nationalist Ardanza, von Felipe Gonzalez Aufklärung über die Verstrickungen spanischer Beamter in die terroristischen Aktionen. Die Sozialisten antworteten mit aufwendiger Empörung, allerdings hat man später feststellen können, daß sich die Regierung Ardanzas zu diesem Zeitpunkt schon im Besitz eines Berichtes der baskischen Polizei befand, der das Resultat einer mehrmonatigen Beschattung bildete und die Aktivitäten von Amedo und Dominguez in der GAL ausführlich beschrieb. Dieser Bericht ist nie in die Hände der Richter gekommen, die die parapolizeiliche Organisation erforscht haben, und alles deutet darauf hin, daß er für einen Handel zwischen der PSOE und der PNV benutzt wurde.

Von diesen letzten Attentaten der GAL im Februar 1986 ging dann auch die Spur aus, die Amedo und Dominguez dann letztendlich ins Gefängnis brachte. Einer der portugiesischen Söldner wurde von der französischen Polizei am Ort des Geschehens festgenommen und gab, da er sich verlassen und betrogen fühlte, eine Reihe von bedeutenden Details über seine Auftraggeber preis. Ausgehend von diesem Geständnis konnte die portugiesische Polizei herausfinden, daß einer der Anwerber Jose Amedo war, auf dessen Namen die Kreditkarte lief, mit der einige der Ausgaben der Rekrutierung bezahlt worden waren. Als 1986 die Regierung Chirac Madrid aufforderte, im Tausch für eine Verschärfung der polizeilichen Verfolgung der baskischen Flüchtlinge die GAL zu liquidieren, hing Amedo nur noch an einem Faden, die parapolizeiliche Organisation drohte unterzugehen. Die Regierung der PSOE wurde sich der Schwierigkeit der Situation bewußt, v.a. als ihr polizeilicher Vertreter in Portugal ihr mitteilte, daß die portugiesischen Behörden Amedo identifiziert hatten und genügend belastende Beweise besaßen. Im Vorgriff auf einen

politischen Skandal erster Ordnung wechselte die Regierung in Madrid im Oktober 1986 die gesamte Führung des Innenministeriums aus. Die Entlassenen — J. Sancristobal (Generaldirektor für die Staatssicherheit), R. del Rio (Generaldirektor der Polizei) und F. Alvarez (Verantwortlicher für besondere Operationen) — wurden umgehend auf günstige Posten in privaten Firmen, die dem Staatsapparat verbunden sind, umgesetzt, wo sie fern jeder öffentlichen Aufmerksamkeit waren. Alle drei waren Vorgesetzte bzw. persönliche Freunde Amedos gewesen.

Die Schadensbegrenzung wurde mit einigen weiteren kleineren Maßnahmen (Versetzung Dominguez nach Madrid, Abschottung Amedos usw.) und Monate später mit der diskreten Ablösung des Innenministers Jose Barrionuevo, Minister während der ganzen Periode der GAL, abgeschlossen.

Jedoch reichten all diese Manöver ... nicht aus, um die Flut von Informationen und Verbindungen, die ans Tageslicht kamen, aufzuhalten, nachdem im Frühjahr 1987 der Name Amedo zum ersten Mal in einer portugiesischen Zeitung veröffentlicht worden war. Die Polizisten hatten zusätzlich zu den unzähligen Spuren, die sie bzgl. ihrer parapolizeilichen Aktivitäten zurückgelassen hatten, derartig viele Verstöße begangen, ... daß sich sogar der treueste Teil der öffentlichen Meinung aufzuregen begann. Die Liste der Söldner, die betrogen worden waren und auf Fotos ihre Anwerber identifizieren konnten, wuchs und wuchs ... und mit ihr die Gerichtsverfahren in Frankreich und in Portugal, in denen Amedo und Dominguez als Angeklagte mit angeführt wurden.

In diesem besonderen Kontext wurde J.C. Garcia Goena, ein junger Bask, nicht politisch aktiv, der nach Nord-Euskadi geflohen war, um nicht den Militärdienst machen zu müssen, ermordet. Die Verantwortung für das Verbrechen übernahm eine GAL ... Monate später erfuhr man dank der Anzeigen, die die damaligen Freundinnen von Amedo und Dominguez machten, daß diese Aktion von den beiden Polizisten als eine Art blutige Warnung an ihre Vorgesetzten gerichtet war: wenn sie nicht entspre-

chend geschützt würden, dann würden sie die Verständigungspolitik mit der Regierung aus Paris sabotieren.

Seitdem sind alle gerichtlichen und journalistischen Untersuchungen über den Wandel von Amedo und Dominguez auf den hemmungslosesten Widerstand der sozialistischen Regierung auf allen Ebenen gestoßen. Als die spanischen Richter, die mit den Ermittlungen gegen bewaffnete Gruppen betraut worden waren, die Aktivitäten der beiden Polizisten zu untersuchen begannen, führten die Behinderungen seitens der Regierung zu einer institutionellen Krise etwa wegen ihrer Weigerung, ... die Empfänger der geheimen Fonds des Innenministeriums aufzudecken, oder wegen der Versuche, den ersten mit dem Fall betrauten Staatsanwalt abzusetzen. Der aufsehenerregendste Versuch der Manipulation fand 1988 statt, als die Regierung feststellte, daß die zwei Ex-Freundinnen von Amedo und Dominguez, die zu diesem Zeitpunkt schon in Haft saßen, dazu bereit waren, Aussagen zu machen, und nun einen ihrer Geheimagenten, den Finanzbetrüger Paesa, einsetzte, um dies zu verhindern. Als er entdeckt wurde, floh Paesa aus dem Land und erlangte einen diplomatischen Deckmantel, um sich vor den gerichtlichen Auslieferungsanträgen zu schützen. Er ist heute noch frei und befindet sich an einem unbekannten Ort.

Fast alle belastenden Elemente gegen Amedo und Dominguez sind von journalistischen Erforschungen und von ausländischen Justizapparaten beigesteuert worden. Der spanischen Polizei kommt die zweifelhafte „Ehre“ zu, keinen einzigen Hinweis gegen ihre Kollegen erbracht zu haben.

Mit dieser Vorgeschichte dürfte es auch nicht verwunderlich sein, daß bei dem Gerichtsverfahren, das jetzt beginnt, Amedo und Dominguez lediglich wegen eines allgemeinen Deliktes der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, wegen einiger kleinerer Verbrechen (Fälschung von Dokumenten usw.), wegen mehrerer versuchter Morde und eines einzigen begangenen Mordes, dem an Garcia Goena, angeklagt werden. Dieser ist der einzige Mord von den mehr als zwanzig, derer sie angeklagt werden könnten, den sie nicht auf ausdrücklichen Befehl ihrer Vorgesetzten ausgeführt haben. Und „die Vorgesetzten“: Wo werden sie während des Gerichtsverfahrens gegen Amedo und Dominguez sein? — (Mikel Larraz)

(1) Der Prozeß hat inzwischen begonnen, d. Red. Nachdruck des — gekürzten — Textes mit freundlicher Genehmigung der „Euskadi-Information“, April/Mai 1991. Vertrieb: EUSKADI INFORMATION, Postfach 7323, CH-8023 Zürich.

Die aktuelle Situation in Nicaragua

14 Monate nach der Machtübernahme der UNO-Regierung

In ganz Nicaragua finden Kämpfe gegen die Absicht der Regierung, die Errungenschaften der Revolution zurückzuführen, statt.

Im März versuchte der reaktionäre Bürgermeister von Managua, Arnoldo Aleman, eine neuentstandene Siedlung zwangsräumen und abzureißen. Seit Februar letzten Jahres sind in Managua Siedlungen mit selbstgebauten Häusern aus Pappe, Gummistücken und Holz wie Pilze aus dem Boden geschossen. Dort leben Zehntausende von Menschen. In eine dieser Siedlungen schickte Aleman ein Abreißkommando mit Baggern, um die Menschen zu vertreiben. Dabei wurden acht Häuser zerstört und sämtliche Habseligkeiten der Menschen, die darin wohnten, zerstört. Ein neun Monate altes Mädchen, das sich in einem der abgerissenen Häuser befand, kam ums Leben. Gegen weitere Zerstörungen setzten sich die Menschen zur Wehr, indem sie sich vor die Bagger stellten.

Von solchen Räumaktionen sind zigtausende Bewohner Managuas bedroht, aber sie sind bereit, ihr Recht, ein Dach überm Kopf zu haben oder sich ein Haus zu bauen, zu verteidigen.

Im März streikte das Krankenhauspersonal für höhere Löhne und gegen die katastrophalen Zustände in Kliniken und Gesundheitszentren. In vielen gibt es weder Betten noch Laken, die Patienten bekommen zwar Rezepte, aber in den Apotheken gibt es keine Medikamente. Einen Monat später streikten die Lehrern und Lehrer für höhere Löhne. Auf dem Land kämpfen die Arbeiter der

ehemaligen Staatsbetriebe gegen die Privatisierung. Die Landreform und die Schaffung von Staatsbetrieben war eine der wesentlichsten Errungenschaften der Revolution. Teile der Staatsbetriebe wurden gegen den Widerstand der Landarbeiter an alte Somozisten, an ehemalige Großgrundbesitzer zurückgegeben oder an Contrachefs ausgehändigt. In einigen Teilen der Staatsbetriebe konnten die Arbeiter durchsetzen, daß ihnen das Land übergeben wurde und von der Landarbeitergewerkschaft (ATC) verwaltet wird.

Im Bereich des Kaffeeanbaus wurden 38 Siedlungen den Arbeitern übergeben. Um die Kooperativen, gewerkschaftlich verwalteten Betriebe und Kleinbauern wirtschaftlich zu zerstören, hat die Regierung die Normen für die Kreditvergabe ungeheuer hochgeschraubt. Außerdem hat Nicaragua mit 18 % den höchsten Zinssatz Mittelamerikas. Die Kredite sind notwendig, um Saatgut zu kaufen und die Löhne der Arbeiter zu bezahlen. In den selbstverwalteten Betrieben arbeiten die Landarbeiter zeitweilig ohne Lohn. Insgesamt sind auf dem Land etwa die Hälfte der Menschen arbeitslos. Das trifft insbesondere die Frauen, die praktisch alle arbeitslos sind.

1989 gab es im Bereich des Kaffeeanbaus 20500 Dauerbeschäftigte und 35000 Saisonarbeiter. Heute gibt es nur noch 10000 Dauerbeschäftigte. Saisonarbeiter werden im Moment gar nicht mehr eingestellt. Gleichzeitig sanken die Reallohne. 1989 verdiente ein Kaffee-

arbeiter umgerechnet 65 \$. Davon konnte er 92 % eines Grundnahrungsmittelkorbes, bestehend aus 20 Produkten, kaufen. Heute verdient er 47,5 \$ und kann davon nur die Hälfte dieses Korbes bekommen.

Ein weiterer wirtschaftlicher Angriff auf die armen Klassen Nicaraguas war die radikale Geldabwertung. Am 3. März wurde der Cordoba Oro von vorher 1:1 auf 1:5 im Verhältnis zum Dollar abgewertet. Die Verlierer waren die kleinen Bauern, die ihre Ernte zu dem Zeitpunkt schon verkauft hatten und ihren Erlös dafür um das Fünffache abgewertet bekamen, während die großen Agrarexportproduzenten von der Abwertung vorher wußten und in der Lage waren, ihre Ernte in Lagern aufzubewahren. So konnten sie das Fünffache für die Ernte erhalten.

Etwa 1100 Contra, die nach den Friedensverhandlungen entwapnet worden waren, haben sich wiederbewaffnet. Sie fordern die Machtübernahme durch den ultrarechten Vizepräsidenten Virgilio Godoy, da Violeta Chamorro ihre Wahlversprechungen, ihnen Land, Häuser und medizinische Versorgung zu geben, nicht erfüllt hat. Die Contras üben ständig mehr Terror auf dem Land aus. Vertreter der Bauernvereingung UNAG werden mit dem Tod bedroht, Sandinisten werden angegriffen. Am 6. Juni wurde der sandinistische Polizeichef von Jinotega, Jose Meza, und seine Sekretärin, Elizabeth Centeno, erschossen. In Jinotega wurden vier Kooperativen von der Contra besetzt.



„Jeder unterrichtet jeden“. Unter diesem Motto wurde im April '91 der erste Kongreß der Volkslehrer abgehalten. Bild: Schulung von Volkslehrern unter freiem Himmel.

Eine weitere wesentliche Errungenschaft der Sandinisten war die Alphabetisierungskampagne und die Einrichtung von Schulen und Möglichkeiten zur Erwachsenenbildung. Die UNO-Regierung hat den Haushalt für die Erwachsenenbildung völlig gestrichen. Die vorhandenen Bücher für die Erwachsenenbildung und Alphabetisierung wurden verbrannt oder verschwanden einfach. Es gibt keinen Plan des Erziehungsministeriums, wie gegen den immer noch weitverbreiteten Analphabetismus vorgegangen werden kann.

Die Menschen kämpfen mit eigenen Initiativen gegen den wieder steigenden Analphabetismus. Die *Asociacion de Educacion Popular Carlos Fonseca Amador* (Verein für Volksbildung) organisiert Schulungen und Diskussionen für *Maestros Populares* (Volkslehrer). Das ist jeder, der sich bereit erklärt, anderen Lesen und Schreiben beizubringen. Oft Menschen, die selber gerade

erst lesen gelernt haben oder Kinder. Im Bereich der ländlichen Siedlung „La Fundadora“ wurde zunächst eine Volksbefragung durchgeführt. Dabei wurde ermittelt, daß etwa 50 % Analphabeten sind. Anschließend wurde eine eigene Fibel entwickelt, die die Realität und die Fragen der Menschen auf dem Lande berücksichtigt und ihre Sprache spricht. Heute ist der erste Teil eines Handbuchs für die Volkslehrer und die Fibel „Jeder unterrichtet jeden“ fertig. Im März begannen 40 Volkslehrer nach der Arbeit insgesamt 250 Schüler zu unterrichten. Daran schließt sich eine Ausbildung zum Facharbeiter für Kaffee-, Mais-, Bohnen- und Gemüseanbau an.

Die Chamorro-Regierung sieht sicher zurecht in den Alphabetisierungs- und Erwachsenenbildungsprogrammen eine Stärkung der Kooperativen, der kommunalen Bewegung und der Organisationen des Volkes und will deswegen solche Programme unterbinden. — (s.)

Tarifikampf im Einzelhandel: Untere Einkommen deutlich angehoben

Aber trotz Streiks keine Streichung der untersten Einkommensgruppen erreicht

Erstmals ist es der HBV gelungen, in einer Tarifrunde, in der es nur um Gehalt und Lohn ging, mit Streikaktionen Druck auf die Handelskonzerne auszuüben. Die DAG hat übrigens — im Gegensatz zur Tarifrunde 1989, in der es auch um den Dienstleistungsabend ging — eine untergeordnete Rolle gespielt. Die Umsätze und Profite im Einzelhandel sind gestiegen wie nie zuvor, trotzdem hat der Arbeitgeberverband bereits vor dem Beginn der Verhandlungen erklärt, daß er sich auf eine lange und harte Tarifrunde vorbereitet. Die Forderungen der Landesbezirke der HBV waren durchweg verbunden mit hohen Mindestbeträgen oder

Festgeld, um das insgesamt niedrige Einkommensniveau anzuheben. Dies ist teilweise gelungen, die Differenz zwischen den Effektivemkommen im Handel und der Industrie ist zumindest nicht größer geworden. Nach wie vor ist aber der Handel ein Billiglohnbereich: nach dreijähriger Ausbildung ein tariflicher Einstieg von 2000 DM (vor dem Tarifabschluß: 1768 DM), nach sechs Jahren im besten Fall ein Endgehalt von 2665 DM, ungelernte Angestellte mit Einstieg von 1660 DM, Endgehalt 1867 DM — nach drei Jahren dann 2000 DM, für die Knochenarbeit in den Lagern höchstens 2500 DM. — (dar, res, rub - AGD)

70 % der Angestellten im Einzelhandel sind in den Beschäftigungsgruppen eingruppiert, in denen das Tarifendgehalt bis zu den jüngsten Tarifabschlüssen bis knapp unter 2500 DM ging. Von diesen sind etwa 50 % im Endgehalt, also in der Regel mehr als sechs Berufsjahre im Einzelhandel tätig. Betroffen sind dabei hauptsächlich die Beschäftigten im Verkauf. Bei den Gewerblichen sind die größte Beschäftigtengruppe die Lagerarbeiter, vor allem im Versandhandel und bei den Lebensmittelhändlern. Die Löhne in diesen Gruppen liegen je nach Landesbezirk mit geringen Unterschieden um die 2200 DM.

Typisch für den Einzelhandel ist in allen Landesbezirken, daß es bei den Angestellten und bei den Gewerblichen zusätzlich mehrere Lohn- und Gehaltsgruppen gibt, in denen Beschäftigte ohne Ausbildung eingruppiert werden können, in Bayern und Hessen zusätzlich noch mit Altersabschlüssen versehen. Eine wesentliche Belegung dieser Gruppen gibt es hauptsächlich in den Großmärkten (Wertkauf usw.).

Die Diskussion in den Tarifkommissionen vor der Tarifrunde war geprägt von folgenden Schwerpunkten: Erhöhung für alle Beschäftigten, überproportional für die Masse der schlecht verdienenden über Mindestbeträge oder Festgeld, zusätzlich überproportionale Anhebung des Endgehalts für die langjährig Beschäftigten. Erstmals auch in einigen Bezirken die überproportionale Anhebung der Löhne und Streichung der Ungelerntenlohngruppen.

Der Verlauf der Tarifrunde hat gezeigt, daß durchaus eine Mobilisierung auf dieser Grundlage möglich war. Gezeigt hat sich aber auch, daß in den Wa-

renhäusern Streikmaßnahmen eher zögernd angegangen wurden. Zum einen lag das an den Erfahrungen mit dem Dienstleistungsabend, der letztendlich trotz breiter Streikaktionen nicht verhindert werden konnte. Ein wesentlicher Punkt in diesen Häusern ist aber auch die Leistungsentlohnung, die in vielen Bereichen nicht auf der Grundlage des Tarifentgelts angewandt wird. Es gibt viele Vereinbarungen mit einem Fixum, das unter dem Tarifgehalt liegt (z.B. ein festgelegter Betrag von 1500 DM), eine Tarifierhöhung führt nicht automatisch zur Erhöhung des Monatseinkommens — die Betriebsräte müßten erst die Betriebsvereinbarungen zur Leistungsentlohnung kündigen und neu verhandeln. Ein weiterer Grund für den zögernden Eintritt der Warenhäuser in die Tarifauseinandersetzung sind sicherlich auch die z.T. hohen übertariflichen Zahlungen, besonders in den Zentren, und die jahrelange Praxis der Konzerne, diese jeweils mit der tariflichen Erhöhung zu verrechnen. Tengelmann hat dies schon angekündigt. Diese Problematik gilt vorrangig für die Ballungszentren.

Insgesamt haben die Abschlüsse in einigen Bereichen Fortschritte gebracht. Für etwa 70 % der Beschäftigten bringen sie — über die lineare Erhöhung von 6,8 bzw. 7 % hinaus — überproportionale Beträge. In der Beschäftigungsgruppe der Verkäufer/innen in allen Landesbezirken zwischen 8,1 % und 12 % je nach Berufsjahr. In Beträgen sieht das so aus (als Beispiel Bayern, in anderen Landesbezirken ähnlich): 1. Berufsjahr: + 213 DM, 2. Berufsjahr: + 182 DM, 3. Berufsjahr: + 180 DM, 4. Berufsjahr: + 211 DM, 5. Berufsjahr: + 178 DM, 6. Berufsjahr: + 199 DM.

In den Lohnbereichen gibt es deutlichere Unterschiede in den Landesbezirken. Baden-Württemberg hat in den wichtigsten Lohngruppen 8,8 %, bzw. 9,4 % (jeweils 200 DM) durchgesetzt; Bayern in diesen Gruppen jeweils 7,9 % (162 und 177 DM). In den anderen Landesbezirken wurde nur die lineare Erhöhung (soweit bekannt) erreicht. In allen Landesbezirken wurde aber nicht erreicht, daß die Ungelerntengruppen gestrichen werden. In Bayern wurde wenigstens die Höhergruppierung von Auffüller/innen, Abpacker/innen, Etikettierer/innen usw. und die Streichung der Jugendlichenabschlüsse durchgesetzt, aber für Küchenhilfen, Raumpfleger/innen, Spülhilfen und Wächter existiert diese Lohngruppe noch.

Immerhin ist für die Öffentlichkeit auffallend, daß erstmals im Einzelhandel in den Lagern gestreikt wurde. Das ist als Erfolg von HBV zu werten, die in dieser Tarifrunde erstmals einen Schwerpunkt auf die Erhöhung der Löhne legte. Wie man sieht, mit unterschiedlichem Erfolg. In Baden-Württemberg ist es gelungen, den Versandhandel und die Lebensmittelhändler zu bestreiken, in Bayern ansatzweise.

Offensichtlich ist in dieser Tarifrunde eines geworden: Die Struktur des Tarifvertrags muß geändert werden. Bislang ermöglichte er den Einzelhandelskapitalisten, zwei Drittel von Beschäftigten mit qualifizierter Ausbildung auf niedrigem Niveau einzugruppieren und mit den verschiedenen Ungelerntengruppen das Niveau noch weiter zu drücken. Zum anderen muß die Diskussion um die Lage der Beschäftigten in den Ballungsräumen und die entsprechende Tarifpolitik geführt werden.



In Baden-Württemberg haben mehr als 6000 Beschäftigte in über 150 Streiks im Einzelhandel den Tarifikampf unterstützt. Abgeschlossen wurde rückwirkend zum 1. April eine Lohn- und Gehaltserhöhung um mindestens 7 %. Das Einstiegsgehalt (Gehaltsgruppe 2) nach der zweijährigen Ausbildung wird von bisher 1730 auf 1950, nach der dreijährigen Ausbildung von 1791 auf 2000 DM erhöht. Die Endstufe der Gehaltsgruppe 2 steigt von 2466 auf 2665 DM. Ungelernte Verkaufskräfte erhalten bis zu 15 % mehr Gehalt. Lager- und Versandarbeiter/innen erhalten 200 DM monatlich mehr (Steigerungen um 9 bis 9,4 %). Die Ausbildungsvergütungen steigen bis zu 125 DM monatlich, im 3. Lehrjahr werden 1050 DM gezahlt. Nicht durchgesetzt werden konnte ein Mindesteinkommen von 2000 DM. Diese Forderung hatte die HBV aufgestellt gegen „Dazuverdienen“ für „ein Einkommen, das eine eigenständige Existenz ermöglicht“. Ebenfalls nicht durchgesetzt wurden Höhergruppierungen bei Lager- und Versandarbeiten und innerhalb der Beschäftigungsgruppen 1 und 2. Stellungnahmen von streikenden Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg: „Viele, die den ganzen Tag hier arbeiten, können von ihrem Gehalt nicht leben und müssen zusätzlich Wohngeld beantragen. Das ist doch kein Zustand.“ (Koch, Hertie) „Auch wer hier sein ganzes Leben gearbeitet hat, kann von der Rente nicht leben.“ (Verkäuferin, Alsterhaus) „Es ist ja nicht alles, daß wir hier den Käse einpacken und über den Tresen geben. Wer macht denn den Tresen, wer macht denn die Truhe da voll, das passiert bestimmt nicht von allein. Ich finde, Verkäuferinnen sind sehr weit unterbezahlt. Ich habe 2100 brutto und nach Abzug aller Kosten habe ich noch 470 Mark zum Leben im Monat.“ (Verkäuferin, Edeka-Center, 4. Berufsjahr) „Für die Arbeit müßte man mehr verlangen. Man hat kein richtiges Wochenende frei, man muß auch samstags arbeiten und abends bis halb sieben. Und dann ist der Donnerstag noch dazugekommen, jetzt bis halb neun. Da ist man auch spät zu Hause.“ (stellv. Abteilungsleiter, Edeka-Center, 11. Berufsjahr, 3200 DM brutto) „Die da oben haben sich dumm und dämlich verdient, und an den Tischen muß du den ganzen Tag stehen und für 'nen Appel und 'n Ei lächeln und verkaufen.“ (Verkäuferin bei Streikversammlung Alsterhaus)

Händler: Streik ist „Happening“

Kapitalisten wollen Billiglohnzone erhalten

„Das negative öffentliche Ansehen — die stillschweigende Erwartung vieler Kunden, daß Verkaufen und Beratung in erster Linie dienen (bedienen) bedeutet, die körperlich schwere und nervlich belastende Arbeit zu ungünstigen Arbeitszeiten — wird gekrönt durch eine Bezahlung, die die Arbeit im Einzelhandel zu einer Leichtlohnstätigkeit für Dazuverdienen absteigert. Denn wer kann schon von durchschnittlich DM 1775 brutto eigenständig leben? ... Wir wollen in dieser Tarifrunde '91 erreichen, daß das Einkommensniveau im Einzelhandel grundlegend und dauerhaft angehoben wird. Dazu gehört, daß die Anfangsentgelte mindestens existenzsichernd sein müssen.“ „Es muß Schluß sein mit der systematischen Niedrigbewertung von Frauenarbeit im Handel.“ (HBV-Tarifinfo) Aus den Medien gewinnt man keinen Überblick über Ausmaß und Breite dieses dreimonatigen Tarifkampfes. Erfolgreich waren Streikurabstimmungen bei 110 Warenhäusern von Karstadt bis Hertie, 52 SB-Warenhäusern von Allkauf bis Ikea, 41 Textil- und Versandhausbetrieben von Quelle bis Neckermann. Auch die mehr als 50 regionalen Verhandlungsrunden sind kein Pressethema.

Hier einiges vom Vorsitzenden des tarifpolitischen Beirats des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels und Karstadt-Manager, Uwe Lorenzen: „Die ersten Tarifabschlüsse im westdeutschen Einzelhandel gehen ... über das wirtschaftlich Vertretbare hinaus ... Wer auf das in Hessen und Rheinland-Pfalz erreichte Ergebnis noch eine Sahnehaube setzen möchte, soll wissen, daß für uns das Ende der Fahnenstange nun endgültig erreicht ist.“ ... Insbesondere die Erhöhungen der Endgehälter gingen aber über die Möglichkeiten

des Einzelhandels hinaus, „so daß es zwangsläufig zu einem gewissen Rationalisierungsdruck kommen wird“. Die Gewerkschaften hätten den Blick für das wirtschaftlich Machbare verloren und harte Machtmittel an die Stelle sozialer Verantwortung gesetzt. „Streiks tun Einzelhändlern weher als anderen Branchen, da sie verlorene Umsätze nicht nachholen können.“ („Handelsblatt“, 20.6.) „Über die durchschnittlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen hinausgehende Einkommenserhöhungen wurden zudem für ungelernte Verkaufskräfte, Lager- und Versandarbeiter sowie für Filialleiter vereinbart. Hier steigen Löhne und Gehälter um bis zu 15 %. Damit lägen der baden-württembergische und der bayerische Abschluß, so Lorenzen, deutlich über dem Niveau der übrigen Tarifabschlüsse im Einzelhandel ... Der Arbeitskampf der Gewerkschaften in Hamburg, moniert Lorenzen, gerate nun langsam zum Happening. Angesichts der Tatsache, daß in den wichtigsten Tarifgebiets der Durchbruch nun gelungen sei ... sei dies eine schlicht unsinnige Belastung der betroffenen Unternehmen, insbesondere der Karstadt AG ...“

Das Verhandlungsergebnis in Nordrhein-Westfalen bezeichnete Lorenzen als „vernünftig“ gemessen an den übrigen Abschlüssen. Insbesondere sei es gelungen, bei der lange streitigen Zulage für Kassiererinnen und Kassierer einen vertretbaren Kompromiß zu finden. Dies ändere allerdings nichts daran, daß die Abschlüsse generell gemessen an den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Einzelhandels und vor allem im Hinblick auf die umfangreichen Investitionen, die in den neuen Ländern geleistet werden müßten, zu hoch seien.“ („Handelsblatt“, 24.6.)

Hamburg: Streiks für 350 DM

Bericht vom Tarifikampf im Einzelhandel



Länger als drei Monate dauert der Tarifikampf im Einzelhandel in Hamburg. Die Hauptforderungen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) für die 70000 Beschäftigten sind: * 350 DM Lohn- und Gehaltserhöhung. * Erhöhung des Einstiegsgehalts einer Verkäuferin auf 2100 DM. * Mehr Aufstieg von Gruppe II in III. * 1000 zusätzliche Kindergartenplätze.

Die Verhandlungsrunde am 31.5. war bei einem Angebot des Einzelhandelsverbandes von 6,4 bis 6,7 % gescheitert. Zwischen dem 3. und 6. Juni werden erste Urabstimmungen durchgeführt. Mehrheiten von an die 100 % stimmen für Streik. Am 6. und 7.6. streiken die 120 Beschäftigten des Edeka-Hanse-Centers in Eidelstedt, am 7.6. legen die

94 Beschäftigten des Toom-Marktes in Wandsbek die Arbeit nieder.

Um mehr Druck hinter die Gewerkschaftsforderungen zu setzen, werden am 14.6. in 34 Hamburger Betrieben mit 11000 Beschäftigten Urabstimmungen durchgeführt, in denen sich weit über 90 % der Gewerkschaftsmitglieder für Streik aussprechen. Die Gewerkschaft HBV beschließt, in der Woche ab dem 17.6. die Auseinandersetzung mit größeren Streiks fortzusetzen: Alsterhaus. 755 Beschäftigte streiken am 17. und 18.6. in Hamburgs Renommier-Kaufhaus. Hier hatten 99 % für Streik gestimmt. Der geplante Streikbruch durch die Geschäftsleitung scheitert: „Es haben sich so viele Mitarbeiter dem Streikaufruf der Gewerkschaft angeschlossen, daß wir das Haus nicht öffnen konnten.“ (Alsterhaus-Geschäfts-

führer) Jeder Streiktag habe das Alsterhaus mehrere hunderttausend Mark gekostet.

Horten. Das Horten-Kaufhaus im Alster-Einkaufszentrum Poppenbüttel wird am 19. und 20.6. bestreikt.

Karstadt. Am 20. und 21.6. streiken über 750 Beschäftigte des Zentrallagers von Karstadt in Hamburg. Damit werden 76 Karstadt-Häuser in Nord- und Ostdeutschland nicht mehr beliefen. (Neben Essen und München ist Hamburg das dritte Zentrallager von Karstadt.) Um 5 Uhr morgens am 20.6. ziehen Streikposten auf, um die Auslieferung von Frischwaren zu verhindern. Der Streik zeigt schnell Wirkung: In vielen Karstadt-Filialen befinden sich in den Regalen keine frischen Lebensmittel — weder Fleisch noch Obst oder Gemüse. Über 40 Beschäftigte treten an diesem Morgen in die HBV ein.

Am 21. und 22.6. wird das Karstadt-Kaufhaus in Billstedt bestreikt, am 25. und 26.6. Karstadt-Neugraben.

Weitere Streiks gibt es am 18.6. bei Woolworth in Barmbek sowie am 19.6. in zwei Aldi-Filialen.

In den Verhandlungen am 26.6. erklärt der Einzelhandelsverband grundsätzlich „Bereitschaft für Strukturverbesserungen“, aber nur für einen kleinen Teil der Beschäftigten. Für die Verkäufer/innen soll nichts passieren. Über die 350 DM und die 1000 Kindergartenplätze wird nicht gesprochen.

Die Verhandlungen werden auf den 2.7. vertagt. Gibt es hier keinen Durchbruch für die Gewerkschaftsforderungen, soll wieder gestreikt werden. HBV-Sprecher Lutz Eilrich: „Wir machen die Innenstadt auch am langen Donnerstag und am langen Samstag dicht, wenn es sein muß.“

Stadt fördert „Kalte Krieger“

Erneut Initiativen zur Patenschaft Essen/Hindenburg

Essen. Im Februar 1991 hat das Antifaschistische Forum einen Bürgerantrag zur Kündigung der Patenschaft der Stadt Essen über Hindenburg gestellt, wie die polnische Stadt Zabrze von 1915 bis 1945 hieß. Der Antrag bezog sich ausdrücklich auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die BRD und wurde von mehreren Organisationen und rund 100 Personen unterstützt. Auch wenn er inzwischen abgelehnt wurde, ist dadurch erneut eine Diskussion in Gang gekommen, die noch nicht beendet ist.

Die Patenschaft der Stadt Essen über Hindenburg existiert seit 1953. Sie entstand im Rahmen der Bemühungen der damals CDU-geführten Landesregierung, großdeutsche Ansprüche auch auf unterster Ebene aufrecht zu erhalten. Die Patenschaften sollten vor allem der Pflege von „Tradition“ und „Kultur“ des „deutschen Ostens“ dienen, heißt es in der 1961 im Auftrag des Landesarbeitsministeriums erstellten Schrift „Das west-östliche Patenschaftswerk“. Und weiter: „Durch diese Bindung wird zum Ausdruck gebracht, daß diese Kreise eindeutig deutsch sind und die Patengemeinden ohne Einschränkung als Zeugen und Verteidiger für diese Tatsache eintreten.“ Der offen revanchistische Patenschaftsbrief entspricht diesen Absichten.

Die Patenschaft ist jedoch nicht nur ein Überbleibsel aus der Zeit des „Kalten Krieges“, sie ist höchst lebendig. Die Stadt Essen führt die „Hindenburg Heimatkartei“, gratuliert älteren „Hindenburgern“ zu runden Geburtstagen und unterstützt das „Hindenburg Heimattreffen“, zu dem alle zwei Jahre rund 5000 Leute kommen und das den Vertriebenenverbänden als Forum dient. Wahrgenommen wird die Patenschaft vom Vertretungsausschuß Hin-

denburg, der seine Legitimation von der Landsmannschaft der Oberschlesier bezieht. Nach eigenen Angaben beteiligt sich dieser Ausschuß in Zabrze inzwischen rege an der Wühlstätigkeit der Vertriebenenverbände gegen Polen.

Die in den 80er Jahren immer wieder — auch von den Jusos — vorgetragene Kritik an der Patenschaft hat zwar dazu beigetragen, daß die Einrichtung einer „Hindenburg Heimatstube“ seit Jahren hinausgezögert wird und die Grußworte der Stadt zu den „Heimattagen“ nicht mehr vom Oberbürgermeister, sondern von einem Stellvertreter vorgelesen werden. Die Kündigung der Patenschaft, von den Grünen mehrfach auch im Rat beantragt, wurde von der SPD-Mehrheit jedoch stets abgelehnt. 1986 bekräftigte der damalige Oberbürgermeister die Patenschaft in einer Zusatzklärung. Vermutlich wird diese Haltung nicht nur durch vielfältige persönliche Beziehungen von SPD-Politikern zum ehemaligen Oberschlesien befördert, sondern auch durch die traditionellen Verbindungen des Ruhrgebietskaptals in die dortigen Kohlereviere.

Aus Anlaß der „Hindenburg Heimattage“, die in diesem Jahr am ersten Juli-Wochenende stattfinden, hat sich das Antifaschistische Forum erneut an die Stadt gewandt. In den „Lokalberichten Essen“ und den von den Grünen herausgegebenen „Grünen Zeiten“ erscheinen zwei Seiten mit Beiträgen von Mitgliedern der VVN/BdA, der Volksfront und der Grünen gegen die Patenschaft. Für die weitere Auseinandersetzung ist die Erstellung einer kleinen Broschüre im Gespräch, die sich u. a. mit der am deutschen Herrenbild orientierten Traditionspflege der Revanchisten und den Interessen an der Aufrechterhaltung der Patenschaft über Hindenburg befassen müßte. — (wof)

Protestaktionen gegen US-„Siegesfeier“

Stuttgart. Die zunächst im Neckarstadion geplante „Siegesfeier“ der US-Armee fand am Vormittag des 27. Juni mit Generalstabschef Powell und großem Polizeiaufgebot auf dem Gelände der Kelley-Barracks statt. Neben einigen Soldaten wurde auch Kanzleramtsminister Seitz für „vorbildliche Unterstützung“ der kriegsführenden Armeen durch „deutsche Politiker, Firmen und Privatpersonen“ geehrt. Ministerpräsident Teufel bekräftigte die Notwendigkeit des Golfkriegs. 30 bis 40 Leute demonstrierten vor der Kaserne mit Transparenten wie „US-Siegesfeier: Verhöhnung der Opfer“. Mehrere hundert nahmen an der von der Gesellschaft „Kultur des Friedens“ organisierten Trauerfeier in der Innenstadt teil. Dort sprachen George Wald, der Vietnamveteran George Mizo, Alfred Mechttersheimer und ein Vertreter der Kurden. — (evc)

Durchsetzung des Aichacher Knastcamps ist schwierig

Aichach. Vom 5. bis zum 7. Juli soll es in Aichach Kundgebungen, eine Veranstaltung, eine Demo zur JVA und ein Konzert geben. Diese Aktionen stehen wieder einmal unter scharfem Druck des bayerischen Innenministeriums. Das zuständige Aichacher Landratsamt scheint gezwungen, die Bescheide von „höheren Stellen“ absegnen zu lassen. Nach Stand vom 2. Juli wird es einen Auflagenbescheid geben, in dem die Zusammenlegungsformel zwar nicht verboten wird, aber nicht in Zusammenhang mit der RAF gebracht werden darf. Nach wie vor bestehen von den „höheren Stellen“ auch Bedenken gegen die beiden Anmelder. Die Aktionen sollen am Freitag um 15.00 Uhr mit einem Büchertisch auf dem Aichacher Marktplatz beginnen und am Samstag ab 9.00 Uhr mit einem Büchertisch, einer Kundgebung und einer anschließenden Demo zur JVA fortgesetzt werden. Am Samstagabend findet eine Diskussionsveranstaltung im Zieglerwirt statt. — (chl)

Kriegsnahe Ausbildung Opfer sind einkalkuliert

Schneverdingen. Letztes Jahr überfuhr eine Haubitze auf der für zivilen Verkehr zugelassenen Panzerringstraße des Truppenübungsplatzes Bergen einen Pkw. Bei der jetzt stattfindenden Gerichtsverhandlung wurde deutlich, daß so etwas bewußt in Kauf genommen wird. Da hatte der Panzerfahrer nach zwei Stunden Schlaf den Marschbefehl bekommen, nach einer schon 20 Stunden dauernden Übung. Der Zugführer betonte vor Gericht, daß kriegsnah ausgebildet werde, und dazu gehöre auch Schlafentzug. Die Amtsrichterin stellte das Verfahren gegen den Panzerfahrer wegen geringer Schuld ein und kündigte an, dem Bataillonskommandeur ihre Kritik brieflich mitzuteilen. — (sts)

Rassistisch motivierter Mord an Angolaner in Friedrichshafen

Friedrichshafen. In der Nacht vom 15. auf den 16. Juni erstach ein 18-jähriger Deutscher den Angolaner Agostinho. Der Täter, er ist der örtlichen Skinhead-Szene zuzurechnen, und das Opfer waren in einer Friedrichshafener Kneipe, die stark von Rechten frequentiert wird, in Streit geraten. Sie verließen das Lokal und gingen in Richtung einiger Garagen in der Nähe, wo der Deutsche auf den Angolaner einstach. Ein herbeigerufener Notarzt konnte nur noch seinen Tod feststellen. Der Skinhead flüchtete nach dem Mord, um sich später in Begleitung seiner Eltern der Polizei zu stellen. Der Täter ist wegen schwerer Körperverletzung und Sachbeschädigung verurteilt, hatte sich im vergangenen Jahr an einem Überfall auf das Ravensburger Jugendhaus beteiligt und wurde auch schon als Ordner auf DVU-Veranstaltungen in Friedrichshafen beobachtet. Trotzdem versuchen Polizei und örtliche Medien, den Mord an dem Angolaner, der Frau und drei Kinder hinterläßt, herunterzuspielen und ihm nebenbei noch etwas anzuhängen, um den deutschen Täter zu entlasten; Agostinho und der Skin hätten zur Tatzeit unter starkem Alkohol-Einfluß gestanden, so die „Schwäbische Zeitung“. Der Afrikaner sei außerdem als aggressiv einzustufen gewesen und habe schon mehrere Wochen unter polizeilicher Beobachtung gestanden. Auch seine Ehe sei nicht die beste gewesen, hetzte die Polizei. An einem Trauermarsch, zu dem das Antifa-Bündnis Friedrichshafen aufgerufen hatte, beteiligten sich eine Woche nach der Tat 300 Leute. Sie demonstrierten „Für Völkerfreundschaft, gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“. — (jüg)

Ermittlungen gegen Polizei wegen Connys Tod eingestellt

Göttingen. Mitte Mai entschied die Generalstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Celle, daß die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen die Polizisten, die bei dem Einsatz in Göttingen dabei waren, bei dem Conny ums Leben kam, rechters sei. Ermittelt worden war wegen des Vorwurfs der fahrlässigen Tötung. Die Anwälte hatten auf insgesamt 55 Seiten verkehrstechnische, polizeitaktische und juristische Gesichtspunkte zusammengetragen, warum es zur Anklage kommen muß. Während doch damals, am 17. 11. 89, Polizei und insbesondere das Zivile Streifenkommando die Gruppe autonomer Antifaschisten durch die Stadt verfolgte („Plattmachen“ nannte das ZSK das Ziel ihres Einsatzes über Polizeifunk), soll es sich nur um eine Personalienfeststellung gehandelt haben. — (kek)

Landratsamt Wunsiedel verbietet Heß-Kundgebung

Wunsiedel. Das Landratsamt Wunsiedel hat den Aufmarsch zum 4. Todestag von Rudolf Heß verboten: Der Inhalt des faschistischen Gedankengutes allein ist es nicht. Der neue Aspekt ist, nach einer Presseerklärung des Landratsamtes, die zu erwartende Gewalttätigkeit als ein „typisches Merkmal“ potentieller Teilnehmer aus den fünf neuen Bundesländern. Dieses gerichtlich noch keineswegs bestätigte Verbot schreibt den Quell faschistischer Gewalt propagandistisch den Ländern der ehemaligen DDR zu, andererseits soll es Vorbereitungen zu Gegenmaßnahmen stoppen. Inzwischen rufen zwei Bündnisse nach Wunsiedel auf, das eine zu einem Antifa-Fest, das andere zu einer Demo. — (ecg)



Aktion der Volksfront vor dem Kaufhaus Wertheim in der Innenstadt gegen den „Tag der Oberschlesier“ 1984, der ebenfalls alle zwei Jahre in Essen stattfindet.



Köln. 150 Interessierte nahmen am 19.6. an einer Veranstaltung zur Menschenrechts- und Gesundheitssituation in Kurdistan teil. Der Initiativkreis, der für eine Gesundheitsstation in der Stadt Cizre ca. 12000 DM gesammelt hat, hatte u. a. einen Vertreter des Menschenrechtsvereins in Cizre, Orhan Dogan, als Referenten gewonnen. Ca. 600 DM wurden für die Gesundheitsstation gesammelt. — (röl; Bild: af/mz)

1941-1991: 50. Jahrestag des deutschen Überfalls

Mangelhafte Beteiligung an der DGB-Kundgebung anläßlich des Angriffs auf die Sowjetunion

Berlin. Lediglich etwa 200 Menschen nahmen am 22. Juni 1991 an der Kundgebung des DGB am sowjetischen Ehrenmal im Ostberliner Bezirk Treptow teil. Den Teilnehmern war ihre Enttäuschung anzusehen. Beschämend war die

geringe Beteiligung vor allem auch deshalb, weil eine starke sowjetische Delegation aus dem früheren Stalingrad eigens für diese und für eine Reihe anderer Veranstaltungen angereist war.

Zu den Teilnehmern sprachen neben der Vorsitzenden des DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, auch die Vorsitzende des Gebietsrates der Wolgograder Gewerkschaften sowie der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Volksdeputierten des Gebiets Wolgograd. Aus dem Aufruf des DGB-Landesbezirks zu dieser Veranstaltung seien hier auszugsweise einige Passagen zitiert.

Deutsche Verbrechen

Die deutsche Wehrmacht fiel in einem antisowjetischen und rassistischen Vernichtungsfeldzug im „Kampf um mehr Lebensraum im Osten“ alle Regeln des Völkerrechts verletzend, an einem Sonntag, den 22. Juni 1941, in den frühen Morgenstunden über die Sowjetunion her. Unvorstellbare Verbrechen wurden von der SS, dem SD und der deutschen Wehrmacht begangen. Lenin, Moskau und das damalige Stalingrad (Wolgograd) sollten zerstört, die Bevölkerung ermordet werden.“

Bundeswehreininsatz

machen sich die Bundesregierung und die Regierungsparteien wieder

Gedanken darüber, wie die Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereichs einzusetzen ist. Die NATO will mobile Eingreiftruppen für diese Konflikte. Nach wie vor werden potentielle Feindbilder in Osteuropa gesucht und als Begründung für die Aufrechterhaltung einer Hochrüstung genutzt.“

Sowjetische Zwangsarbeiter

„Die sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter haben von den deutschen Unternehmen bisher keinen Pfennig erhalten, obgleich nicht zuletzt auch die Zwangsarbeit im 2. Weltkrieg den Grundstock für den Reichtum der Wirtschaft mit erarbeitet hat, von dem wir noch heute zehren. Viele sowjetische Zwangsarbeiter sind in Konzentrations- und Hungerlagern systematisch zu Tode gebracht worden. Die Deutschen ließen 3,3 Mill. sowjetische Kriegsgefangene verhungern oder ermorden. Die wenigen Überlebenden haben ein moralisches Recht auf Entschädigung.“

Rote Armee

„Die Rote Armee hatte die Hauptlast der Kämpfe gegen die faschistischen Trup-

pen zu tragen. Ohne ihre Erfolge und die ihrer Verbündeten in der Antihitler-Koalition könnten wir heute nicht unter demokratischen Bedingungen in diesem Land leben, sondern wären wahrscheinlich einer faschistischen Barbarei ausgeliefert. Diese Einschätzung gilt auch dann, wenn wir die Verbrechen des Stalinismus bedenken.“

Schlußfolgerungen

Wir zitieren aus dem DGB-Aufruf auch deshalb hier so ausführlich, weil er auch in Berlin so gut wie unbekannt ist. Es gab keine Zeitungsanzeigen, keine Flugblätter in den Betriebsstätten, es gab noch nicht einmal eine Information für die gewerkschaftlichen Funktionsträger und hauptamtlichen Mitarbeiter. Es ist in keiner Weise zu der Veranstaltung mobilisiert worden. Entsprechend war die Beteiligung. Nun gibt es in den Gewerkschaften manches Mal Pannen im organisatorischen Bereich. Dennoch gibt es in diesem Fall die begründete Vermutung, daß politischen Kräften in den DGB-Gewerkschaften eine größere Veranstaltung zu diesem Themenkreis nicht recht gewesen wäre. — (brr)

Blockade gegen Müll aus Mol

Bundesminister Töpfer weist Niedersachsen wieder an

Von ungeklärter Herkunft — und somit auch von ungeklärten Bestandteilen — sei die Sendung Atomsmüll aus dem belgischen Atomforschungszentrum Mol, erklärte Mitte Juni das niedersächsische Umweltministerium und verweigerte seine Übernahme in das Zwischenlager in Gorleben. Einen ähnlichen Etikettenschwindel wie im Skandal um Mol 1987, als aufgedeckt worden war, daß mehr als 2000 plutoniumhaltige, falsch deklarierte Fässer aus dem Atomforschungszentrum an die Atomkraftwerke und Zwischenlager in der BRD zurückgeliefert worden waren, befürchteten die Atomgegner auch diesmal. Wegen der Verweigerung der Landesregierung mußten am Freitag, den 14. Juni, die drei Container mit Atom-Müll in einer Polizeikaserne in Lüchow untergebracht werden. Umweltministerin Griefahn wurde daraufhin am Sonntag von Bundesminister Töpfer nach Bonn zitiert und erneut (vgl. Bericht zu „Schacht Konrad“ in PB 9/91) „angewiesen“, den Molschen Müll unverzüglich einzulagern.

Inzwischen hatten sich etwa 200 Atomkraftgegner zu einer Blockade vor dem Zwischenlager eingefunden, sich unter die Lastwagen gelegt und — nach Angaben der Polizei — die Bremsleitungen durchschnitten. Eltern schickten in Lüchow ihre Kinder nicht zur Schule,

solange es aus der Polizeikaserne strahle.

Das Umweltministerium in Hannover war nun durch Bundesrecht gezwungen — so sein Staatssekretär — „den Atomsmüll irgendwie da reinzubekommen“. Daraufhin räumten 400 Polizisten in einer mehrstündigen Aktion mit Hunden und Knüppeln das Gelände, indem sechzig Autos und Schlepper sowie die 200 Blockierer aus dem Wege geräumt wurden.

Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) kündigte, wie schon so oft, weitere rechtliche Schritte gegen zukünftige Einlagerungen in Gorleben an, was wohl auch weiterhin zur Folge haben wird, daß Bundesminister Töpfer mit dem Instrument der „Weisung“ kontert. Damit hat er bereits mehrfach erfolgreich gegen aufwändige Umweltlandesministerien in Kiel, Düsseldorf und Hannover zugehakt.

Auch wenn es taktisch ausgesprochen schwer sei, gleichzeitig alle drei atomaren Anlagen in Gorleben zu blockieren und die Fässer schließlich doch dorthin gelangen, wie es die Atomindustrie für erforderlich hielt, wollen die Bürgerinitiativen im Landkreis — nach Angaben ihrer SprecherInnen — auch gegen die nächsten 300 Kubikmeter Atomsmüll Widerstand leisten. — (edl)

Betriebsrat lehnt Konti-Schicht ab

Krupp Widia will Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten

Essen. Mehrfach hat die Betriebsleitung des Bereiches Schneidkörper-Fertigung von Krupp Widia in der letzten Zeit Vorstöße zur Einführung einer Art Konti-Schicht unternommen. In den Abteilungen Beschichtung von Wendeschneidplatten, Fasen- und Umfangschleifen will sie statt bisher in drei Schichten vier Schichten arbeiten lassen, der Samstag soll regelmäßiger Arbeitstag werden. Betroffen wären davon rund 100 Beschäftigte. Der Betriebsrat hat dieses Ansinnen unter Verweis auf den Tarifvertrag, der „grundsätzlich“ eine Regelarbeitszeit von Montag bis Freitag vorsieht, abgelehnt.

Bereits 1985, als es um den Abschluß einer Betriebsvereinbarung zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 38,5 Stunden/Woche ging, kam aus der Geschäftsleitung der Vorschlag, ein 10-Stunden-Schicht-Modell unter Ein-schluß des Samstages einzuführen. Zweimal legte die Belegschaft dagegen die Arbeit nieder. Sie konnte die Angriffe weitgehend abwehren, für rund 70 Leute an den Hartmetall-Öfen wurde jedoch eine Art Konti-Schicht eingeführt.

Während dabei noch technische Argumente eine Rolle spielten — die Öfen brauchen längere Anfahrzeiten — kann diesmal davon nicht die Rede sein. Der Betriebsleitung geht es ausschließlich um die Auslastung der Maschinenkapazitäten: Je höher sie ist, desto höher ist auch die Profitrate. Die Betriebsleitung droht mit der Fremdvergabe von Aufträgen, gleichzeitig verspricht sie die Sicherung oder sogar Schaffung von Arbeitsplätzen durch die vierte Schicht. Wie verlogen dieses Argument ist, zeigen die Rationalisierungsmaßnahmen der letzten Jahre.

In Diskussionen im Betrieb wird deutlich, daß die Kritik an Flexi-Maßnahmen heute eher stärker ist als vor einigen Jahren, gerade in den betroffenen Abteilungen. Der IG Metall-Vertrauenskörper unterstützt die Ablehnung der Konti-Schicht durch den Betriebsrat. Zur Sprache kamen die ohnehin gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Schichtarbeit, die Entwertung des Wochenendes als Erholungsfaktor und die Zerstörung privater Beziehungen durch Schichtarbeit. Bei der Abteilungsversammlung am 20. 6. sprach die Betriebsleitung ihre Absichten von sich aus vorsichtshalber nicht mehr an.

Dennoch wird sie vermutlich weitere Vorstöße unternehmen und die zurückgehenden Auftragseingänge als Druckmittel einsetzen. Auch in punkto Überstunden verlangt sie größere Flexibilität und schießt sich zunehmend auf die angeblich zu restriktive Genehmigungspraxis des Betriebsrates ein. Weitere Diskussion ist also nötig. — (kw)

Saisonarbeiter in der Erdbeernte

Karlsruhe. Bei der gegenwärtigen Erdbeernte werden Saisonarbeiter aus Jugoslawien, Polen und der Tschechoslowakei eingesetzt. In der kleinen Gemeinde Malsch (Landkreis Karlsruhe) sind es über 300. Sie campieren in Zelten auf dem Feld direkt neben der Bundesstraße 3. Die Pflücker arbeiten im Akkord. Sie bekommen für 10 Pfund gepflückte Erdbeeren 5 DM, wobei der Lohn um 2 DM bis 3 DM gekürzt wird, wenn zu viele nicht voll gereifte Erdbeeren dabei sind. Als Arbeitskontrolleure werden nie Leute mit derselben Nationalität wie die Pflücker eingesetzt, um „Korruption“ zu verhindern. Insgesamt präsentieren sich die Erdbeerplantagenbesitzer zufrieden: die Jugoslawen seien „wusselig“. Wobei sie Ehepaare als „ruhige Arbeiter“ jungen Männern vorziehen (BNN, 13.6.91). — (bab)

500 Zivilbeschäftigte weniger in Wunstorf

Wunstorf/Hannover. Das Verteidigungsministerium plant, die Zahl der zivilen, bei den Streitkräften Beschäftigten bis 1994 in Wunstorf von 660 auf 184 und in Luttermersen von 68 auf 38 zu senken. Niemand solle gegen seinen Willen entlassen werden, allerdings müßten die Zivilbeschäftigten „Flexibilität“ zeigen. Bereits Anfang Juni hat die ÖTV Forderungen bei einer Verlegung des LTG 62 gestellt: Anwendung bestehender Rationalisierungsverträge, Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst, Qualifikation durch Fort- und Weiterbildung, Umschulung noch während der Beschäftigung beim Bund, Einkommensschutz, Sozialpläne und ein Abrüstungsfolgesgesetz. — (chs)



Berlin. Senator Klemann will das Berufsamt privatisieren. Betroffen wären derzeit 681 Lehrlinge und insgesamt 1300 Ausbildungsplätze. Der Senat würde 36 Millionen Mark sparen, die Privaten würden vom Arbeitsamt subventioniert. Die Auszubildenden wären ohne Tarif und erhielten nur 400 statt 800 Mark. Ein Drittel würde gar nicht gefördert, weil sie nicht benachteiligt sind. — (chk)

Daimler-Benz: Reuter attackiert Gewerkschaften

Anläßlich der Aktionärsversammlung Protestaktionen von Belegschaften und Kriegsgegnern

Stuttgart. Beschäftigte von Daimler-Benz demonstrierten vor der Aktionärsversammlung am 26. Juni 1991. Die dort verteilten „Ergänzungen zum Geschäftsbericht 1990“ der Aktion „Entrüstet Daimler“ bringen u. a. aktu-

elle Daten zu Rüstungsexport und staatlicher Konzernförderung. Großes Aufsehen erregte ein Transparent „Entrüstet Daimler“ über dem sonst unübersehbaren Mercedes-Stern auf dem 56 m hohen Bahnhofsturm.

Aus Wilhelmshaven kam eine Delegation von AEG Olympia. Von 1978 bis heute ist dort die Belegschaft von 11 000 auf 2720 Personen verringert worden. Die Schließung des Standorts droht. Aus Eiweiler im Saarland kam eine Delegation, um gegen die Schließung des dortigen Werks zu demonstrieren, das der Daimler-Benz Tochterfirma DASA gehört. Beide Werke liegen in strukturschwachen Regionen. Der Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet für viele Beschäftigte Langzeitarbeitslosigkeit.

Den Aufgang von den Parkplätzen zur Aktionärsversammlung säumten außerdem zehn Särge aus Pappe. All dies schreckte aber den Vorstandsvorsitzenden Edzard Reuter recht wenig. Stattdessen blies er zum Angriff auf die Gewerkschaften. Er kritisierte in recht scharfer Form den letzten Tarifabschluß, drohte unverhohlen mit Produktionsverlagerungen nach Osteuropa und Fernost und ließ Gewerkschaft, Betriebsräte und Belegschaften spüren, wie wenig die Konzernspitze auf die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten eingehen wird. Für 1991 kündigte er eine Steigerung des Umsatzes um 11 Prozent

auf 95 Milliarden DM an. Die Golfkriegsgegner verunglimpften er als Irrläufer, die für eine Welt ohne Sicherheit eintreten würden. Den in der Halle anwesenden Demonstranten aus Wilhelmshaven versprach er die Schließung ihres Standortes, obwohl kurz vorher noch der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Feuerstein von konkreten Signalen für den Erhalt gesprochen hatte.

Der größte Industriekonzern der BRD läßt die Waffen klirren, weltweit und im eigenen Haus. Im neu erschienenen Geschäftsbericht verspricht Reuter den Aktionären Kostensenkung. Er schreibt: „Das Haus Daimler-Benz betreibt denn auch seine bereits seit längerer Zeit laufende Durchforstung der Kosten mit zusätzlichem Nachdruck und noch ehrgeizigeren Zielsetzungen. Wir versprechen uns davon für die nächsten vier bis fünf Jahre eine nachhaltige konzernweite Senkung des Kostenvolumens in einer Größenordnung von vier Milliarden DM.“ Dabei wird vor nichts zurückgeschreckt, nicht vor Stilllegung in strukturschwachen Gebieten, nicht vor Rüstungsexporten, nicht vor dem Abbau von Sozialleistungen. Reuters „Wohl-

stand für alle“ heißt Kostensenkungsprogramme, die zum Beispiel dazu führen, daß im Werk Kassel die ersten Abteilungen 9 1/4-Stunden-Schichten arbeiten, daß in Untertürkheim die regelmäßige tägliche Arbeitszeit pro Schicht für bestimmte Engpaßbereiche auf zehn Stunden ausgeweitet werden soll, daß nach einer OGK- (d.h. Optimierung Gemeinkosten) Analyse allein in der Zentrale 3000 Arbeitsplätze eingespart werden sollen. Und um dem Konzernziel „friedliche Welt“ näherzukommen, nutzt führend die Daimler-Tochter MBB weltweit alle Möglichkeiten, noch besser ins Rüstungsgeschäft zu kommen: Aktuelle Beispiele sind Verhandlungen mit der südkoreanischen Regierung über die Lieferung von Tornado-Flugzeugen, Raketentechnik nach Indien, völlige Exportfreiheit für den deutsch-französischen Militärhubschrauber, Spezialhubschrauber zur Bekämpfung kurdischer Aufstände.

Quellen: Daimler-Benz Geschäftsbericht für 1990; „Entrüstet Daimler“; Ergänzungen zum Geschäftsbericht 1990. Hrsg.: Stuttgarter Koordinierungskreis der Aktion „Entrüstet Daimler“ — (ros, evc)

Kapitalistenverband begehrt Vertragsbruch

Elmshorn. Die Kapitalisten der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie versuchen derzeit, über die Freischichtenregelung in dem seit dem 27. 5. 91 abgeschlossenen Manteltarifvertrag mit der IG Medien zu feilschen. Damals wurde vereinbart, daß Schicht- und Nachtarbeiter in einem Stufenplan zwei Freischichten erhalten sollen, ab 1992 eine Freischicht und ab 1993 zwei Freischichten. Grundlage der Vereinbarung war die Forderung der IG Medien und dieser waren — in Anlehnung an die entsprechenden Tarifregelungen der Druckindustrie — Durchführungsbestimmungen beigefügt. Vereinbart wurde, daß noch in der gleichen Woche nach den Verhandlungen eine gemeinsame redaktionelle Überarbeitung der Durchführungsbestimmungen erfolgen soll. Daher wurde der Anhang nicht unterzeichnet, sondern nur paraphiert. Es bestand Einverständnis, daß die inhaltliche Substanz der Durchführungsbestimmungen nicht mehr verändert werden kann. Der Kapitalistenverband weigerte sich aber, zur redaktionellen Überarbeitung mit Vertretern der IG Medien zusammenzutreffen. Stattdessen sendete er auf Drängen der Gewerkschaft am 20. Juni ein eigenes Papier, dessen Inhalt nicht nur vom Vertragsgegenstand abweicht, sondern die Freischichtenansprüche nicht unerheblich verkürzen würde. Die IG Medien hat den Kapitalistenverband aufgefordert, bis zum 30. Juni sein Einverständnis zu einem überarbeiteten Text zu erklären, andernfalls sieht sich die Gewerkschaft gezwungen, den Arbeitskampf wieder zu eröffnen.

Quelle: Mitteilungen der IG Medien HV, 25. 6. 91 — (rua)

Tarifierhöhung nach Warnstreik

Braunschweig/Hannover. Die Beschäftigten beim Bildungswerk der Volkshochschulen Niedersachsens haben durch einen Warnstreik im Mai eine Gehaltserhöhung durchgesetzt. Nachdem die Geschäftsleitung lediglich eine Erhöhung um 3 % ab 1. 6. 91 angeboten hatte, kamen die Beschäftigten des Bildungswerks zur Tarifverhandlung am 17. 5., um ihrer Forderung nach einer Gehaltserhöhung im Umfang des öffentlichen Dienstes Nachdruck zu verleihen. Angesichts dieser Demonstration konnte das Ergebnis dann erheblich aufgebessert werden: 5 % Gehaltserhöhung ab 1. 6. 91 und zusätzlich 2 % vom 1. 1. bis 31. 3. 1992. Für die Monate April und Mai 1991 werden je 250 DM gezahlt. Der Kinderzuschlag wird um 10 DM von 130 auf 140 DM angehoben. Außerdem wurden Verbesserungen im Manteltarifvertrag festgelegt. — (usm)

Chemieabschluß von 6,7 % verhindert Lohnsenkung nicht

Hannover. 6,7 % bedeuten in Niedersachsen eine Erhöhung der Bruttotarifentgelte zwischen 163 DM in der Entgeltgruppe 1 (jetzt: 2599 DM) und 382 DM in E13 (jetzt: 6071 DM). Für die Auszubildenden wurden schlechte 90 DM vereinbart. Zwar bleibt das Bruttoeinkommen in E13 bei 233 % von E1, aber die DM-Schere erhöht sich um weitere 219 DM. Für die Facharbeitergruppen E5 bis E8 wurde die Entgeltgarantieregelung verbessert. Anstatt nach 5 bzw. 10 Jahren erhöht sich das tariflich garantierte Entgelt ab Sommer 1992 bereits nach 2, 4 bzw. 6 Jahren. Dieses kann insbesondere bei Facharbeitern, die noch keine 6 Jahre in der entsprechenden Gruppe sind, tarifliche Verbesserungen von ein paar hundert DM ausmachen. Die Chemiekapitalisten haben bereits erklärt, daß sie die „Zusatzkosten“ von 2,7 Mrd. DM auf den Tarifabschluß 1992 anrechnen wollen. Dies wäre ein weiterer Schritt in Richtung Abkoppelung der unteren Gruppen. — (mio)

Stadtwerke privatisieren den Reinigungsdienst

Hannover. Bei den Stadtwerken Hannover sollen statt eigener Reinigungskräfte private Putzkolonnen arbeiten. Von 110 Stellen sind bisher 77 wegrationalisiert. 3,2 Mio. DM werden durch die Privatisierung an Personalkosten eingespart. Der Betriebsrat widersetzt sich den Rationalisierungen. Die Stadtwerke umgehen dessen Mitbestimmungsrechte, weil sie ohne Entlassungen den Stellenabbau durchsetzen. Die Beschäftigten in den Putzkolonnen verdienen weniger und sind sozial schlechter abgesichert als die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Der Betriebsrat erklärte zum gegenwärtigen Lohn: Mit 2371 DM brutto für Vollschichten im Schichtdienst wird auch jetzt nicht zu viel verdient. — (aur)

Sächsischer Verkehrsstreik

Fünftägiger Arbeitskampf in Sachsen mit Erfolg beendet

In einer Urabstimmung haben sich 85,5 Prozent der etwa 10000 Arbeitnehmer des sächsischen Verkehrsgewerbes für die Annahme des nach fünftägigem Streik ausgehandelten Ergebnisses bei den Tarifverhandlungen entschieden.

Erreicht wurde für die Beschäftigten ein Manteltarifvertrag, der die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, mindestens 20 Tage Urlaub sowie die Sicherung des bisher erreichten „Besitzstandes“ garantiert. Ab 1. Juli werden ferner 60 Prozent vom Niveau der Westlöhne sowie Urlaubsgeld gezahlt.

Eine der bisher spektakulärsten Arbeitskampffaktionen in Sachsen ging zu Ende. Was auch bleibt, ist der Streit über den Nutzen. Die Gewerkschaften betrachten das Ergebnis als Erfolg, der Geschäftsführer der Leipziger Verkehrsbetriebe beziffert die Umsatzverluste auf acht Millionen Mark und meint, die Beschäftigten hätten mit dem Streik zur weiteren Schwächung der Unternehmen beigetragen und die Kunden zur Konkurrenz getrieben.

Der Vorstand der Kraftverkehr Leipzig AG kommentierte dies vor der Presse so: Während vom Chef des Landesverbandes des Sächsischen Verkehrsgewerbes (LSV) wenig Initiative zur Beilegung des Streiks gezeigt werde, während die Gewerkschaft ÖTV der Illusion nachhänge, mit dem Streik in 20 Unternehmen die Situation in 3740 Unternehmen zu verbessern und die Treuhandanstalt es den Geschäftsführern der ehemaligen volkseigenen Betriebe untersage, Haustarifverträge abzuschließen, führe der Streik letztendlich dazu, daß die 20 großen Kraftverkehrsunternehmen konkurrenzlos würden.

Das wäre vielleicht im Sinne der Treuhandanstalt und zum Vorteil der auf dem Sprunge sitzenden Konkurrenz außerhalb Sachsens, aber würde tausende Arbeitsplätze kosten.

Zum zweiten Male im Juni hatte die Gewerkschaft ÖTV zu einem Warnstreik aufgerufen, der dann nach einer Urabstimmung zu einem landesweiten Streik wurde und vor allem den öffentlichen Nahverkehr fast völlig lahm legte. Landesweit blieben 3000 LKW und Busse ohne Fahrer. Allein im Regierungsbezirk Leipzig streikten knapp 3000 Beschäftigte in 24 Kraftverkehrsbetrieben.

Begründet wurde der Streik der Bus- und LKW-Fahrer und des Werkstättenpersonals von der Gewerkschaft mit der Hinhaltetaktik des Landesverbandes des Sächsischen Verkehrsgewerbes. Der nämlich — so die Meinung der Gewerkschaft — lehne es nach wie vor ab, in substantielle Verhandlungen einzutreten.

Zu dieser Haltung würde der Landesverband letztlich durch die Treuhand-

stalt herausgefordert. Deren Bestreben ginge eindeutig in die Richtung, die großen Kraftverkehrsbetriebe der ehemaligen DDR zu zerschlagen, sie in munde rechte Filetstücke zu zerlegen, um sie den potentiellen Käufern befreit von allzuviel sozialem Stötpotential zu servieren. Damit wird das Terrain vorbereitet für die großen westdeutschen Fuhrunternehmen.

Zum anderen wird auf diese Art und Weise die Kraft, die von aktiven Betriebsräten in Großunternehmen ausgehen kann, eliminiert. Der Landesverband des Sächsischen Verkehrsgewerbes brauche also nur zu warten, bis die Treuhandanstalt die bei allen Problemen trotzdem funktionierenden Verkehrsbetriebe „vereinzelt“ habe, um dann unge-stört seine lohnrückende Politik durchzusetzen zu können.

Mit allen Mitteln versuchte der Landesverband vorher, neuen tariflichen Vereinbarungen aus dem Wege zu gehen. So wurden Betriebsräten von den Geschäftsführern Betriebsvereinbarungen mit Inhalten angeboten, die nur in Tarifverträgen zu regeln sind. Bei Annahme solcher Verträge durch die Arbeitnehmervertreter sei ihre rechtliche Durchsetzung nicht möglich.

Im Klartext: Selbst wenn sich die Arbeitgeber in diesen Betriebsverträgen zu Zugeständnissen bei Löhnen, Urlaub oder Arbeitszeit bereiterklärten, könnten die Arbeitnehmer nicht auf das Zugeständnis pochen, weil das Betriebsverfassungsgesetz andere Regelungen fest schreibt.

Mit einer solchen Verfahrensweise entsteht auch die Gefahr der Täuschung der Kollegen, indem ihnen suggeriert wird, daß Arbeitgeber auch Arbeitnehmerinteressen berücksichtigen würden, ohne daß man dazu eine Gewerkschaft braucht.

Die ÖTV hat den Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr, in Krankenhäusern, bei der Feuerwehr, in Kindergärten, in der Bildung, in Energie- und Wasserversorgungseinrichtungen, in den Verwaltungen, bei der Stadtreinigung und bei der Straßenbahn auf einem Handzettel einen exakten Überblick darüber geliefert, was nach Vorstellungen des Landesverbandes des Sächsischen Verkehrsgewerbes künftig in ihren Lohntüten zu finden wäre.

Nicht zuletzt diese ganz konkreten Belege, warum die Streiks stattfinden, habe die Verärgerung der Betroffenen — zum Beispiel der potentiellen Benutzer von Bussen am Leipziger Hauptbahnhof — in Grenzen.

Das Verständnis für die Sorgen der anderen ist — so scheint es — größer geworden. Möglicherweise auch nur, weil der eigene Mut, sich zu wehren nach fehlt. — (sta)



Stuttgart. Die Kreisverwaltung des Rems-Murr-Kreises wendet sich gegen die Pläne des Sozialministeriums, dort 118 Krankenhausbetten zu streichen. Sie kritisiert u.a., daß die Berechnung auf einer überholten Bevölkerungsprognose basiere und die Reduzierung der Planbetten wegen interner Verlegung von Patienten nicht nachvollziehbar sei. Sie fordert die Erhöhung der Bettenzahl. — (evo)

Aus Ländern und Gemeinden

Streibl: Haider könnte genauso gut bei der CSU sein

München. Am 26. April empfing der bayerische Ministerpräsident Streibl den damaligen Kärntner Landesobmann und Vorsitzenden der rechtsextremistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Jörg Haider. Streibl bezeichnete Haider als einen „Hoffnungsträger“ für Österreich, der „genauso gut bei der CSU“ sein könnte. Gauweiler und Haider nannte Streibl die „beiden aktivsten jungen Politiker aus Österreich und Deutschland“ und fügte hinzu: „Wir können beruhigt in die Zukunft schauen“. Bei einer CSU-Veranstaltung hetzte Haider: den Stellenwert Polens könne man schon daran ersehen, daß man sein Staatsoberhaupt seit seinem Amtsantritt mehr brei als hoch gesehen habe. Über seine jüngste Äußerung ist Streibls „Hoffnungsträger“ nun gestolpert. „Im Dritten Reich haben sie eine ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal die Bundesregierung in Österreich zusammenbringt.“ Er wurde durch Mißtrauensantrag gestürzt. Inzwischen hat sich Haider warmstens als Nachfolger Kurt Waldheims für das Amt des Bundespräsidenten empfohlen. — (chl)

Linke Liste Braunschweig kandidiert zur Kommunalwahl

Braunschweig. Am 22. 6. 91 gründeten auf Initiative des „Linken Kommunalpolitischen Bündnisses“ 18 Gründungsmitglieder die „Linke Liste Braunschweig“. Unter der Überschrift „Linke Liste Braunschweig — die Alternative gegen Rechts“ steht der einmütig beschlossene Wahlauftrag zu den Kommunalwahlen im Oktober 1991. Der Wahlauftrag bezieht sich auf die sozialen und politischen Interessen der Lohnabhängigen, grenzt sich ab gegen die Unterordnung solcher Interessen unter die der Konzerne, gegen Rassismus und Faschismus. Die „Linke Liste Braunschweig“ wird von BWK, DS, DKP und PDS unterstützt. Ein Sprecher der Braunschweiger VVN kandidiert auf einem Listenplatz. — (hah)

Grüne kritisieren „Ermächtigungsgesetz“

Stuttgart. Am 19. 6. wurde der Entwurf für ein neues baden-württembergisches Polizeigesetz in erster Lesung im Landtag behandelt. Von der „Neuen Richtervereinigung“, der „Vereinigung baden-württembergischer Strafverteidiger“, der „Deutschen Vereinigung für Datenschutz“ und dem „Verein der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg“ liegen kritische und ablehnende Stellungnahmen vor. Hauptpunkte der Kritik sind die vorgesehene Regelung des finalen Rettungsschusses, der Einsatz verdeckter Ermittler und die Ausstattung der Polizei mit geheimdienstlichen Befugnissen. Ein Vertreter der Neuen Richtervereinigung führte auf einer Pressekonferenz der Grünen aus, der Entwurf verstoße „in weiten Bereichen gegen verfassungskräftige Rechtsstaatsprinzipien“. Im Landtag sind nur die Grünen grundsätzlich gegen das „Ermächtigungsgesetz“ aufgetreten: Die Novelle stelle den Versuch dar, bisher legale Polizeipraktiken nachträglich zu legalisieren, die aus den Erfahrungen mit der Gestapo resultierende Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten würde aufgehoben. — (evo)

Unbedingt einwenden gegen Schacht Konrad!

Hamburg. Nachdem Bundesminister Töpfer Mitte Mai zwangsweise die Auslegung der Pläne für die Atommülldeponie Schacht Konrad angeordnet hat, haben zahlreiche Umweltschutzverbände und Anti-AKW-Gruppen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus aufgerufen, gegen dieses größte geplante Atommüll-Endlager Europas Einwendungen zu erheben. Einspruchsfrist ist der 10. Juli! Der Nachweis der Endlagerung gilt immer noch als Voraussetzung für die endgültige Genehmigung von Atomkraftwerken. Vorformulierte Standardeinwendungen sind erhältlich bei: BUND, Robin Wood, die Grünen, bei örtlichen und Landes-Bürgerinitiativen sowie Greenpeace (Vorsitzen 53, 2000 Hamburg II, Tel. 040/311 860). — (edi)

Sony erhält Grundstück fast geschenkt

Berlin. Finanzsenator Pieroth hat der Sony ein 30917 qm großes Grundstück am Potsdamer Platz für 3240 DM/qm verkauft. Da Daimler bereits vor über einem halben Jahr über 15000 DM/qm an einen Privatverkäufer gezahlt hat, gewinnt Sony über eine halbe Milliarde Mark. Pieroths Entscheidung wurde auch aus den Reihen der CDU/SPD-Koalition kritisiert, die Fraktion Bündnis 90/Grüne hat einen Mißtrauensantrag gestellt. Der Finanzsenator, der gleichzeitig einen Etat für 91 vorlegt mit einer Nettoneuverschuldung von knapp 6 Mrd. DM, verweist auf Nutzungsbeschränkungen für Sony. — (chk)

Angriffe auf Radio Dreyeckland

Freiburg. Seit einigen Wochen verbreiten die „Initiative Sozialistisches Forum“ sowie einige andere, die während des Golfkriegs tätige Nahostredaktion bei RDL habe antisemitische Propaganda über den Sender betrieben. Im Antizionismus dieser Redaktion drücke sich Antisemitismus aus. Daher sei es notwendig, im Statut von RDL u.a. festzuhalten: „Der Begriff Antizionismus ist fallenzulassen.“ „Bei jeder Kritik an der Politik Israels ist das Existenzrecht Israels als selbstverständlich vorauszusetzen.“ „Bei der Kritik an den ... Verhältnissen im Nahen Osten darf Israel nicht hervorgehoben werden.“ Dieser Antrag, der auf Diskussionsverbot hinausläuft, wurde auf einer MV von RDL am 26. 6. von den Antragstellern zurückgezogen — mit der Begründung, durch einen formalen Antrag lasse sich nicht verhindern, daß die Nahostredaktion auch weiterhin Antisemitismus über den Sender verbreite. In der Auseinandersetzung um diesen Angriff wurde den Antragstellern u.a. vorgehalten, daß es offensichtlich ihre Absicht sei, antirassistische Strömungen innerhalb wie außerhalb von RDL mundtot zu machen. So bezeichnen sie den Kampf des palästinensischen Volkes um Selbstbestimmung als nationalistisch und setzen ihn damit etwa dem Nationalismus der BRD gleich. Die MV von RDL beschloß, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um strittige Fragen (u.a. Einschätzung des Zionismus, Geschichte des Konflikts im Nahen Osten, Ursachen des Völkermords an den Juden) einer geeigneten Behandlung in RDL bzw. außerhalb in Diskussionsrunden usw. zuzuführen. — (ulb)

Linke Liste — die Alternative gegen rechts

Programmatische Erklärung der Linken Liste Hannover vom 25. Mai 1991

Die Linke Liste Hannover kandidiert als Wählergemeinschaft zu den Kommunalwahlen am 6. Oktober 1991. Mitglieder von BWK, DKP, PDS, antifaschistischen Organisationen, verschiedenen Bürgerinitiativen und ehemalige Grüne haben sich in ihr zusammengeschlossen.

Wir fordern weitere Organisationen, Initiativen und Personen auf, bei uns mitzumachen, wenn es grundsätzliche Übereinstimmung mit unseren Zielen gibt. Wir wollen gemeinsam streiten, aber die Zerstrittenheit beenden. Wir wollen zu unseren Fehlern stehen, aber nicht resignieren.

Wir meinen nicht, daß der Kapitalismus endgültig besiegt hat, auch nicht in seiner Form als „soziale Marktwirtschaft“. Dem Siegesrausch folgt die Katerstimmung. Für viele, auch in dieser Stadt, ist sie längst Realität. Weitere werden sie zu spüren bekommen. Hannover braucht eine linke Alternative.

Die Linke Liste kann im Hannoverschen Rathaus nützlich sein, wenn sie über Ratspolitik informiert, und damit Vorhaben und Mauseleien, die im Interesse der großen Konzerne und der Geschäftswelt betrieben werden, aufdeckt und das Rathaus als Tribüne für fortschrittliche Politik nutzt.

Wir sagen ja

- * Zu größerer Selbständigkeit und besserer finanzieller Ausstattung der Gemeinden.
- * Zur Durchführung eines öffentlichen Wohnungsbauprogramms, das Wohnungen zu vertretbaren Mieten für alle schafft.
- * Zum Erhalt und zum Ausbau von Arbeitsplätzen, für mehr kommunale Betriebe.

* Zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und zu existenzsichernden Löhnen.

* Zu kommunalen Eingriffsrechten gegen Vergiftung am Arbeitsplatz und Schadstoffausstoß der Betriebe

* Zum kommunalen Wahlrecht für ausländische Mitbürger.

* Zu Verbesserung und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs bei niedrigen Fahrpreisen, bei Finanzierung durch die Hannoverschen Großbetriebe.

* Zur Fußgänger-, Radfahrer- und umweltfreundlichen Stadt und zu Maßnahmen, die den Autoverkehr eindämmen.

* Zur Gleichstellung der Geschlechter, zur Umsetzung von Frauenförderplänen und zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch.

* Zum selbstbestimmten Leben und Wohnen, für unabhängige, selbstverwaltete Jugendzentren.

* Zu Einrichtung und Ausbau von Kitas, integrierten Gesamtschulen, Sportstätten und anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen

* Zum Recht auf Arbeit, zum Recht auf Wohnen und zum Recht auf Bildung.

Wir sagen nein

* Zur Plünderung der städtischen Finanzen im Interesse von Banken, Kaufhäusern und Konzernen.

* Zur Privatisierung kommunaler Betriebe und Einrichtungen.

* Zur EXPO 2 000.

* Zum Mietwucher, zur weiteren Vernichtung von billigem Wohnraum und der damit steigenden Obdachlosigkeit.

* Zu weiteren Gebührenerhöhungen bei städtischen Leistungen und bei den Energiepreisen.

* Zur Arbeitslosigkeit und zu Arbeitsverhältnissen unter Tarif, zur Zwangs-

arbeit von Asyl- und Sozialhilfeempfängern.

* Zur Diskriminierung ausländischer Mitbürger und zur Ausgrenzung von sozial Benachteiligten.

* Zu rassistischer und militaristischer Politik und deren Förderung.

* Zu rechtsradikalem Gedankengut und faschistischen Organisationen.

* Zu wachsenden Müllbergen und Blechlawinen.

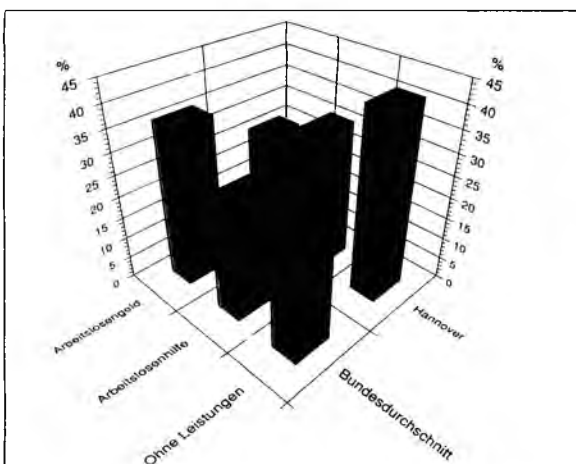
Die Linke Liste Hannover wird auf der Grundlage dieser Positionen eine konsequente Opposition auch im Rathaus sein. Mit uns kann man sich auf dieser Grundlage in einzelnen Sachfragen verständigen. Mit uns gibt es aber keine faulen Kompromisse.

Die Linke Liste Hannover ist in erster Linie Teil der linken außerparlamentarischen Bewegung. Wir machen uns keine Illusionen über die Erfolgsaussichten linker Ratspolitik. Solche Illusionen wären schädlich für die linke Bewegung. Wir können auf Dauer nur etwas bewirken, wenn die Betroffenen ihre Ansprüche und Forderungen formulieren und selber darum kämpfen. Dazu beizutragen ist das Ziel der Linken Liste Hannover.

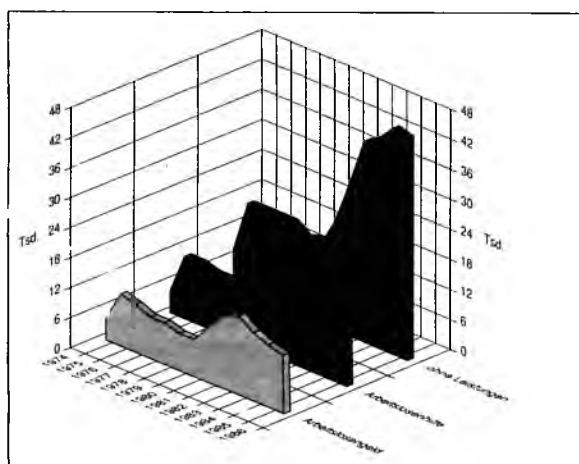
Viele Hannoversche Probleme sind nicht lokal gemacht und auch nicht im Rat zu lösen. Wir lassen uns aber mit dem Verweis auf diese Tatsache nicht abspeisen. Kommunalpolitik darf an der Stadtgrenze nicht haltmachen.

Wer rechts wählt, wählt falsch — Wer nicht wählt, mag gute Gründe haben — Wer links wählt, hat bessere. Darum: Alle drei Stimmen für die Linke Liste Hannover.

Verabschiedet auf der Konferenz zur Kommunalwahl am 25. 5. 91 in Hannover — (rec)



40% der Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Hannover erhalten bereits keine Leistungen mehr, nur noch etwas über 20% der Arbeitslosen erhalten Arbeitslosengeld. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eine deutlich andere Situation. (Quelle: Evangelische Fachhochschule Hannover)



Entwicklung der Leistungsempfänger in Hannover. 1990 waren 28022 von monatlichen Leistungen zur Hilfe zum Lebensunterhalt vom Sozialamt abhängig. Bei der Hälfte von ihnen war Arbeitslosigkeit die Ursache. (Quelle: Evangelische Fachhochschule Hannover)

Diyarbakır — Karlsruhe

Veranstaltung zur Gründung einer Partnerschaft am 21. Juni

Karlsruhe. An der Veranstaltung zur Vorstellung der Städtepartnerschaft „von unten“ zwischen der kurdischen Stadt Diyarbakır (Amed) und Karlsruhe nahmen 90 bis 100 Leute teil. Den Aufzug dafür haben in Karlsruhe 18 Organisationen und Parteien sowie Einzelpersonen unterschrieben.

Leider fehlten auf der Veranstaltung einige der Unterzeichner. Es waren mehr kurdische und türkische Leute als deutsche anwesend. An dem Abend nahmen Mitglieder des Karlsruher Ausländerbeirates teil.

Die Zeitung „Yeni Ülke“ schickte eine Grußbotschaft. Sie würdigte darin die geplante Partnerschaft als Solidaritätsprojekt der Völkerfreundschaft, das der Erlangung der Freiheit dient. Diyarbakır liegt in der Türkei.

Das Kurdistan-Komitee stellte die Städtepartnerschaft als eine Partnerschaft zwischen den Menschen und demokratischen Organisationen Diyarbakirs und Karlsruhes vor. Die Grundlage dafür ist die Völkerverständigung und das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Ein Mitglied der

Grünen zeigte einen Dia-Vortrag über Diyarbakır, die Geschichte Kurdistans und Szenen aus dem Alltag.

Besonders erfreulich war der Besuch des Rechtsanwalts Orhan Doğan, Mitglied des Rechtsanwaltsvereins Diyarbakır und Vorsitzender des Menschenrechtsvereins (IHD) von Sirnak, der das Hauptreferat hielt. Er berichtete über die Auswirkungen und den Kampf gegen das neue „Antiterrorgesetz“ der Türkei, über die Verletzungen der Menschenrechte in Kurdistan, über Deportationen, Zerstörung hunderter kurdischer Dörfer durch das türkische Militär, über das Militärgefängnis Diyarbakır, über die Stadt Diyarbakır. Ausführlich schilderte er die aktuelle Entwicklung in den kurdischen Provinzen in Türkisch-Kurdistan, die kurdische Massenbewegung und die Streikbewegung in der Türkei.

Der erste Schritt der Partnerschaft wurde getan: Unterstützung der politischen Gefangenen im Militärgefängnis von Diyarbakır, ihrer Angehörigen und den Angehörigen der ermordeten und verschwundenen kurdischen Patrioten. Eine Geldsammlung erbrachte 200 DM.

Reichlich Wirbel und Unruhe löste das Vorhaben beim türkischen Generalkonsulat und beim Verein für deutsch-türkische Zusammenarbeit und Freundschaft aus. Allein zehn Mitglieder dieses Vereins waren da. Ebenso die türkischen Zeitungen „Hürriyet“ und „DOST“ — beides Zeitungen, die den türkischen Staat unterstützen.

Diese Kräfte versuchten in der Diskussion, einen Keil zwischen die türkischen und kurdischen Leute zu treiben. Sie behaupteten, eine Partnerschaft mit einer kurdischen Stadt spalte die „türkische Bevölkerung“ Karlsruhes. Viel war bei ihnen von einer „multikulturellen Gesellschaft“ in der Türkei zu hören. Auch hetzten sie gegen den Kampf der Kurden für ihre nationale Unabhängigkeit, gegen einen Kurdenstaat. Als das nichts fruchtete wurden sie größtenteils: „Diyarbakır ist und bleibt türkisch“. So begründeten sie ihre Ablehnung des Projekts. Sie griffen Leute vom Kurdistan Komitee als Unterstützer von „Separatisten“ an.

Am 4. 7. soll nun die Gründung des Partnerschaftsvereins erfolgen. — (rub)

„Streß im Projekt — vermeidbar?“

Gewerkschaftliche Arbeit unter hochqualifizierten, technischen Angestellten

Die folgenden Beiträge stammen aus der Broschüre „Streß im Projekt — vermeidbar?“. Sie ist vom Münchner IG Metall-Arbeitskreis Techniker, Ingenieure, Naturwissenschaftler im letzten Jahr erarbeitet worden. Herausgeber ist die Bezirksleitung der IG Metall Bayern. Falsche Vorstellungen darüber, wie die Arbeitsbedingungen von hochqualifizierten Angestellten in Projekten sind, waren ein wesentlicher Grund dafür, daß im letzten Jahr die Tarifkommissionen der Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche verbunden mit dem scheinbaren Recht auf zusammenhängende Freizeitblöcke zugestimmt hatten. Die Broschüre soll ein Beitrag dazu sein, daß solche Fehleinschätzungen in Zukunft verhindert werden.

Sie kann angefordert werden bei Franz Oeckl, IG Metall, Verwaltungsstelle München, Schwanthalerstraße 64, 8000 München 2, Tel.: 089/5 14 11 37. — (mu)

Sie sind verantwortlich, bringen Sie es zu Ende!

Fast jedem Ingenieur und Programmierer ist eine Situation wie die folgende vertraut: Die für die Aufgabe nötige Zeit ist länger als erwartet, der festgelegte Termin rückt näher und erweist sich als zu eng. Mehrarbeit, zum Teil massiver Überstundeneinsatz ist nötig, um trotzdem rechtzeitig fertig zu werden. „Sie sind verantwortlich, bringen Sie es zu Ende.“ Man lebt nicht mehr für sich selber, sondern nur noch für die Arbeit. Nutznießer ist die Firma, die den Termin gesetzt hat oder für die man selber den Termin hat setzen müssen.

Wie aber kommt es dazu — handelt es sich dabei wirklich um etwas Unvermeidbares?

- * Bringt der Job solche Zustände mit sich, wie viele glauben?
- * Handelt es sich um eine unvermeidliche Begleiterscheinung von Arbeiten mit festem Endtermin?
- * Oder wird dies von den Unternehmen bewußt herbeigeführt, weil sie sich Vorteile von Arbeitszeiten rund um die Uhr versprechen?
- * Das Schlagwort „Workaholics“ gesteuert durch die Diskussion: Ist, wer sich auf überlange Arbeitszeiten einläßt, womöglich krank?

Pauschale Antworten auf diese Fragen sind sicher nicht möglich. Diese Broschüre versucht daher eine Klärung anhand von konkreten Beispielen. Dabei

soll insbesondere genauer untersucht werden der Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Projekten (worunter hier ein fest umrissener Arbeitsumfang, der sich über eine längeren Zeitraum erstreckt, verstanden wird). Wir sind dagegen, daß wir unsere Persönlichkeit aufgeben müssen, weil es nichts anderes als Arbeit gibt. Deshalb wollen wir versuchen, andere Wege aufzuspüren, wie solche Arbeitsumfänge abgewickelt werden können. Da sich unsere Beiträge im wesentlichen auf Einzelerfahrungen stützen, gehen wir davon aus, daß wir keineswegs alle Erscheinungsformen des Problems dargestellt haben. Wir würden uns freuen, wenn Leser dieser Broschüre uns ihre Erfahrungen und ihre vielleicht auch anderen Schlußfolgerungen mitteilen würden.

Projektarbeit bei BMW

Die Automobilindustrie nimmt unter allen Produktionen eine extreme Rolle ein: Nirgendwo sonst werden so komplizierte Maschinen wie Autos in so hohen Stückzahlen produziert.

Auf den ersten Blick klingt es daher plausibel, daß bei BMW im Rahmen von Projekten Überstunden unvermeidlich sind. Viele Projekte sind an den Anlauf eines neuen Modells gekoppelt. Für die Erreichung dieses Termins muß die Belegschaft bei BMW wie eine Armee bei einem Angriff funktionieren. Wenn an irgendeiner Stelle eine Verzögerung eintritt, weil z.B. ein Projektteam zu spät fertig wird, liegen gleich Kapitalwerte in Höhe von Milliarden Mark brach. Der terminliche Rahmen muß streng eingehalten werden, weil eine Verschiebung des Anlauftermins undenkbar ist.

Diese extremen Bedingungen, die Überstunden als so selbstverständlich erscheinen lassen, ermöglichen jedoch in Wirklichkeit das Gegenteil. Gerade wegen der hohen Bedeutung der Termine kann eine realistische Terminplanung durchgesetzt werden. Das Argument, daß sonst die Termine platzen könnten, ist letztlich stärker, wenn es hart auf hart geht. So kann z.B., wenn ein gesetzter Termin nicht haltbar ist, der Leistungsumfang bis zu diesem Termin verringert werden. Durchsetzbar ist auch das Einplanen von Nebentätigkeiten. Projektplanung hat bei BMW ein relativ hohes Niveau. Selten ist daher Mehrarbeit im Rahmen von Projekten die Folge schlechter Planung.

Die Verlängerung der Arbeitszeit wird bei BMW nicht als notwendiges Übel dargestellt, sondern schon lange offen gefordert. So äußerte sich BMW-Chef von Kuenheim im Aktionärsbrief erstes Halbjahr 1988: „Wir brauchen die Mehrarbeit; die 40- oder 45-Stunden-Woche sozusagen und dies nicht nur für die leitenden Mitarbeiter, für die noch längere Arbeitszeiten schon seit Jahren die Regel sind. Es darf nicht an-

gehen, daß junge Entwicklungsingenieure um 16 Uhr ihre Arbeit einstellen müssen.“

Um dieses Ziel durchzusetzen, wird der ungeheure Termindruck als Druckmittel verwendet, um Mehrarbeit zu erzwingen. Bei den alle ein bis zwei Jahre stattfindenden Umgruppierungen von Abteilungen wird zunehmend vorgeschrieben, wieviel Personal dabei eingespart werden muß. Projekt-Teams, die sich nicht genug wehren, müssen mit weniger Leuten die Termine erfüllen und dürfen dann entsprechend länger arbeiten. Leistungsdruck entsteht durch die Vorgesetzten, die den Terminrahmen abverlangen. Bei wachsendem Arbeitsumfang ist die Durchsetzung von neuem Personal fast unmöglich, lediglich untereinander können sich die Abteilungen Personal abjagen. Dieser Druck führt dazu, daß mehr oder weniger offen Mehrarbeit fest eingeplant wird, z.B. indem Änderungen, die sich während der Realisierung ergeben, nicht in die Zeitplanung mit aufgenommen werden.

In den Bereichen, die für die Betreuung der Produktion zuständig sind, wird ausprobiert, ob die Arbeitszeit durch die Organisation der Arbeit beeinflusst werden kann. In großen Teams, wo mehrere an mehreren Projekten tätig sind, ist bei Fehlern, die den Fortgang der Produktion gefährden, gegenseitige Vertretung möglich. In der Datenverarbeitung, die bei BMW ein stark produktionsgebundener Bereich ist, wird die Bildung von großen Gruppen behindert. Hat ein Projekt nur einen Verantwortlichen, muß er die gesamte Freizeit- und Urlaubsplanung an den Bedürfnissen des Projektes ausrichten. Wenn die Produktion bedroht ist, muß er springen.

Natürlich kommt es auch bei BMW zu Fehlplanungen, die den einzelnen noch mehr unter Druck setzen. So ist z.B. das Planen der Zusammenarbeit von vielen verschiedenen Gruppen ein ungelöstes

Problem: Da der Endtermin feststeht, ist jede Terminverschiebung tangierender Abteilungen eine Terminverkürzung für die folgenden Abteilungen. Ein weiteres Beispiel: Unter Zeitdruck wurden schon mehrmals Techniken gewählt, die den hohen Anforderungen bei BMW nicht gewachsen waren. Wenn dies passiert, wird meist lange versucht, das geplante System durch Rumflicken zu retten. Kurz vor dem Endtermin kommt es dann zu Aufholjagden, unter denen alle Beteiligten zu leiden haben.

Eine Arbeitszeit bereits von neun Stunden am Tag — erst recht bei zehn, elf oder mehr Stunden — führt dazu, daß ein Abschalten von der Arbeit nicht mehr möglich ist. Auch in der Freizeit beschäftigen sich dann die Kollegen mit den hochkomplizierten Problemen der Arbeit. Bis in den Schlaf hinein dauert das Grübeln über Lösungsmöglichkeiten für aufgetretene Probleme. Montag früh werden die Zettel rausgezogen, auf denen sie notiert haben, was ihnen am Wochenende alles eingefallen ist.

Auf eine gewisse Freiwilligkeit wird bei der Durchsetzung von Mehrarbeit allerdings Wert gelegt. Denn Spezialistenarbeit kann nur schwer kontrolliert werden. Individueller Widerstand, wie langsamer oder schlechter arbeiten, ist daher möglich, ohne daß Kündigung oder Abmahnung droht. Erreicht wird die Freiwilligkeit durch Locken mit der Karriereleiter. Ab der zweituntersten Gehaltsklasse über Tarif wird ein Firmenwagen gestellt, der Prestige bringt, sonst jedoch kaum etwas, weil Überstunden von da ab nicht mehr bezahlt werden und außerdem für den Wagen eine keineswegs kleine Eigenbeteiligung nötig ist. Im Tarifbereich wiederum kommen viele Kollegen frisch von der Hochschule, die einerseits endlich ihr Wissen anwenden wollen und andererseits nach dem Studium auch Geld brauchen.



Projektarbeit in einem Entwicklungsbüro

Ein Kollege aus einem Ingenieurbüro, in dem Automatische-Test-Systeme für Auftraggeber aus der BRD, den USA und Japan entwickelt werden, berichtet über seine Erfahrungen mit der Projektarbeit:

Natürlich ist die Arbeit in einem Ingenieurbüro für Entwicklung fast ausschließlich projektbezogen. Die Dienstleistung besteht gerade darin, für den Auftraggeber Entwicklungsprojekte zeit- und kostenoptimal und natürlich technisch erfolgreich abzuwickeln.

Daraus entstehen fast zwangsläufig Termindruck und viele Überstunden. Typisch ist folgendes Ablaufmuster in den Projekten:

Konkurrenzsituation in der Angebotsphase

Wir wollen den Auftrag unbedingt gewinnen und lassen uns daher in einen engen Terminrahmen zwingen, noch bevor das Projekt überhaupt vollständig definiert und durchgeplant ist.

Abhängigkeit vom Auftraggeber in der Projektdurchführung

(Praxis der Fortschrittszahlungen, Drohung mit Konventionalstrafen etc.): Während des Projektes weicht der Auftraggeber mit seinen Forderungen teilweise erheblich von den am Anfang getroffenen Vereinbarungen ab.

Hierin liegt ein Grund, warum die Industrie verstärkt Entwicklungsaufträge an Dienstleistungsfirmen vergibt bzw. Projektteams in Industriefirmen wie eigenständige Subunternehmen behandelt werden.

Es entwickeln sich folgende Situationen:

Die Projektplanung ist erschwert

Das Projekt ist verkauft. Der Liefertermin steht felsenfest (Konventionalstrafen). Die Entwicklung ist aber noch gar nicht definiert. Sonderwünsche des Auftraggebers noch in der Anlaufphase lassen den Projektplan zu Makulatur werden. Trotzdem besteht der Ehrgeiz, eine bessere Lösung, bzw. mehr Leistung als vertragsgemäß festgelegt ist, zu erbringen, um die berühmte „Nasenlänge voraus“ zu sein. Das Scheitern des Projektes ist unter allen Umständen zu verhindern, auch wenn das Verschulden beim Auftraggeber liegt, da ansonsten zukünftige Einkünfte aus Lizenzen bedroht sind.

Die Ressourcen sind äußerst knapp. Eine kleine Firma mit naturgemäß gerin-

gerer Finanzdecke als in einem Industrieunternehmen leidet immer unter fehlender Man-Power. Die Schwelle für Neueinstellungen ist hoch.

Die Arbeitsbelastungen werden extrem

Wenn Überschneidungen auftreten.

Wenn neue Projekte gestartet werden müssen, laufende aber noch nicht abgeschlossen sind.

Wenn in schon abgeschlossenen Projekten nachträglich technische Schwierigkeiten auftreten und der Auftraggeber technische Unterstützung verlangt.

Wenn zur Sicherstellung zukünftiger Aufträge technische Vertriebsunterstützung des Kunden vor Ort verlangt wird.

Steht nun nach harten Verhandlungen, umfangreicher Kalkulation unter Berücksichtigung o.g. Erschwernisse und nach erfolgter Verteilung der Aufgaben endlich der Projektplan, dann gibt es immer noch genug Möglichkeiten, daß dieser nachträglich unterlaufen wird.

Erschwernisse im laufenden Projekt

Nachträgliche Änderungswünsche, wenn große Teile schon entwickelt sind.

Zulieferungen oder Arbeitsleistungen, die der Auftraggeber zu erbringen hat, erfolgen verspätet, nicht in der vereinbarten Qualität oder überhaupt nicht.

Arbeitsumfänge, die angesichts knapper Ressourcen abgelehnt und an den Auftraggeber zurückdelegiert wurden, kommen im Projektverlauf durch die Hintertür Stück für Stück wieder zurück gerade dann, wenn kein Entscheidungsspielraum besteht. Die Begründungen sind dann: Es war nicht zu schaffen, Euer Know-How ist unbedingt erforderlich, wenn Ihr die Arbeit mitübernehmt, geht das schneller und das Projekt ist gerettet.

Das Vorangegangene gibt einen Einblick in Aspekte der Arbeitssituation von technischen Angestellten in technischen Dienstleistungsfirmen und deren Abhängigkeitssituation zu Auftraggebern. Die Folge sind immense Überstunden, teilweise kompensiert durch das Gehalt.

Aus eigener Erfahrung heraus sieht der Kollege unsere Verhältnisse von japanischen Verhältnissen nicht mehr weit entfernt, wo große Konzerne unzählige Zulieferbetriebe für Know-How und Dienstleistung in starker Abhängigkeit unterhalten.

Leistungsdruck — Begleiterscheinung einer besonderen Arbeitsform

Sie haben sicher auch schon den Druck gespürt, der oft in Projekten herrscht. — oder — hatten Sie auch schon mal den Eindruck, daß ein Projekt eher chaotisch als geplant verläuft. — oder — vielleicht hatten Sie schon einmal das zweifelhafte Vergnügen miterleben, daß ein Projekt zu scheitern droht und einzelne Schuldige gesucht werden.

Es gibt Gründe dafür, daß diese Situationen immer wieder vorkommen und diese Gründe liegen zum Teil an der Projektarbeit selbst.

Druck als Normalzustand in Projekten?

Grundsätzlich sind Projekte terminlich fixiert. Ein Termin zum Erreichen des Zieles ist festgesetzt. Dieser Termin ist oft zu kurz. Durch den Konkurrenzdruck soll etwas schneller fertig werden, als dies realistisch gesehen möglich ist. Darunter leiden Qualität und Bedingungen der Arbeit. Wie oft sind die gesetzten Termine reines Wunschdenken, und Ihr Einfluß, dies zu korrigieren, ist zu gering, weil „höhere Instanzen“, z.B. der Vertrieb, feststellen, daß es in dieser

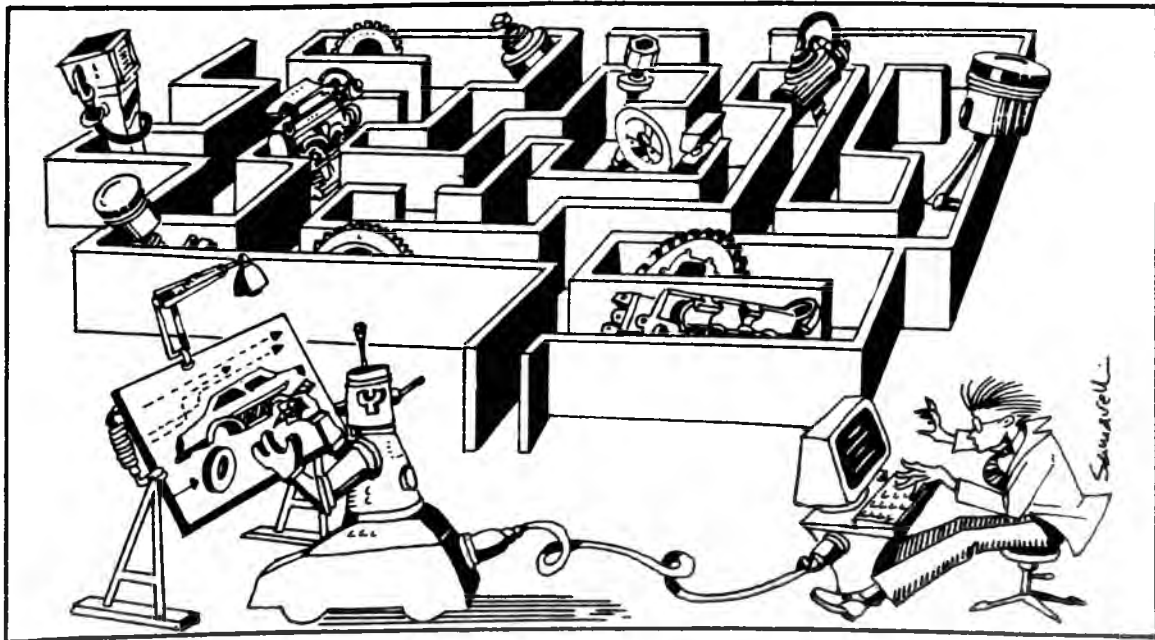
Zeit zu schaffen sein muß.

Der Arbeitskreis „Techniker Ingenieure/Naturwissenschaftler“ der IG-Metall in München hat unter seinen Mitgliedern eine Umfrage durchgeführt. Die meisten Befragten gaben an, daß zu kurze Terminfestsetzungen für Projekte zustandekommen durch:

- * die Konkurrenzsituation, in der das Unternehmen sich befindet,
- * das Wunschdenken der Planer, die die Termine festsetzen,
- * den Einfluß anderer Abteilungen,
- * die Möglichkeit, so gezielt mehr Leistung aus den Beschäftigten herauszuholen.

Daß die Projektbeteiligten dies mitmachen, liegt häufig an

- * der Angst davor, Fehler zu machen oder
- * das Image zu verlieren (Ehrgeiz, Karriere, Prestige),
- * am Gruppendruck (Ansehen der Abteilung, Arbeitsklima) und
- * auch an der Furcht vor den androhten Konsequenzen, die im Extremfall bis hin zur Kündigung reichen.



...daraus ist, daß sogar dann, persönlich Termine festgelegt werden können, diese zu knapp kal werden und so leicht selbst „die um den Hals gelegt“ wird.

Chaos als Konsequenz?

...liegen in der Planung, Organisation und Durchführung der Projekte. ...fehlen bereits zu Beginn die notwendigen Grundlagen, Kriterien und Ressourcen für die Planung. Manche ...verhalte sind so komplex oder unüberschaubar, weil neue und unbekannte ...bearbeitet werden sollen, ...daß eine aussagekräftige Planung ...prinzipiell nicht möglich ist. So wird aus der Planungsabsicht eine schön verpackte Spekulation.

Bei der Organisation und Durchführung werden oft die Grenzen, innerhalb derer das Projekt abzulaufen hat, nicht berücksichtigt.

Bei der oben genannten Befragung wurden als Planungs- und Organisationsgründe genannt:

- * fehlende Grundlagen und Kriterien für die Planung,
- * Undurchsichtigkeit der Planung für die Betroffenen,
- * Unklarheit über Betriebsabläufe und Kompetenzen der Beteiligten sowie Konsequenzen etwaiger Fehlschläge,
- * mangelhafte Anwendung moderner Projekt-Management-Methoden,
- * ungenügende Beteiligung der Pro-

jektmitglieder an der Planung.
* fehlende Bereitschaft zum Einsatz von mehr Personal.

Dazu kommt, daß die Projektbeteiligten häufig, nachdem ein Projektplan einmal aufgestellt ist, mit ihren Problemen allein gelassen werden.

Die Befragten klagten,

- * daß tägliche Aufgaben, die neben dem Projekt zu erledigen sind, nicht in den Projektkalkulationen berücksichtigt werden,
- * daß sie zu viele Aufgaben parallel zu bearbeiten hätten,
- * daß sie aufgrund fehlender Arbeitsplatz- bzw. Tätigkeitsbeschreibung immer noch zusätzliche Aufgaben dazubekommen
- * und daß nur wenig Spielraum für Eingriff und Veränderung besteht.

Was tun?

Die hier in Kürze vorgestellten Zusammenhänge machen klar, daß es durchaus nicht überraschend ist, daß bei Projektarbeit die eingangs dargestellten Belastungen auftreten.

Ein zentraler Ansatz, um die Situation zu verbessern, heißt, die Betroffenen zu Beteiligten zu machen. Und um in die hier aufgezeigten Zusammenhänge korrigierend eingreifen zu können, brauchen die Betroffenen Schutz- und Mitwirkungsrechte, wie sie z.B. die IG-Metall in ihrem Angestelltenprogramm „Solidarität 2000“ (siehe Beitrag weiter hinten) fordert.

Die Konzerne — Nutznießer langer Arbeitszeiten

Wie bereits dargelegt, kann schlechte Planung von Projekten ein Grund sein für lange Arbeitszeiten im Rahmen von Projekten. Andererseits hat sich aber auch gezeigt, daß die Unternehmen auch aktiv daran arbeiten, lange Arbeitszeiten für Ingenieure oder Programmierer durchzusetzen. Welche Gründe haben sie dafür?

Der behauptete Arbeitskräftemangel ist jedenfalls ein Märchen. Bewerbungen gibt es genug, allerdings oft solche von Berufsanfängern, bei denen die Kosten für Einarbeitung hoch sind. Diese Kosten sollen gespart werden. Denn auch, wenn es im Bereich der hochqualifizierten Arbeitskräfte nicht so auffällt: Sie sind Kostenfaktor wie auch andere Arbeitskräfte — und Kosten sollen gesenkt werden.

Bei hochqualifizierten Arbeitskräften fallen immer für Einarbeitung in Projekte und für Schulung Monate unproduktiver Arbeitszeit an, die bezahlt werden müssen. Die Kosten für die unproduktive Zeit werden relativ niedrig, wenn weniger Kollegen länger arbeiten. So, wie z.B. IBM, Siemens oder BMW die Maschinennutzungszeiten durch Wochenendarbeit und Schichtverlängerung bei den Arbeitern erhöhen, soll auch die Ingenieure- oder Programmierernutzungszeit ausgedehnt werden.

Ein weiterer Grund liegt in der Projektarbeit selber: Je mehr Leute an einem Projekt sitzen, desto höher wird prozentual der nötige Verwaltungsaufwand. Alle Beteiligten müssen über alle neuen Absprachen informiert werden. Verhindert werden muß zudem, daß zwei Programmierer dieselbe Arbeit

tun, oder aber, daß zwei aneinander vorbei arbeiten. Es kommt billiger, wenn weniger Kollegen dies unter sich regeln, selbst wenn dafür Überstundenzuschläge fällig werden. Wenn diese sogar eingespart werden können — umso besser für den Gewinn des Unternehmens.

Mit Hilfe der Ausdehnung des Arbeitstages sind Unternehmen zusätzlich imstande, die Spezialisten unbezahlt für sich arbeiten zu lassen. Bei einer Arbeitszeit ab etwa neun Stunden am Tag, erst recht bei noch längeren Arbeitszeiten, ist ein Abschalten von der Arbeit nicht mehr möglich. Auch daheim oder beim Spaziergang gehen den Kollegen die hochkomplizierten Probleme der Arbeit nicht mehr aus dem Kopf. Über Lösungsmöglichkeiten wird weiter gegrübelt, die dafür aufgewendete Arbeitszeit ist „Freizeit“ und muß deshalb nicht bezahlt werden.

Ein weiterer Grund spielt vor allem bei Firmen eine Rolle, die schnelle Termine zusagen, um überhaupt den Auftrag zu erhalten. Dies ist z.B. der Fall, wenn für eine Chemie-Firma eine Überwachungsanlage entwickelt werden soll, die diese aus gesetzlichen Gründen benötigt. Für ein solches Projekt werden von vornherein Überstunden voll eingeplant. Das unternehmerische Risiko, angeblich Motor der Wirtschaft und Legitimation für das Kassieren von Profiten, wird so auf die Beschäftigten abgewälzt. Ein besonders extremes Beispiel ist die Chip-Industrie, die stark spekulativen Charakter hat. Die Firma, die als erste ein neues Chip auf den Markt bringt, macht das große Geschäft — die anderen Firmen gehen leer aus.

chung der Inanspruchnahme von Freizeitvergütungen und Personalausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen sind mögliche Ansatzpunkte. Gewerkschaftliche Arbeit wird diese Ansätze vorantreiben und eigene Personalbedarfsermittlungsmethoden entwickeln. Die Einrichtung

von Gesundheitszirkeln durch betriebliche Interessenvertretungen für interessierte Arbeitnehmer kann hier behilflich sein.

Diese Überlegungen stammen aus dem 1989 aufgestellten angestelltenpolitischen Arbeitsprogramm der IG Metall „Solidarität 2000“ (S. 24/25). Zum Schutz der eigenen Gesundheit gehört es auch, sich gegen Arbeitsbedingungen, die der Termindruck in Projekten mit sich bringt, zu wehren. Um den Druck zu immer mehr Leistung zu mildern, hat die IG Metall in der letzten Tarifauseinandersetzung versucht, Regelungen für Leistungsbeschränkung im Tarifvertrag festzuschreiben. Zwar sind die vereinbarten Formulierungen noch vage, bei den nächsten Verhandlungen zum Manteltarifvertrag kann dieses Thema aber wieder aufgenommen werden.

Für Kollegen, die sich gegen negative Folgen der Arbeit in Projekten wehren wollen, sind verbindliche Regelungen nötig, auf die sie sich notfalls berufen können. Vorschläge dazu, wie solche Regelungen aussehen müßten, finden sich ebenfalls im Angestelltenprogramm. Sie sind so formuliert, daß sie für alle Angestellte gültig sind. Auch für Spezialisten wie Ingenieure oder Programmierer ist gemeinsames gewerkschaftliches Handeln zusammen mit anderen Beschäftigten möglich und nötig.

„Die gewerkschaftliche Arbeit mit Angestellten verfolgt das Ziel, die Rechte der einzelnen Arbeitnehmer bei der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen und ihres Arbeitsumfeldes zu verstärken.“ („Solidarität 2000“, S. 21) In Projekten bedeutet dies, daß die Ausführenden das Recht benötigen, bei der Festlegung von Terminen angehört zu werden. Sie brauchen ein Vetorecht gegen Projektvorgaben, bei denen sie aufgrund ihrer Erfahrungen von vornherein wissen, daß sie unerfüllbar sind. Denn schließlich sind sie später die Leidtragenden. Ein Reklamationsrecht ist nötig, wenn Personal, die vorgesehene Hilfestellung oder Unterstützung nicht ausreicht und wenn Aktivitäten festgelegt werden, die die Einhaltung von Terminen sicherstellen sollen.

Unterstützung durch den Betriebsrat ist da, wo Projektteams dies wünschen, auch möglich. Das Programm „Solidarität 2000“ fordert von den Mitgliedern

der IG Metall in entsprechenden Gremien: „Die betrieblichen Interessenvertretungen nehmen verstärkt ihre Mitwirkungsrechte bei personellen Angelegenheiten wahr. Die Mitwirkung bei Personalplanung, Tätigkeitsbeschreibung, Beurteilungsgrundsätzen, Auswahlrichtlinien, Maßnahmen der Berufsbildung und der betrieblichen Bildung, personelle Einzelmaßnahmen usw. ist ein entscheidend wichtiger Ansatz zur Einschränkung der ungebrochenen unternehmerischen Entscheidungsvollmacht im Angestelltenbereich.“ (S. 20/21)

Dabei ist zugleich eine weitere wichtige Aufgabe angesprochen: Die von den Unternehmen gesetzten Karrierebedingungen müssen geändert werden. Denn viele machen schlimme Projektbedingungen mit, um mehr zu verdienen und um auf der Karriereleiter emporzukraxeln. Es geht nicht darum, dieses Bedürfnis abzuschaffen. Sondern die Bedingungen, wie es befriedigt werden kann, müssen geändert werden. Für die Planung von Projekten wäre es ein Segen, wenn dies Kollegen machen dürfen, die auf die Einhaltung von Arbeitsrecht und Tarifverträgen achten.

Möglichkeiten für die Durchsetzung solcher Kriterien sind vorhanden: „Die gewerkschaftliche Arbeit im Angestelltenbereich richtet sich darüber hinaus auf die Gestaltung der Arbeits-, Leistungs- und Aufstiegsbedingungen. Sie wird beispielsweise durch die Wahrnehmung der Mitbestimmungsrechte bei der Erstellung von Beurteilungsgrundsätzen darauf Einfluß nehmen.“ (S. 25)

Andererseits müssen auch die Anforderungen geändert werden, mit denen Kollegen konfrontiert werden, die sich auf Karriere einlassen. Das Sonderrecht, das bisher oberhalb des Tarifvertrages gilt, muß abgeschafft werden: „Die gewerkschaftliche Arbeit mit Angestellten wird sich verstärkt um die Arbeits- und Leistungsbedingungen der außerhalb des tarifvertraglichen Schutzes stehenden Angestellten kümmern. Sie wird z.B. durch tarifpolitische Aktivitäten zur Ausdehnung des Geltungsbereiches der Tarifverträge, aber auch durch eine systematischere Anwendung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der betrieblichen Interessenvertretungen Einfluß auf diesen Arbeitsbereich nehmen.“ (S. 26)

Mitglieder von Projektgruppen brauchen mehr Rechte

Bei der Durchführung von Projekten muß der Grundsatz gelten: Wer „Verantwortung“ für die Einhaltung des Termins hat, der muß auch entscheiden können über Terminfestsetzung, Planung und Kontrolle.

Das wäre praktisch gar nicht so schwer zu realisieren. In vielen Firmen ist es z.B. üblich, bei der Genehmigung eines Projektes bei diversen Vorgesetzten Unterschriften einzuholen, mit denen diese ihr Einverständnis erklären. Das ist notwendig für die Genehmigung des Projektes. Dies Verfahren müßte per Tarifvertrag so ausgeweitet werden, daß auch die Unterschrift derjenigen, die das Projekt durchführen sollen, für die Genehmigung eines Projektes zwingend erforderlich ist.

Die Form, in der die Teilnehmer der Projektgruppe ihr Einverständnis mit der Projektplanung erklären, muß natürlich jeweils firmenweise angepaßt werden. Bei Firmen, wo der Termin von Projekten durch den Vertrieb gesetzt wird, müßte z.B. vorgeschrieben werden, daß das Angebot von den Teilnehmern der Projektgruppe vor Verkauf unterschrieben wird. Dies müßte intern geschehen, da der Vertrieb nicht von der Aufgabe befreit werden soll, das Angebot dem Kunden gegenüber zu vertreten.

Diese Maßnahme ist allerdings nur dazu geeignet, den Teilnehmern einer Projektgruppe ein Vetorecht dagegen zu sichern, daß Überstunden von vornherein beim Setzen des Termins mit einkalkuliert werden. Auch bei eigener Schätzung des Termins besteht aber die Gefahr, daß die nötige Zeit zum Erreichen des Projektzieles zu knapp kalkuliert wird. Dazu verführt z.B. der Wunsch, mit langwierigen Tätigkeiten in einer überschaubaren Zeit abschließen zu können. Oder bei der Schätzung des Termins wird nur die eigene Arbeitszeit berücksichtigt. Störungen, die zwar unvermeidbar sind, die aber nicht beeinflussen werden können, werden dagegen bei der Terminplanung selten berücksichtigt.

Da aber oft die Einhaltung eines Projekttermins unverzichtbar ist, müssen diese menschlichen bedingten Abweichun-

gen durch Verbesserungen des Projektmanagements ausgeglichen werden. Eine schlichte Maßnahme wäre z.B. die Ermittlung der durchschnittlichen Abweichung der Realität von der Planung. Daraus könnte ein Faktor ermittelt werden, mit dem jede Zeitschätzung multipliziert werden muß. Wenn die Firma von sich aus nicht derartige Maßnahmen in die Wege leitet, muß der Betriebsrat das Recht haben, dazu die Initiative zu ergreifen.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich folgender Vorschlag zu einer tarifvertraglichen Regelung über Projekte. Dabei wurde ein Entwurf in der Monatschrift für Funktionäre der IG Metall „Der Gewerkschafter“ (1/91, S. 34/35) zum Vorbild genommen, aber mehr Wert auf die Stärkung der individuellen Rechte gelegt.

„Projektarbeit liegt vor, wenn einem Arbeitnehmer oder einer Gruppe von Arbeitnehmern ein Projekt übertragen wird, das zu einem bestimmten Termin fertigzustellen ist und sich aus mehreren Arbeitsaufgaben zusammensetzt.

Bei Beginn eines Projektes müssen alle Mitglieder der Projektgruppe mindestens über folgende Punkte informiert werden: Arbeitsaufgaben innerhalb des Projektes, Projektabschnitte und Termine der Fertigstellung der Projektabschnitte, Personalbesetzung der Projektgruppe, Regelungen für den Fall der Unterbesetzung der Projektgruppe, Regelungen zu anderen Arbeitsaufgaben, die die Mitglieder der Projektgruppe während der Projektlaufzeit auszuführen haben. Die Planung des Projektes muß erläutert werden.

Für die Durchführung des Projektes ist die schriftliche Zustimmung zur Planung von jedem Mitglied der Projektgruppe erforderlich. Den Beteiligten muß in angemessener Weise Zeit eingeräumt werden, die Planung zu überprüfen und zu beraten. Berufsanfänger müssen sich, bevor sie ihre Zustimmung zur Projektplanung erteilen, von Kollegen mit Berufserfahrung beraten lassen. Im Verlauf des Projektes sind regelmäßig Beratungen mit den Teilnehmern der Projektgruppe durchzuführen, in denen

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 021/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel.: 021/21 16 58, Datentelefon: 021/24 69 15, Telefax: 021/21 53 73. Konten: Postgrosamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26, DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52, DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation: Spezialberichte: Alfred Küstler. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AG, der AG Medien in der Volksfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGV, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S. 0,80 M AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S. 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S. 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S. 1,20 DM AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S. 1,60 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226 GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76 GNN Verlagsgesellschaft Westberlin Czerninski Str. 5, 1000 Westberlin 62 GNN Verlag Niedersachsen/Bremen Grenzweg 4, 3000 Hannover 1 GNN Nordrhein-Westfalen Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1 GNN Verlag Hessen Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11 GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1 GNN Verlagsgesellschaft Bayern Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM. Jahresabo: 52 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM. Halbjahresabo 28,60 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

über Abweichungen von der Planung und sich daraus ergebende Maßnahmen beraten wird. Für diese Maßnahmen ist die schriftliche Zustimmung der Beteiligten erforderlich. Die Mitglieder der Projektgruppe haben das Recht, bei allen in diesem Zusammenhang nötigen Beratungen Vertrauensleute oder Betriebsräte hinzuzuziehen.

Die tarifvertraglichen Regelungen über die Arbeitszeit der Mitglieder der Projektgruppe werden nicht außer Kraft gesetzt, wenn sie der Projektplanung schriftlich zustimmen.

Arbeitgeber und Betriebsrat bilden eine paritätische Kommission, die über die Projektplanung entscheiden kann, wenn ein oder mehrere Mitglieder der Projektgruppe die Unterschrift verweigern.

Der Betriebsrat hat das Recht, einen Ausschuß zu bestellen, der die Aufgabe hat, fehlerhafte Projektplanungen zu untersuchen und Mittel zur Beseitigung dieser Fehler vorzuschlagen. Der Ausschuß kann Regelungen verbindlich vorschreiben, die bei der Planung von Projekten zu berücksichtigen sind.“

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Senden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

14/91

Kulturindustrie im Spätkapitalismus — Die Linke und die Massenkultur

Es fehlt die Waffe der Kritik . . .

Wenn die revolutionäre Linke sich mit der Gesellschaft beschäftigt, so fällt der erste Blick zumeist auf die Ökonomie; nur selten werden für eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse die Überbauphänomene außerhalb von Recht und politischer Herrschaft berücksichtigt, eine Analyse der zeitgenössischen Kultur mit einer adäquaten Kulturtheorie fehlt der revolutionären Linken fast vollständig. Gründe dafür könnten sein,

a) daß nach der überfälligen Kritik an Stalin und der beginnenden Kritik an Lenin wieder in orthodoxer Weise auf Marx und Engels zurückgegriffen wird und daß die Tatsache, daß die beiden Denker sich kaum mit Kulturanalyse beschäftigt haben, so gelesen wird, als brauchten wir es auch nicht;

b) daß das von Marx und Engels beschriebene Basis-Überbau-Verhältnis mechanistisch verstanden wird, was in der theoretischen Analyse dann einzig noch Lenins Zwei-Kulturen-Theorie (die besagt, daß es eine Kultur der Herrschenden und eine der Beherrschten gibt — beide sind in der Entwicklung getrennt) zuläßt;

c) daß viele in der Tradition des Marxismus stehende Kulturtheorien aufgrund ihres augenscheinlich elitären Charakters nicht berücksichtigt werden und damit ein ganzer Strang Theoriegeschichte neben dem Marxismus/Leninismus verlorengeht;

d) daß schließlich Kultur immer noch in blinder Hoffnung auf eine autonome und latente Arbeiterkultur thematisiert wird, wir andererseits jedoch übersehen, inwiefern wir schon selbst in die herrschende Kultur eingebunden sind und uns als blinde Konsumenten von Radio und Fernsehen erweisen.

Mit einem Satz: Es fehlt eine den spätkapitalistischen Zuständen angemessene Kulturkritik. Damit ist das Gros der theoretischen Vorarbeit schon geleistet, was im folgenden grob umrissen und vorgestellt werden soll, um damit vielleicht eine Diskussion über Form und Inhalt zeitgenössischer Kultur anzuregen.

Marx und Engels: Modell von Basis und Überbau

Ein Hauptbestandteil des Marxismus ist die Theorie, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt. Dieser Marxsche Satz wird oft mit dem Satz, daß die ökonomische Basis den Überbau bestimmt, gleichgesetzt: Marx wird hier so interpretiert, als repräsentiere die Ökonomie das gesellschaftliche Sein, der Überbau hingegen als Ideologie das Bewußtsein der Menschen. Diese Marx-Interpretation führt zu dem Ökonomismus, der den Blick lediglich auf die Produktionsverhältnisse richtet, nach denen sich die Kultur deterministisch zu richten hat. Sinnvoller, wenn nicht richtiger, für eine kritische Gesellschaftsanalyse ist es, zunächst beide Grundsätze des Marxschen Materialismus unter dem Prinzip einer dialektischen Wechselwirkung zu interpretieren, zum anderen unter dem gesellschaftlichen Sein der Menschen sowohl die Ökonomie als auch den Überbau zu fassen. Daß es sich bei dem Verhältnis von Kultur und Gesellschaft um ein sehr komplexes Verhältnis handelt, daß es hier Bewegung gibt, die nicht gradlinig nach dem Ursache-Wirkung-Prinzip funktioniert, haben Marx und Engels zumindest schon als Problem erkannt. Engels schrieb zum Beispiel in einem Brief an Joseph Bloch: „Die ökonomische Lage ist die Absis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus — politische Formen des Klassenkampfes — . . . und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen

Kämpfe im Gehirn der Beteiligten . . . üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen deren Form“ (MEW, Bd. 37, S. 463). Und weiter heißt es: „Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz (d. h. Basis bestimmt den Überbau, Anm. rob) in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase.“ (Ebd.) Auch hat Engels in einem anderen Brief die Wechselwirkung der eben beschriebenen Verhältnisse betont, bei denen sich in letzter Instanz die ökonomische Notwendigkeit durchsetzt. (Vgl. MEW, Bd. 39, S. 206).

Schließlich kann für das Verhältnis von Basis und Überbau noch eine gegenseitige „Durchsetztheit“ festgestellt werden: In den Produktionsverhältnissen manifestieren sich auch kulturelle Formen, in der Kultur werden hingegen ökonomische Prinzipien geltend gemacht, macht sich die Produktivkraftentwicklung bemerkbar und drückt sich das Warenverhältnis aus.

Gesellschafts- statt Kulturkritik: die Kritische Theorie

Diese Verhältnisse verschärfen sich im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus, bestimmte kulturelle Formen können sogar tragende Elemente für das Fortbestehen der kapitalistischen Gesellschaft werden. Unter dem Vorzeichen der Krise des Marxismus in den 20er Jahren und andererseits der gesellschaftlichen Tendenz, daß die Kultur sich zum tragenden Faktor für den Kapitalismus entwickelte, wurde das Frankfurter Institut für Sozialforschung gegründet, wo durch interdisziplinäre, sozialwissenschaftliche und philosophische Arbeiten mit einer Weiterentwicklung des Marxismus eine Theorie geschaffen werden sollte, die u. a. die sich abzeichnende Eigendynamik der Kultur erklären konnte. Von den Mitarbeitern des Instituts, die erst später als Frankfurter Schule bekannt wurden und den programmatischen Namen Kritische Theorie zugeschrieben bekommen, gibt es mehrere Arbeiten über Kultur, die für eine aktualisierte Kulturanalyse nicht unwesentlich sind.

Man sollte darauf hinweisen, daß es zu dieser Zeit neu war, daß sich links orientierte Wissenschaftler mit Kultur kritisch auseinandersetzten: Kulturkritik galt als Terminus von der Lebensphilosophie vereinnahmt, einer Philosophie, die Kulturkritik mit Zivilisationskritik gleichsetzte, Kultur als Wert bestimmte und letztlich um eine Konservierung der Vergangenheit bemüht war. Generöse Abrisse wie Spenglers *Untergang des Abendlandes* waren nicht in der Lage, Kultur im Kontext gesellschaftlicher Entwicklung zu fassen, und kritisierten Kultur als etwas Autonomes. Dagegen setzt die Kritische Theorie Gesellschaftskritik: Kultur kann nicht als etwas Autonomes, von der Gesellschaft Abgelöstes kritisiert werden. Kulturkritik, die Kultur Autonomie unterstellt, übersieht, daß diese scheinbare Autonomie der Kultur ihre ideologische Funktion ist. „Je mehr das Ganze der naturwüchsigen Elemente entäußert, gesellschaftlich vermittelt, filtriert, ‚Bewußtsein‘ ist, um so mehr wird das Ganze ‚Kultur‘“ (Adorno, Prismen, Ffm. 1976, S. 21). Die Verwendung der Begriffe Bewußtsein und Kultur hat für die Kritische Theorie eine weiterreichende Bedeutung, als daß hier bloß das Basis-Überbau-Verhältnis bezeichnet werden würde:

Erstens können wir im Sinne der Kritischen Theorie vom Einbruch des Warenaustausches in die

Kultur reden: Zentraler Bestandteil der Kulturtheorie der Kritischen Theorie ist nicht nur die These, daß die Kultur als Überbau eine eigenständige Macht gegenüber der ökonomischen Basis geworden ist, sondern daß aufgrund der gegenseitigen Durchdringung von Basis und Überbau Kultur unter kapitalistischen Verhältnissen fortan als *Kulturindustrie* zu fassen ist. Nicht nur bindet der Kapitalismus zusammen die Kultur an die Industrie, sondern Kultur selber manifestiert sich als *Industrie*, man denke nur an die Filmindustrie oder die weltumspannenden Fernsehkonzerne. Schließlich ist der Einbruch des Warenaustausches in die Kultur Anzeichen der Kulturindustrie: Einerseits wird Kultur nach Warenaustauschprinzipien getauscht, andererseits setzt sich der Warenfetisch in kulturellen Produkten durch, Kultur nimmt Warencharakter an.

Zweitens deutet das Verhältnis von Warenfetisch, Kultur und Bewußtsein auf einen psychologischen Zusammenhang: Die Frankfurter Schule verstand

diesbezüglich die Freudsche Psychoanalyse als Bindeglied, um die Dialektik von Basis und Überbau erklären zu können.

Kulturindustrie gestaltet sich gesellschaftlich als übergreifend und meint nicht nur den Bereich von Kunst und Kultur im engeren Sinne. Das Kapital und sein Staat verfügen über unterschiedliche Strategien, Klassenherrschaft zu legitimieren, da nur so Leistung zu motivieren, d. m. zu erzwingen, sei. Oder die Behauptung, hier hätte jeder sein Auskommen, da es ja Sozialhilfe gibt, so daß niemand durch den „sozialen Rost“ falle. Oder daß alle gleiche Aufstiegschancen hätten, sie müßten nur wollen.

Daneben wird Legitimation aber auch erzeugt und vermittelt auf der „kulturellen Ebene“ im weitesten Sinne. Es ist die außerökonomische Ebene der Darstellung, wie gut es allen geht; der Überlagerung von Problemen durch die Aufwertung der Konsumsphäre, die scheinbar niemanden ausschließt; die Überlagerung der realen Welt mit einer kulturellen Scheinwelt. Konfliktpotentiale bzw. Legi-

timationsstrategien müssen nun in den Bedeutungsbereich für eine Kulturanalyse rücken. Kultur wird nun *strukturell* zur Legitimationsstrategie und integriert sich in ihrer inhaltlichen Gestaltung in die Selbsterhaltungsmechanismen der Gesellschaft. Nicht mehr ist es der einzelne Schriftsteller, der einzelne Komponist, der einzelne Warendesigner, der sein Schaffen in den Dienst des Systems stellt, sondern Kultur ist so weit integriert, daß selbst noch der kritischste Künstler in gewisser Hinsicht seinen Dienst am System tut.

Gerade für die Kritik eines noch jungen und sich ständig entwickelnden Mediums wie das Fernsehen braucht man Kriterien, die die dialektische Verbundenheit des Mediums mit der Gesellschaft zu erfassen in der Lage sind. Damit kann eine Analyse der Kultur längst nicht mehr bloß nach ästhetischen Kriterien erfolgen. Sie bedarf der soziologischen Theorie, die jedes kulturelle Phänomen nicht allein in der künstlerischen Einzigartigkeit faßt, sondern in der gesellschaftlichen Allgemeinheit.

Umgekehrt kann eine soziologische Analyse die Ästhetik nicht ausschließen, weil man sonst der Form verhaftet bleiben würde, letztlich sogar einem Ökonomismus verfällt, der jeder Fernsehsendung handfeste Kapitalinteressen unterstellt. Einschaltquoten und der offensichtlich manipulative Charakter von Fernsehsendungen erklären nur, daß es die Abhängigkeit von anderen Mächten als dem Fernsehen selbst gibt, doch erst eine spezifische Analyse gibt auch den Blick für die spezifischen Inhalte frei, die möglich machen, wieso der einzelne überhaupt bereit ist, sich mit wachsender Begeisterung spätkapitalistischer Kultur hinzugeben. Oder, um es mit Helmut Kohl zu sagen: „Der Grabenkrieg zwischen den Kritikern in den Massenmedien und den politisch relevanten Gruppen muß durch die Einsicht überwunden werden, daß ohne die technischen Möglichkeiten, die die Medien darstellen, und ohne ihre Funktionserfüllung eine moderne Gesellschaft gar nicht möglich ist.“ (Kohl, in: Stolte 1970, S. 100) — (rob. AG R)

„Das ganze Leben ist ein Quiz . . .“ — Neue Art der Werbung

„Der Preis ist heiß“ in RTL Plus und „Glücksrad“ in SAT 1 werden beide als Werbesendungen angekündigt, beide laufen zur Abendbrozeit (17.00–17.45 Uhr bzw. 19.15–20.00 Uhr), wenn der Kasten nebenbei läuft als Geräusch- und Bildkulisse, der eine überwiegend geringere Aufmerksamkeit zuteil wird.

„Glücksrad“: Es sind Begriffe, Namen oder Titel zu erraten, die aus ein bis fünf Wörtern bestehen, vorgegeben wird der Themenbereich, aus dem die gesuchte Lösung kommt, sowie die Anzahl der Buchstaben (jeder Buchstabe wird durch ein leeres Kästchen an einer Schauliste angedeutet). Der/die Kandidat/in dreht nun das „Glücksrad“, das bei einem Geldbetrag zwischen 100 und 2000 DM zum Stehen kommt. Nun rät der/die Kandidat/in einen Konsonanten, kommt dieser im gesuchten Begriff vor, wird der Betrag gutgeschrieben, die Buchstaben werden auf der Schauliste aufgedeckt und das „Glücksrad“ wird erneut gedreht. Auf diese Weise füllt sich nach und nach die Buchstabenreihe an der Schauliste und die Lösung rückt in ratbare Nähe. Wird ein nicht vorhandener Buchstabe geraten, ist der/die Nächste dran. Wer die Lösung erraten hat, kann sich für den inzwischen auf seinem Spielkonto angesammelten Betrag Waren aussuchen. Diese Waren werden vorher vorgestellt, eine sehr intensive Werbung — der eigentliche Sinn der Sendung. Danach folgt der nächste Begriff.

„Der Preis ist heiß“: Diese Sendung rankt sich um das Erraten unterschiedlichster Warenpreise in verschiedenen Abwandlungen. Von den KandidatInnen sollen die Preise von Waren erraten werden, wer am nächsten dran liegt, gewinnt, der wahre Preis darf allerdings nicht überboten werden. Ein bestimmter Preis wird angegeben. Die Frage dazu ist, welche zwei von fünf vorgestellten Waren zusammen diesen Preis kosten. Oder das Erraten eines vierstelligen Preises einer bestimmten Ware, bei der die Ziffern in falscher Reihenfolge vorgegeben werden. Clou der Sendung ist das Erraten des „Superpreises“ von denjenigen KandidatInnen, die vorher am besten abgeschnitten haben. Der Sinn des Quizes ist auch hier die intensive Vorstellung der einzelnen Waren.

Entstanden (bzw. aus den USA übernommen) sind diese Quiz-

Werbung-Shows als eine Notlösung der Fernsehwerbung: Seit die Privatsender breiter zu empfangen sind (über Kabel oder auch per Antenne sind RTL plus und SAT 1 mittlerweile in über 50 % der Haushalte zu empfangen), hat sich ein für die Fernsehwerbung existenzbedrohendes Phänomen breit gemacht. Zur Fernsehwerbung-Toilettenpause kam das „Zapping“ (Umschalten mit der Fernbedienung, d. Red.). Die Toiletten- oder auch Getränkepause ist kein neues Phänomen; es wird bei den öffentlich-rechtlichen Sendern gemeistert durch die Länge der Werbeblöcke, so daß nur ein Teil der Werbung verpaßt werden kann, und bei den Privatsendern durch eine hohe Häufigkeit der Werbeblöcke (halb- oder einstündlich).

Aber seit es Zapping gibt, war sorgevolle Unruhe in den Fernsehkanälen ausgebrochen. Durch die erhöhten Programmangebote (ohne Kabelanschluß häufig schon fünf Programme) entstanden Möglichkeiten, der Werbung auszuweichen, es wurde einfach umgeschaltet und mal eben in eine laufende Sendung reingeschaut. Damit schwand die Effektivität der Fernsehwerbung, und d. h., die Einnahmen daraus gerieten in akute Gefahr. Es galt also, Methoden zu finden, die Werbung attraktiver zu machen.

Selbstverständlich laufen nicht nur bei den Privaten Versuche in diese Richtung. Bei den Öffentlich-rechtlichen sind sie nur etwas schwerfälliger und einfallloser. In seinen Vorabendserien (17.50–18.30 Uhr) unterbricht das ZDF einmal für Werbung. An einigen Tagen (oder eventuell nur als zeitweiliges Experiment) gibt es Quiz. Die ZuschauerInnen sollen die Anfangsbuchstaben der werbenden Produkte oder ein speziell abgefragtes Wort zur Werbung auf einer Postkarte einsenden, worauf dann Preise winken. Der Erfolg dieser Methode darf bezweifelt werden, die Werbung wird nicht konsumierbarer gemacht, sondern aufmerksame Betrachtung für einen minimalen Zuschaueranteil belohnt. Der Erfolg von „Glücksrad“ und „Der Preis ist heiß“ liegt woanders, vornehmlich in der Präsentation von Waren als Bestandteil einer Show. Und Erfolg haben sie: Insbesondere das „Glücksrad“ erreicht hohe Einschaltquoten von 8–10 %, das sind 2,7–3,3 Mio. ZuschauerInnen täglich,

wobei zu berücksichtigen ist, daß lange nicht alle Haushalte der Alt-BRD SAT 1 und RTL plus empfangen können.

Die Menschen vor den Bildschirmen werden in einen idealen Diskurs gezogen, der heißt „Konsum“. Die Preise sind zwar einzeln keine Reichtümer (mal abgesehen von den „Super-sonderpreisen“), bewegen sich aber in Preiskategorien, die die wenigsten sich kaufen würden, auch wenn sie könnten: Uhren, Schreibsets und Kaffeemaschinen, Fernseher, Videogeräte und Stereoanlagen überwiegend der gehobenen bis ganz hohen Preisklasse.

Der Konsum dieser Waren findet ideell am Bildschirm statt, indem die KandidatInnen zeigen: an ihrer Stelle könnte jede/r stehen. Das ist nicht nur Einbildung: Dabeisein kann wohl tatsächlich jede/r, der/die will: „Glücksrad“ läuft sechsmal in der Woche, jeden Tag gibt es drei KandidatInnen, d. h. jährlich etwa neunhundert KandidatInnen; „Der Preis ist heiß“ läuft ebenfalls sechsmal pro Woche mit je sechs KandidatInnen. Die Fragen sind so simpel (wenn es um Wissen geht) oder sowieso nur durch Raten zu beantworten, daß keine Auswahl über Bildung stattfindet.

Herkömmliche Shows haben höhere Hemmschwellen, weil Spezialwissen oder -können gefragt ist, umfassende Allgemeinbildung oder Etwas-„besonderes“-sein, wie z. B. frischverheiratet, prominent oder mit Prominenten verknüpft. Bei „Glücksrad“ und „Der Preis ist heiß“ ist letztlich jede ZuschauerIn KandidatIn und ideell in eine große Gruppe integriert: aller ZuschauerInnen, doch letztlich in die Gruppe der KonsumentInnen. In diesem Zusammenhang gewinnen die Preise der Gewinne Funktion. Es darf vorausgesetzt werden, daß intellektuelle (zu anspruchsvollen Fragen) und Wohlhabende (zu gewöhnlichen Preisen) nicht zusehen, dadurch wird diese „Quiz-gemeinde“ eine Gemeinde derjenigen, die am großen alltäglichen Konsum zwar teilhaben, bei denen aber immer Konsumwünsche unerfüllt bleiben und bleiben müssen, da sie permanent neu erzeugt werden. Nun findet vor dem Bildschirm kein realer Zusammenschluß statt, zum Beispiel um gegen die finanziellen Wunscherfüllungseinschränkungen zu opponieren, sondern bloß ein ideeller,

— um sich mit Hilfe solcher Sendungen am Konsum der Wohlhabenden zu beteiligen,

— um zu verhindern, daß der Mangel, der hinter der Unerfüllbarkeit von Wünschen steht, erkannt wird, um ihn zu kaschieren und gerade das Opponieren dagegen als unnötig erscheinen zu lassen.

Die Sendung bestärkt — im Wunsch, nicht zu opponieren, indem Gründe dafür überpinselt werden.

— im Annehmen von in ihrer Gesamtheit unerfüllbaren Konsumwünschen und damit der persönlichen Unterordnung unter ein Streben nach quantitativem Mehr (und dadurch Anerkennung derjenigen, die das haben — der Wohlhabenden —, als die Besseren). Ein Sieger in so einer Sendung steigt gewissermaßen eine „Konsumsymbolklasse“ höher;

— darin, nicht zu kritisieren und als persönlichen, aber überwindbaren Mangel das Nichterfülltwerden von Konsumwünschen hinzunehmen;

— in der freiwilligen Selbstunterstellung unter dieses System mit seinen Mängeln für viele Menschen;

— im Umlügen menschlicher Wünsche, deren Erfüllung die Entfremdung im kapitalistischen System entgegensteht, in Konsumwünsche; unterstützt wird die Uminterpretation gesellschaftlicher Zerstörung des Menschseins in eine Glitzerwelt unbefriedigter Konsumwünsche. Der Nutzen für das Kapital ist doppelt: Verhinderung von Protest und Schaffung von Bedürfnissen, die den Absatz erhöhen. Klar ist, daß diese beiden Sendungen das alles nicht erzeugen oder gar allein leisten. Sie sind jedoch ein Beitrag dazu, ein Beitrag wie so vieles andere mit enormer ideologiebildender Funktion, wobei nebensächlich ist, ob das das quasi zufällige Ergebnis ist oder gezielte Planung kapitalistischer Ideologiestrategen. Insofern ging es in diesem Artikel auch nicht um die Analyse einer besonders perfiden Form der Verbreitung reaktionärer Ideologie, wie es sich vielleicht leicht liest, sondern darum, wie ein ganz kleiner Teil des medialen Alltags wirkt. Es geht um das, zu einer Auseinandersetzung um das Wirken von Massenmedien zu kommen, die eben auch dann ideologiebildend wirken, wenn die Politik überhaupt nicht ihr Thema ist. — (F. AG R)